



Handbuch Zivilgesellschaft

Anregungen für das Engagement gegen
Rechtsextremismus und Rassismus

2.
überarbeitete
und
aktualisierte
Auflage

Geschlechtergerechte Sprache: In diesem Heft wird das Gender-Sternchen („*“) benutzt, um alle Geschlechter und Geschlechtsidentitäten abzubilden. Beispielsweise sind mit „Teilnehmer*innen“ alle Menschen gemeint, die an einer Versammlung teilnehmen.

Urheberrechtliche Hinweise: Diese Publikation wird für nicht kommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Der Herausgeber behält sich das Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung des Herausgebers gestattet. Darüber hinaus muss die Quelle korrekt angegeben und ein Belegexemplar zugeschickt werden.

Haftungsausschluss: Die Hinweise in dieser Broschüre wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Dieses Handbuch ersetzt keine individuelle (rechtliche) Beratung. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernimmt der Herausgeber keine Gewähr.

Impressum

Herausgeber: Aktionsbündnis Brandenburg gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Rassismus

Texte: Juliane Deppe, Jeannette Goddar, Claudia Krieg, Thomas Prenzel, Janne Schleifer, Stefan Tenner, Jonas Spengler, Maica Vierkant, André Wartmann

Redaktion: Helene Mildenerberger, Thomas Prenzel, Janne Schleifer, Stefan Tenner, Maica Vierkant, Judith von Plato, André Wartmann

Redaktionsschluss der überarbeiteten und aktualisierten 2. Auflage: Oktober 2025

Lektorat: Text-Arbeit, Kyra Sell und Helen Bauerfeind

Illustrationen: Daisy Lotta | www.instagram.com/daisy.lotta

Gestaltung: FLMH | Labor für Politik und Kommunikation

V.i.S.d.P.: Maica Vierkant

Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Rassismus
Mittelstraße 38/39
14467 Potsdam
www.aktionsbueundnis-brandenburg.de

Förderung: Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“



**TOLERANTES
BRANDENBURG**

Handbuch Zivilgesellschaft

Anregungen für das Engagement gegen
Rechtsextremismus und Rassismus

Inhalt

Vorwort	7
Einmischen	8
Demokratie gibt es nur, wenn wir sie gemeinsam gestalten.....	9
Engagement, Meinungsstreit und Protest gehören dazu.....	11
Politik können Sie nicht nur mit dem Wahlzettel beeinflussen.....	13
Positionieren	16
Sagen Sie Ihre Meinung und bestehen Sie auf die Einhaltung der Menschenrechte	17
Warum Geschichte wichtig ist	18
So durchschauen Sie Rechtsextremismus	20
So erkennen Sie Rassismus	22
So entlarven Sie Antisemitismus	23
Wie Sprache unser Denken prägt.....	25
Worte können wehtun.....	26
Widersprechen.....	30
Was tun bei rechten Sprüchen im Freundeskreis?	31
Dulden Sie keinen Rassismus und Rechtsextremismus am Arbeitsplatz..	33
Mit Rechtsextremen auf dem Podium?.....	36
Widersprechen Sie Hass im Netz	38
So melden Sie Hasskommentare im Internet	40
Wie Sie Fake News entlarven	42
Eingreifen	46
Verhindern Sie rechte Propaganda im Briefkasten.....	47
Was tun gegen rechte Aufkleber?	49
Gegen rechte Bedrohungen können Sie sich wehren.....	50
So zeigen Sie rechte Straftaten an	52
Zeigen Sie Solidarität, wenn jemand angegriffen wird	55
Erkennen	58
Meinungsfreiheit oder Volksverhetzung?	59
So erkennen Sie Nazis: ihre Zeichen, Symbole und Codes.....	61
So erkennen Sie Nazis: ihre Marken.....	63
So erkennen Sie Nazis: ihre Musik	66

Entgegentreten	68
Nazi-Veranstaltungen können Sie verhindern	69
So organisieren Sie eine Demo oder Kundgebung gegen rechts	71
So gelingt Ihr Infostand	74
Wie wird Ihr Konzert gegen rechts ein Erfolg?	76
Flyer und Plakate ansprechend gestalten	79
 Anwenden	 82
Darauf sollten Sie bei einer Pressemitteilung achten	83
Wie verlaufen Gespräche mit der Presse?	85
So nutzen Sie soziale Medien für Ihre Initiative	86
Brauchen Sie eine eigene Website?	90
Welche Aktionsformen sind im Internet möglich?	91
Diese digitalen Werkzeuge können den Austausch erleichtern	93
 Vernetzen	 96
Wie gründe ich eine Initiative?	97
Wie Ihre Initiative Bündnispartner*innen findet	98
Hier bekommen Sie Geld für Aktionen gegen rechts	100
So gründen Sie einen Verein	102
Was ist eine „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“?	106
 Netzwerke, Beratung und Unterstützung	 108
 Literatur	 111



Vorwort

In Brandenburg gibt es eine Vielzahl zivilgesellschaftlicher Initiativen, die sich gegen Rechtsextremismus und Rassismus einsetzen. In den größeren Städten wie auch in kleineren Orten und Gemeinden engagieren sich Menschen aller Altersgruppen ehrenamtlich und selbstorganisiert. Einige Initiativen sind schon seit Jahrzehnten aktiv und ihre Wurzeln reichen bis in die Vorwendezeit zurück, andere sind sehr jung und existieren erst seit ein paar Monaten. Während die einen wahre Profis in ihren Aktivitäten geworden sind, probieren sich andere noch aus. Sie alle treten jedoch für ein Miteinander ein, in dem rechtsextreme, rassistische, antisemitische und queerfeindliche Ausgrenzung keinen Platz haben, und engagieren sich für eine offene, vielfältige und demokratische Gesellschaft auf der Grundlage von Menschenwürde und Menschenrecht.

Viele dieser Initiativen in Brandenburg haben sich im Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Rassismus zusammengeschlossen. Im Jahr 1997 auf Anregung der Landesregierung gegründet, ist es inzwischen zu einem unabhängigen, kritischen und lebendigen Forum der Zivilgesellschaft geworden. Die rund 100 Mitglieder des Bündnisses vernetzen sich untereinander, unterstützen sich gegenseitig, stoßen gemeinsame Aktivitäten an. Und sie tauschen sich über ihr Engagement, ihre Erfahrungen wie auch ihre Erfolge und Misserfolge aus. Das „Handbuch Zivilgesellschaft“ greift dieses Wissen aus mehr als 25 Jahren zivilgesellschaftlichen Engagements auf, trägt es zusammen und ergänzt es durch weitere Tipps und Ideen.

Rechtsextremismus ist auch heute in Brandenburg eines der drängendsten Probleme, davon zeugen nicht zuletzt die hohen Zahlen rechter und rassistischer Gewalttaten. Genau deshalb ist demokratisches Engagement noch immer so wichtig. Es ist bestimmt von der Einsicht der Menschen, dass sie aktiver Teil ihres Gemeinwesens sind und dieses selbst gestalten können. Und es lebt vom freiwilligen Einsatz, vom Ehrenamt, von der Kreativität und der Hingabe aller Beteiligten. Dieses Handbuch möchte Sie ermuntern und unterstützen, Teil dieses lebendigen und demokratischen Miteinanders zu sein und zu bleiben. Sie machen einen Unterschied.

Thomas Wisch

Vorstandsvorsitzender des Aktionsbündnisses Brandenburg gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Rassismus



EINMISCHEN

Demokratie gibt es nur, wenn wir sie gemeinsam gestalten

Vieles in unserem Leben wird davon bestimmt, was wir selbst daraus machen. Dies trifft nicht nur auf das Private zu, auf die Familie und den Freundeskreis, auf Wohnung oder Haus, die Gestaltung der Freizeit und unsere Hobbys, sondern auch auf das Verhältnis zu unseren Mitmenschen, die Art, wie wir uns gegenüber treten, miteinander reden und gemeinsame Herausforderungen erkennen, diskutieren und bewältigen. Wir können die Gesellschaft mitgestalten, in der wir leben wollen.

Diese Gesellschaft ist in einem ständigen Wandel und unser Handeln in der Öffentlichkeit hinterlässt Spuren und hat Einfluss. Widersprechen wir, wenn inakzeptable Äußerungen fallen? Erheben wir die Stimme, wenn andere Menschen beleidigt oder gar angegriffen werden? Werden wir aktiv, wenn sich rechtsextreme und rassistische Hetze in unserer Nachbarschaft bemerkbar macht? Und: Suchen wir Wege, unsere Umgebung freundlicher und menschlicher zu gestalten?

Veränderung entsteht nicht erst in Parteien, in Parlamenten, in Rathäusern und Ministerien. Jede*r Einzelne kann im Alltag einen Beitrag für ein solidarisches Miteinander leisten. Manchmal ist er klein und nicht mehr als ein freundliches Wort oder eine unterstützende Geste. Manchmal braucht es Ausdauer, Zusammenarbeit und viel Zeit, bis Ergebnisse erkennbar werden. Und manchmal sind wir uns gar nicht sicher, das Richtige getan zu haben, oder werden nicht einmal mit einem Danke bedacht.

Wo und wie Sie aktiv werden, kann vielfältig sein. Finden Sie es schade, dass schon lange kein Straßenfest mehr in Ihrem Ortsteil stattgefunden hat? Stören Sie die rechten Schmierereien oder Aufkleber, die regelmäßig in Ihrer Stadt auftauchen? Sorgen Sie sich um das Miteinander in Ihrem Verein? Sind Sie auf Spuren nationalsozialistischer Verbrechen in Ihrer Nachbarschaft gestoßen, an die kein Mahnmal erinnert? Ärgert es Sie, dass die Kollegin oder der Kollege regelmäßig rassistische Sprüche klopft? Oder empört Sie ein Zeitungsbericht über einen rechten Angriff ganz in Ihrer Nähe und fragen Sie sich, was Sie tun können?

Wenn Sie anfangen, werden Sie schnell merken, dass Sie nicht allein sind. Sie werden Zuspruch von anderen bekommen und sicherlich Mitstreiter*innen finden, die Ihr Anliegen teilen und sich einbringen wol-

len. Vielleicht werden Sie mit Widerspruch und neuen Herausforderungen konfrontiert, werden sich mit komplizierten Fragen auseinandersetzen müssen und sich manchmal die Haare raufen wollen. Wichtig ist es jedoch, am Ball zu bleiben.

Viele Probleme sind vielschichtig und müssen im Dialog geklärt werden. Einfache Antworten, wie sie rechte Ideologien versprechen, sind trügerisch. Rechtsextreme Parteien und Gruppierungen wollen uns glauben machen, dass nur sie den richtigen Weg kennen, dass wir ihnen die Dinge überlassen sollten. Fehler wälzen sie auf andere ab, auf Minderheiten und politische Gegner*innen.

Wollen Sie anderen die Herausforderungen Ihres Alltags überlassen oder sie selbst anpacken? Sich als Teil der Gesellschaft zu begreifen, Verantwortung für sie zu übernehmen, die eigenen Rechte zu nutzen und für sie einzustehen, das Zusammenleben zu gestalten – dieses soziale und politische Engagement von Bürger*innen macht letztendlich den Kern von Demokratie aus.

Dieses Handbuch widmet sich jenen Themen, mit denen viele Einzelpersonen und Initiativen regelmäßig konfrontiert sind oder sich auseinandersetzen. Die Zusammenstellung folgt den Bereichen zivilgesellschaftlichen Engagements: Sie widmet sich den Herausforderungen des Alltags, in denen wir mit Rechtsextremismus konfrontiert werden, und geht zu Themen über, mit denen sich Initiativen und Bündnisse gegen rechts auseinandersetzen. Auch die Zusammenarbeit mit anderen, die Vernetzung und die Öffentlichkeitsarbeit stehen im Fokus des Handbuchs. Gleichzeitig zeigt es nur einen Ausschnitt zivilgesellschaftlichen Engagements – ohne den Anspruch, dieses vollständig abzubilden. Es geht vor allem darum, Anregungen, Ideen und konkrete Hilfen zu bieten, wie wir gemeinsam eine offene, vielfältige Gesellschaft gestalten können.

Engagement, Meinungsstreit und Protest gehören dazu

Politische Prozesse können lange dauern und anstrengend sein. Egal, ob es um den neuen Jugendklub im Ort, die Förderung eines Sozialprojekts, Erleichterungen für Geflüchtete oder einen Bebauungsplan geht – fast alle Vorhaben müssen in Ausschüssen und Sitzungen geprüft, diskutiert und entsprechend verändert werden. Dies ist oft mühsam, zuweilen kommt am Ende nicht einmal etwas heraus, und wenn doch, sind nicht immer alle zufrieden.

Rechtsextreme Gruppierungen versprechen dagegen schnelle und einfache Lösungen. Unter ihrer Führung wollen sie die Entscheidungsmacht von Regierungen und Verwaltungen stärken und gegebenenfalls mit demagogischen Volksabstimmungen untermauern. Langwierige Diskussionen in den Parlamenten oder Überprüfungen durch Gerichte passen nicht in dieses Weltbild und sollen eingeschränkt oder ganz abgeschafft werden. Damit, so heißt es, finde endlich Volkes Wille Gehör.

„Volk“ kann in einer modernen Gesellschaft jedoch nur als Vielfalt gedacht werden. Es gibt immer eine Vielzahl von Meinungen, Interessen und Sichtweisen zu einer Sachfrage, die nicht einfach auf einen Nenner zu bringen sind. Wer sich anmaßt, allein entscheiden zu können, übergeht andere und erkennt diese Vielfalt nicht an.

Auch ein demokratisches politisches System wie jenes in Deutschland hat Schwächen und Fehler. Deshalb bringen Initiativen und Parteien beständig Veränderungsvorschläge ein, die in Parlamenten, in der Verwaltung, vor Gericht und in der Presse Gehör finden. Dass sie manchmal Erfolg haben und ihre Vorschläge und Forderungen umgesetzt werden, zeigt die Anpassungsfähigkeit einer Demokratie. Denn Demokratie ist nichts Statisches, sondern vom Streben gekennzeichnet, Menschenrechte, Meinungsstreit, Interessenausgleich und Machtausübung unter einen Hut zu bekommen. Demokratie bedeutet nicht nur, dass die Bevölkerung regelmäßig in Wahlen die Regierung bestimmt und diese Mehrheit dann regiert. Unterschiedliche Parteien und ihre Abgeordneten in den Parlamenten repräsentieren die verschiedenen Ansichten der Wähler*innen und diskutieren, wie sie Kompromisse finden können. Parlamente und Regierungen versuchen, Interessengruppen wie Initiativen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Lobbyist*innen nicht vor den Kopf zu stoßen, die von außen ihre For-

derungen an die Regierenden herantragen und um Einfluss ringen. Regierung und Verwaltung müssen sich an Gesetze halten und durch Gerichte, Parlamente und Medien findet eine gegenseitige Kontrolle statt. Zudem werden viele Fragen in Landes- und Kommunalparlamenten entschieden, deren Mitglieder näher am Gegenstand sind und wo Mitsprache leichter möglich ist. In Stadtverordnetenversammlungen, in Gemeindevertretungen und in Fachausschüssen können auch Sie sich einbringen und mit Ihrer Initiative oder Ihrem Bündnis Druck aufbauen.

Grundlage dieses vielschichtigen politischen Systems ist die Verfassung. Sie regelt nicht nur die politischen Abläufe und Verantwortlichkeiten. An ihren Anfang setzt sie die Menschenrechte und die Grundrechte der Bürger*innen, die vom Staat zu schützen sind. Menschenwürde, Selbstentfaltung, Gleichberechtigung, Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit oder das Asylrecht sind keine Selbstverständlichkeiten. In Diktaturen und autoritären Systemen werden sie mit Füßen getreten. Werden die Grundrechte dagegen in der Demokratie von staatlichen Behörden verletzt, haben sie starke Verteidiger*innen in der Politik, in den Gerichten und in der Zivilgesellschaft.

Diese Rechte wurden über Jahrhunderte und gegen energische Widerstände erstritten. Und noch immer werden sie von rechtsextremen Kräften angegriffen, die sich auf eine vermeintliche höhere Ordnung, „das“ Volk, die Geschichte oder rassistische Theorien berufen. Die Institutionen des Staates sind gegen diese Tendenzen nur so stark wie die Zivilgesellschaft, die sich für die Grundrechte einsetzt. Denn ohne Engagement, Meinungsstreit und auch Protest ist eine Demokratie ohne Leben.

Weitere Informationen

Jochen Franzke, Peter Ulrich: Brandenburg. In: Kommunalpolitik verstehen. Wie Kommunalpolitik in den deutschen Ländern funktioniert. Stuttgart 2025. S.83-98.

Paul Nolte: Demokratie. Die 101 wichtigsten Fragen. München 2015. Kostenlos erhältlich bei der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung.

Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Die Brandenburger Verfassung. Entstehungsgeschichte, Besonderheiten, Verfassungstext. Potsdam 2019, unter: www.politische-bildung-brandenburg.de.

Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung: Kommunalpolitik in Brandenburg. Juli 2018, unter: www.politische-bildung-brandenburg.de/kommunalpolitik-brandenburg.

Politik können Sie nicht nur mit dem Wahlzettel beeinflussen

Zivilgesellschaftliches Engagement findet in der Regel außerhalb des Parlaments statt. Bündnisse und Initiativen tragen ihre Anliegen und Forderungen in die Öffentlichkeit, setzen sich für Veränderungen ein und diskutieren mit anderen über die Gestaltung ihres Gemeinwesens. Viele Fragen werden jedoch auch in der Politik entschieden, von ehrenamtlichen und professionellen Politiker*innen und gewählten Vertreter*innen.

Wahlen sind ein Kernstück der Demokratie. Sie als Bürger*in haben damit einen Einfluss auf die Politik. Mit dem Kreuz auf dem Stimmzettel können Sie Kandidat*innen und Parteien, mit denen Sie gute Erfahrungen gemacht haben, eine neue Chance geben oder einer jungen Partei ihr Vertrauen aussprechen. Sie können aber auch versuchen, jene abzuwählen, die Sie in der Vergangenheit nicht überzeugt haben. Zudem sind Wahlkämpfe Zeiten eines intensiven Austauschs über Themen in der Region und dem Land, in dem Sie leben. Auf der Straße und in Veranstaltungen suchen die verschiedenen Kandidat*innen den Kontakt zu den Wähler*innen. Teilweise führt dies zu verschärften Aussagen und populistischer Agitation. Bleiben Sie in Wahlkampfzeiten kritisch, widersprechen Sie und bleiben Sie im Gespräch.

Nichtsdestotrotz fragen sich manche, ob ihre eine Stimme bei Wahlen etwas zählt oder eher in der Menge untergeht; andere, ob sie dennoch wählen gehen sollten, selbst wenn die Parteien und die Kandidat*innen sie nicht überzeugen. Es gibt immer wieder Kampagnen, die für eine hohe Wahlbeteiligung werben, auch damit es möglichst viele Stimmen gegen rechts gibt. Dieser Zusammenhang ist jedoch umstritten, da hiervon unter Umständen die Anhänger*innen rechtsextremer Gruppierungen mobilisiert und rechtsextreme Parteien gestärkt werden.

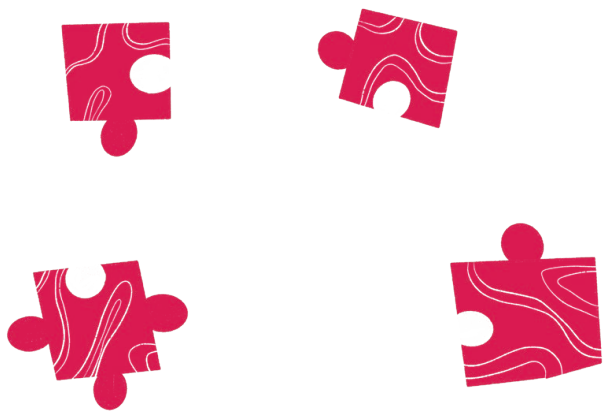
Zugleich haben Sie mehr Möglichkeiten als nur den Stimmzettel, um Ihren Forderungen Gehör zu verschaffen und Ihre Anliegen in die Politik zu tragen. Wahlkämpfe sind dafür eine gute Zeit, weil die späteren Entscheidungsträger*innen am Kontakt mit den Menschen und an der öffentlichen Meinung interessiert sind. Ihre Initiative oder Ihr Bündnis kann zum Beispiel eine Diskussionsrunde über Ihr Arbeitsfeld mit den örtlichen Kandidat*innen organisieren, bei der diese Rede und Antwort stehen sollen. Dabei müssen Sie Kandidat*innen, die menschenfeindliche Einstellungen vertreten und diese auf das Podium tragen würden, nicht

zwangsläufig einladen. [→ Mit Rechtsextremen auf dem Podium?] Auch die Verschickung von Fragebögen ist möglich, deren Ergebnisse Sie dann veröffentlichen. Oder Sie erarbeiten ein Forderungspapier für die nächste Legislaturperiode und schicken es den Kandidat*innen zu. Versuchen Sie bei alledem, sich auf Ihr Themenfeld zu fokussieren und eigene parteipolitische Positionierungen zu vermeiden. Wenn Sie die Sache diskutieren, können Sie vielleicht jemanden für Ihr Anliegen sensibilisieren, dessen Parteizugehörigkeit dies nicht hätte vermuten lassen. Themen wie Rechtsextremismus und rassistische Gewalt zum Beispiel sind vielen Menschen ein ernstes Anliegen, doch sie wissen wenig über lokale Vorfälle oder Begebenheiten.

Kontakte zu Politiker*innen aus Ihrer Region und eine gemeinsame Gesprächsgrundlage sind auch außerhalb von Wahlzeiten wichtig. Die einen sind nun in Ämtern und Parlamenten vertreten und können dort Partner*innen sein. Doch selbst jene, die nicht gewählt wurden, bleiben meist politisch aktiv, bringen sich vor Ort in kommunale Parlamente oder als sachkundige Bürger*innen in Ausschüssen ein. Bleiben Sie im Austausch, damit sich Politiker*innen für Ihr Anliegen in den Parlamenten, ihren Parteien und der Öffentlichkeitsarbeit starkmachen können – und bleiben Sie kritisch, wenn sie es nicht tun. Oftmals haben Politiker*innen zudem einen kurzen Draht in die Verwaltung und können dort schneller etwas erreichen als Bürgerinitiativen.

Pflegen Sie deshalb diese Kontakte. Laden Sie Politiker*innen aus Ihrer Region auch zu Ihren Veranstaltungen ein. Möglicherweise sind einige sogar an der Mitarbeit in Ihrem Bündnis interessiert, übernehmen Aufgaben wie die Anmeldung von Kundgebungen und Demonstrationen oder stehen für Redebeiträge zur Verfügung. Achten Sie allerdings darauf, parteipolitisch neutral zu bleiben, um für Ihr Anliegen Ansprechpartner*in für mehrere Parteien zu sein. Insbesondere im kommunalen Raum ist dies machbar, da für einige Engagierte aus den Parteien die konkrete Veränderung vor Ort über der Parteipolitik steht.

Mit Vertreter*innen rechtsextremer Parteien ist eine solche Sacharbeit jedoch nicht möglich. Auch wenn einige sich zuweilen gemäßigter geben, ist es sehr unwahrscheinlich, diese durch konstruktive Zusammenarbeit von ihrer menschenverachtenden Politik abzubringen. Außerdem sollten Sie bedenken, dass die vermeintliche Sacharbeit mit extrem rechten Politiker*innen zu deren Normalisierung sowohl als politische Partner*innen als auch ihrer Positionen beiträgt.





POSITIONIEREN

Sagen Sie Ihre Meinung und bestehen Sie auf die Einhaltung der Menschenrechte

Rechtsextreme und rassistische Aussagen können Ihnen unvermittelt und plötzlich begegnen: im Sportverein, im Kreis der Kolleg*innen, bei der Familienfeier oder in einer Chatgruppe. Sie ärgern sich spontan über die Äußerung, doch keine*r der Umstehenden sagt etwas dazu. Sollten Sie widersprechen, eine Konfrontation riskieren und die Stimmung kippen?

Wenn Sie sich über eine politische Aussage vom rechten Rand oder ein diskriminierendes Verhalten ärgern, sollten Sie dies offen sagen. Denn Sie werden in diesem Moment Zeug*in, wie die Ungleichheit zwischen Menschen behauptet wird, wie Menschen das Recht auf Gleichheit, Würde und die Freiheit zur Teilhabe an der Gesellschaft abgesprochen wird. Damit werden die Menschenrechte und letztendlich auch die Demokratie infrage gestellt. Handeln Sie also, wenn einzelne Menschen oder Menschengruppen angegriffen werden.

Diskriminierende und rechtsextreme Positionen basieren auf einer Welt-sicht, nach der die Menschenrechte nicht für alle gelten. Auch Menschen, die sich selbst nicht als Gegner*innen der Demokratie bezeichnen würden, vertreten solche „Meinungen“, wie wissenschaftliche Umfragen regelmäßig nachweisen. Ein diskriminierendes Menschenbild zeigt sich nicht erst in rechter Gewalt oder der Unterstützung einer rechtsextremen Partei, sondern bereits in abfälligen Äußerungen. Wer anderen die Menschenrechte abspricht – allen voran die Würde des Menschen –, greift den Kern des Grundgesetzes und der Demokratie an.

Die Menschenrechte müssen nicht nur gegen Diktaturen oder autoritäre Regime in weit entfernten Ländern in Stellung gebracht werden. Sie werden tagtäglich auch in Deutschland verteidigt – in der politischen Praxis der Parteien, der Behörden, der Gerichte, aber auch in der öffentlichen Auseinandersetzung. Angriffe auf die Menschenrechte beschädigen die Demokratie, die diese Rechte absichert. Sie geht unter, wenn sich niemand mehr für wichtige Werte wie die Würde jedes einzelnen Menschen, die Gleichheit der Geschlechter oder die Meinungsfreiheit einsetzt. Die deutsche Geschichte zeigt, dass eine Demokratie in einer Diktatur enden kann, wenn sie von den Bürger*innen und den Institutionen nicht verteidigt wird.

Schweigen Sie deshalb nicht bei antidemokratischen, rassistischen, sexistischen oder antisemitischen Vorkommnissen. Unterstützen Sie jene, die sich gegen rechts engagieren. Sie werden merken, dass Sie nicht allein sind und andere auf Ihrer Seite stehen. Vielleicht sehen auch die rechten Sprücheklopfer*innen ein, dass bestimmte Äußerungen inakzeptabel sind. Oder sie halten sich zumindest zurück, weil sie mit Widerspruch rechnen müssen.

Warum Geschichte wichtig ist

Noch heute erinnern in Brandenburg Gedenkstätten an die Verbrechen des Nationalsozialismus. Sie sind Orte der Mahnung und des Gedenkens, aber auch der Aufarbeitung der Geschichte. Hier hat jede*r die Möglichkeit, sich den historischen Gegebenheiten individuell zu nähern.

Rechtsextreme verdrehen die Geschichte für ihre Zwecke. Sie konstruieren Erzählungen, die häufig im Widerspruch zur historischen Forschung stehen, um ihre politischen Forderungen zu rechtfertigen. Oder sie werden genutzt, um eine vermeintlich jahrhundertealte Identität abzuleiten. Neonazis beziehen sich oftmals positiv auf den Nationalsozialismus. Sie leugnen seine Verbrechen oder heißen sie sogar gut. Solch eine Relativierung oder Verherrlichung der Nazi-Herrschaft ist inakzeptabel und sollte nicht unwidersprochen bleiben. Geschehen solche Äußerungen im öffentlichen Raum, können sie sogar eine Straftat darstellen und angezeigt werden.

[→ So zeigen Sie Straftaten an]

Die Relativierung oder die Verherrlichung des historischen Nationalsozialismus zeigen sehr deutlich, welches politische System Rechtsextreme anstreben. Auch wenn die Nationalsozialistische Arbeiterpartei (NSDAP) demokratisch gewählt wurde, war sie keine demokratische Partei. Menschenrechte, Freiheit und Demokratie wurden unter ihrer Herrschaft mit Füßen getreten. Gewalt gegen Minderheiten, Terror gegen politische Gegner*innen und ein brutaler und beispielloser Vernichtungskrieg in ganz Europa waren Kern des Nationalsozialismus. Doch die Nazis kamen nicht aus dem Nichts. Sie wurden durch große Teile der Bevölkerung und auch andere politische Kräfte unterstützt. Ihrer Herrschaft ging eine Destabilisierung der Demokratie in Deutschland voraus. In der Vergangenheit gab es bereits Protest und Widerstand gegen diese Politik und auch heute bleibt es wichtig, dem Rechtsextremismus aktiv entgegenzutreten.

Über die Zeit des Nationalsozialismus können wir viel lernen, vielleicht auch aus ihr. Die historische Literatur ist vielfältig und die Wissenschaft entwickelt sich beständig weiter. Gedenkstätten klären vor Ort auf und geben diese Forschungserkenntnisse weiter. Außerdem gibt es zahlreiche Berichte von Betroffenen, auch wenn viele bereits verstorben sind. Vielleicht gibt es in Ihrem Wohnort oder sogar in Ihrer Familie Zeugnisse über und Erinnerungen an den Nationalsozialismus. Achten Sie darauf, diese kritisch zu hinterfragen, insbesondere wenn es um Schuld und Verantwortung geht.

Dass es heute Gedenkveranstaltungen, Gedenkstätten und eine Aufarbeitung gibt, ist keine Selbstverständlichkeit, sondern wurde von Überlebenden über Jahre erkämpft. Für die Überlebenden des Holocaust und für die Angehörigen der Opfer des Nationalsozialismus war und ist es wichtig, die Erinnerung an diese Verbrechen wachzuhalten, denn die nationalsozialistische Ideologie verschwand nach 1945 nicht einfach aus den Köpfen der deutschen Bevölkerung. Das Gedenken musste gegen Widerstände durchgesetzt werden und war häufig Teil politischer Auseinandersetzungen. Bis heute ist es eng mit dem Engagement gegen Rechtsextremismus und Rassismus verbunden und lebt dank der Unterstützung der Zivilgesellschaft fort.

Welche Erkenntnisse Sie aus der Geschichte ziehen, ist allerdings sehr individuell. Die Diskussion darüber in der Familie, unter Freund*innen und in der Öffentlichkeit ist eben auch Teil einer offenen und demokratischen Debatte.

Weitere Informationen

Netzwerk Zeitgeschichte – Verbund aus Gedenkstätten, Forschung und Zivilgesellschaft in Berlin und Brandenburg, unter: www.netzwerk-zeitgeschichte.de.

Jens-Christian Wagner, Sybille Steinbacher (Hg.): Rechter Geschichtsrevisionismus in Deutschland. Formen, Felder, Ideologie. Göttingen 2025.

Leon Walter, Jonas Rees, Jonathan Pimpl, Michael Papendick: Gedenkanstoß ME-MO-Studie 2025. Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld. Berlin, Bielefeld 2025, unter: www.stiftung-evz.de.

Susanne Siegert: Gedenken neu denken. München 2025.

Harald Welzer, Sabine Moller, Karoline Tschuggnall: „Opa war kein Nazi.“ Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis. Frankfurt a. M. 2002.

Aleida Assmann: Kollektives Gedächtnis. Bundeszentrale für politische Bildung. 2008, unter: www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte.

Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, unter: www.stiftung-bg.de.

So durchschauen Sie Rechtsextremismus

Rechtsextremismus kann sehr unterschiedlich aussehen. Das zeigt sich auch in Brandenburg, wo es unterschiedliche rechtsextreme Gruppierungen und diverse Vorkommnisse gibt: rechtsextreme Parteien populistischer oder neonazistischer Ausprägung, Neonazi-Gruppen mit nur einer Handvoll Mitgliedern, die vor allem in einem Ort mit Aktionen auffallen, Neonazi-Bands und -Liedermacher*innen, die bei Szenekonzerten auftreten, sowie Internet-Initiativen, die sich in den sozialen Medien vernetzen, um Hetze und Bedrohungen zu verbreiten.

Rechtsextreme Einstellungen werden mit unterschiedlichen Schwerpunkten vertreten. Dabei ist die Spannbreite rechtsextremer Welterklärungsmuster groß und manchmal bizarr. Häufig finden sich jedoch wiederkehrende Elemente:

- Rassismus als Glaube an den unterschiedlichen Wert einzelner Gruppen von Menschen
- Antisemitismus als Feindschaft gegenüber Jüdinnen*Juden mit häufig welterklärendem Charakter
- Antifeminismus als das Festhalten an einer traditionellen, ungleichen Geschlechterordnung
- Sozialdarwinismus als Ablehnung sozial schwacher oder behinderter Menschen
- Nationalismus als Überhöhung der eigenen Nation, deren Interessen sich die Menschen unterzuordnen haben
- Autoritarismus als Glaube an Führung und Hierarchie und als Ablehnung von demokratischen, kompromissorientierten Verfahren
- Pro-Nazismus als Relativierung oder positive Bezugnahme auf den historischen Nationalsozialismus

Diese Einstellungen können zur Wahl oder aktiven Unterstützung einer entsprechenden Partei führen. Sie können aber auch in einen engagierten politischen Aktivismus münden, etwa die Organisation von Demonstrationen oder Kulturveranstaltungen, die Herausgabe von Büchern oder Zeitschriften, die Erstellung von Memes und Fake News im Internet. Einige Rechtsextreme überschreiten dabei auch die Schwelle zur Gewalt. Sie bedrohen andere Menschen oder greifen im Affekt oder nach gezielter Vorbereitung jene an, die nicht in ihr Weltbild passen.

Staatliche Behörden wie der Verfassungsschutz setzen sich mit Rechtsextremismus vor allem wegen dessen Gegnerschaft zur Demokratie und dessen politischen Aktivitäten auseinander. Dabei gerät häufig der Blick auf rechtsextreme Einstellungen in den Hintergrund. Umfragen zeigen, dass diese Ressentiments auch bei Menschen vorhanden sind, die sich selbst nicht als rechtsextrem verstehen. Deshalb ist es wichtig, sich auch im Alltag mit Rassismus oder Sexismus auseinanderzusetzen. Politisch Engagierte – etwa aus den demokratischen Parteien – sollten darauf achten, in ihrer Kommunikation und in ihren Forderungen nicht unbeabsichtigt rechtsextreme Positionen zu wiederholen oder zu verstärken.

Die politischen Kampagnen, die Sprache, die Themen und die Organisationen von Rechtsextremen wandeln sich zwar beständig. Doch Rechtsextremismus ist kein neues Phänomen. Er hat sich in Deutschland zeitgleich mit der Entwicklung moderner demokratischer Massenpolitik herausgebildet. Rechtsextreme Gruppierungen und Parteien sind seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts aktiv. Die Grundkonstanten ihrer Politik sind seitdem unverändert. Sie zielen auf die Diskriminierung und Bekämpfung von Minderheiten, die Ablehnung von Menschenrechten und allgemeiner Mitbestimmung und die Sehnsucht nach anderen Wertvorstellungen und einer anderen Gesellschaft aus einer verzerrten Vorstellung der Vergangenheit.

Seit es rechtsextreme Organisationen gibt, gibt es jedoch auch Menschen, die sich ihnen entgegenstellen. Die demokratische Gesellschaft lebt davon, dass im Ehrenamt und im Alltag Widerspruch laut und Widerstand sichtbar wird, wenn Rechtsextreme sich äußern oder aktiv werden.

Weitere Informationen

Hans-Gerd Jaschke: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder. Wiesbaden 2001.

Richard Stöss: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Berlin 2000.

Samuel Salzborn: Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze. Baden-Baden 2020.

Mechtild Gomolla, Ellen Kollender, Marlene Menk (Hg.): Rassismus und Rechtsextremismus in Deutschland. Figurationen und Interventionen in Gesellschaft und staatlichen Institutionen. Weinheim 2018.

So erkennen Sie Rassismus

Rassismus ist ein Kernelement rechtsextremer Einstellungen. Das heißt im Umkehrschluss aber nicht, dass nur Neonazis oder Parteien am rechten Rand rassistisch sind. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen regelmäßig, dass viele Menschen in Deutschland rassistische Vorstellungen teilen. Deshalb ist es wichtig, auch die eigene Wahrnehmung zu überprüfen.

Rassist*innen konstruieren „Rassen“, das heißt, sie schreiben Menschen aufgrund vermeintlicher oder tatsächlicher körperlicher Merkmale Eigenschaften zu und behaupten, Mitglieder der so bestimmten Gruppierungen seien angeblich von Natur aus anders – ob nun gesellig oder musikalisch, kriminell oder faul. Wird ein Gegensatz zwischen dieser angeblichen „Rasse“ und der eigenen Gruppe aufgemacht und werden andere Menschen dabei abgewertet, ist das Rassismus. Rassismus ist also von der Vorstellung ethnischer oder kultureller Gruppen und von der Aufwertung der Eigengruppe durch die Abwertung anderer gekennzeichnet. „Rassen“ gibt es nicht. Wenn Rassist*innen heute von Kulturen oder Ethnien sprechen, steckt dahinter derselbe Geist der Verallgemeinerung und Abwertung. Die sogenannte Neue Rechte, die eine intellektuelle Erneuerung des Rechtsextremismus anstrebt, lehnt Vielfalt und Durchmischung ab. Vertreter*innen dieser Strömung wie die Identitäre Bewegung und der Verein Ein Prozent bezeichnen ihre rassistische Vision von ethnisch „reinen“ Staatsgebieten beschönigend als Ethnopluralismus.

Seit Jahrhunderten gibt es rassistische Vorstellungen, die sich noch heute in Diskriminierung und Gewalt, aber auch in alltäglichen Erzählungen und Redewendungen, in Kunst und Kultur, manchmal sogar in Institutionen und Gesetzen äußern. Deshalb ist es wichtig, Althergebrachtes zu hinterfragen und im Zusammenhang mit der Vergangenheit zu betrachten. Schwarze US-Amerikaner*innen haben sich vor Jahrzehnten in der Bürgerrechtsbewegung die Gleichberechtigung erkämpft, Menschen in den ehemaligen Kolonien der europäischen Länder sind längst unabhängig – doch noch immer gibt es Vorstellungen, dass sie weißen Menschen vermeintlich unterlegen seien, dass sie beherrscht oder kontrolliert werden müssten.

Manchmal ist Rassismus schwer zu erkennen, weil er mit Vorurteilen einhergeht – und Vorurteile erleichtern es Menschen, ihre Umwelt wahrzunehmen. Doch sie führen auch zu Pauschalisierungen und eben zu vorschnellen Urteilen. Nicht alle Mitglieder einer Gruppe sind gleich, sie

unterscheiden sich, sei es in der Art, wie sie die Welt sehen, wie viel sie verdienen, wo sie leben, welche Träume und Wünsche sie haben. Niemand möchte unbedacht mit anderen in einen Topf geworfen werden. Wer hingegen auf das Individuum schaut, sieht oftmals mehr Verbindendes als Trennendes.

Rassismus ist mehr als ein Vorurteil. Rassismus prägt die Verhältnisse in unserer Gesellschaft und beeinflusst die Positionen und Handlungsräume der Menschen. Seien Sie deshalb kritisch, wenn es heißt, jemand sei wegen seiner Herkunft oder seines Aussehens anders. Seien Sie offen für das Individuum. Und sprechen Sie mit denen, über die andere reden. Nicht diejenigen, die bestimmte Worte und Aussagen machen, sollten definieren, ob diese beleidigend oder diskriminierend sind, sondern in erster Linie die Betroffenen.

Weitere Informationen

Tupoka Ogette: Exit Racism. Rassismuskritisch denken lernen. Münster 2025.

Natasha A. Kelly: Rassismus – Strukturelle Probleme brauchen strukturelle Lösungen! Erfurt 2021.

Ulrike Marz: Kritik des Rassismus. Eine Einführung. Stuttgart 2020.

Annita Kalpaka, Nora Rätzkel, Klaus Weber (Hg.): Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein. Hamburg 2022.

Noah Sow: Deutschland Schwarz Weiß: Der alltägliche Rassismus. Norderstedt 2018.

Milena Detzner, Ansgar Drücker, Sebastian Seng (Hg.): Rassismuskritik. Versuch einer Bilanz über Fehlschläge, Weiterentwicklungen, Erfolge und Hoffnungen. Düsseldorf 2016, unter: www.idaev.de.

So entlarven Sie Antisemitismus

Unsere moderne Welt ist komplex. In der Gesellschaft, der Politik, der Wirtschaft oder der Kultur sind zahlreiche Kräfte am Werk und führen zu stetiger Veränderung. Häufig ist es nicht einfach zu verstehen, warum bestimmte Ereignisse oder Entwicklungen geschehen.

Für viele Rechtsextreme ist Antisemitismus ein Mittel, um Politik und Gesellschaft zu deuten und zu erklären. Als Feindschaft gegenüber Menschen oder Einrichtungen, die jüdisch sind oder dafür gehalten werden, ist der Antisemitismus bereits sehr alt. Ähnlich wie der Rassismus wird er von

abwertenden Vorstellungen am Leben gehalten, die Jüdinnen*Juden von der vorgestellten Gruppe der Nation, Kultur oder „Rasse“ abgrenzen. Ob in mittelalterlichen Darstellungen in Kirchen, in den Hetzblättern der Nazi-Zeit oder in heutigen abstrusen Social-Media-Kanälen – es finden sich sehr unterschiedliche antisemitische Stereotype.

Anders als rassistische sind viele antisemitische Bilder nicht nur mit Abwertungen und vermeintlicher Schwäche versehen, sondern schreiben Jüdinnen*Juden auch besondere Kräfte und einen übermäßigen Einfluss zu. Es heißt dann zum Beispiel, sie würden das Finanzsystem, die Politik, die Medien oder die Kultur dominieren oder gar steuern. In der Folge kann ihnen die Verantwortung für Wirtschaftskrisen, ungeliebte Gesetze oder ungewollte Medienbeiträge zugeschrieben werden. Mitunter steigert sich dies bis hin zu Vorstellungen weitreichender oder weltumspannender Verschwörungen, in denen eine Handvoll Personen gegen ganze Staaten oder gar die Weltgemeinschaft vorgeht.

Jüdinnen*Juden gelten somit als Sündenböcke wie Drahtzieher*innen von Veränderungen, die Rechtsextreme ablehnen. Der Antisemitismus dient ihnen als Muster zur Wahrnehmung der Welt und als Möglichkeit, auf komplizierte Fragen einfache, wenn auch falsche Antworten zu finden. Manche Verschwörungserzählungen kommen zwar auch ohne Jüdinnen*Juden aus, funktionieren aber ähnlich.

Folge dieser antisemitischen Anfeindungen und Weltsichten waren und sind immer wieder Ausschreitungen, Pogrome und in Deutschland insbesondere die furchtbaren Verbrechen des Nationalsozialismus. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist Antisemitismus in vielen Ländern geächtet. Antisemit*innen nutzen deshalb unterschiedliche Chiffren und Codes. Häufige Motive sind angebliche Verschwörungen, die Dämonisierung Israels und die Relativierung und Leugnung der Schoah beziehungsweise des Holocaust. Nicht nur in der extremen Rechten, sondern auch in anderen politischen Milieus werden antisemitische Einstellungen vertreten.

Seien Sie deshalb wachsam, wenn in politischen Debatten einfache Antworten auf komplizierte, zum Teil weltumspannende Fragen gegeben werden. Wenn jüdische Einzelpersonen oder Einrichtungen benannt oder bestimmte Entwicklungen als jüdisch bezeichnet werden, muss sorgfältig auf die Grenze zum Antisemitismus geachtet werden. Dies gebietet insbesondere der Respekt vor der deutschen Geschichte, die gezeigt hat, wohin Antisemitismus führt.

Weitere Informationen

Peter Schäfer: Kurze Geschichte des Antisemitismus. München 2020.

Julius H. Schoeps, Joachim Schlör (Hg.): Bilder der Judenfeindschaft: Antisemitismus – Vorurteile und Mythen. Augsburg 1999.

Samuel Salzborn: Antisemitismus. Geschichte, Theorie, Empirie. Baden-Baden 2014.

Wie Sprache unser Denken prägt

Woran denken Sie, wenn Sie das Wort Zitrone hören? Oder: Zucker? An eine Zitrone oder ein Stück Würfelzucker, klar. Das ist aber nicht alles: Begriffe führen Assoziationen mit sich. Dinge, die wir automatisch mitdenken und die bestimmte Wahrnehmungen auslösen, die mehr oder weniger positiv stimmen: Sauer macht zum Beispiel niemanden lustig – süß hingegen stimmt froh.

Auch Begriffe, die in der Politik oder in den Medien genutzt werden, lösen Wahrnehmungen und Gefühle aus. Hören wir zum Beispiel „Asylantenflut“ – ein Begriff, den eine große Zeitung schon in den 1980er Jahren in die Welt setzte –, passiert mithilfe der zwei Wortteile gleich zweierlei: Asylant klingt mehr nach „Hydrant“ als nach einem Menschen, der wie wir sowohl Gefühle und Sehnsüchte als auch Rechte und Pflichten hat. Bei einer Flut wiederum handelt es sich um eine Naturgewalt, der wir machtlos ausgesetzt sind, um eine Bedrohung, die imstande ist, ganze Dörfer, Städte oder Regionen wegzuspülen und unter sich zu begraben.

Phänomene können mit Begriffen oder Metaphern niedrigschwellig und abseits einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit Wahrnehmungen und Erfahrungen verknüpft werden. Journalist*innen machen dies absichtlich oder unabsichtlich, wenn sie starke sprachliche Bilder verwenden oder nach griffigen Formulierungen suchen. Und Politiker*innen können damit ihre Forderungen und Vorstellungen eingängiger gestalten. Einige nutzen gezielt eine einfache, fast kindliche Sprache, um nahbar zu erscheinen. Andere bauen Feindbilder auf und werten Gruppen von Menschen ab. Sie arbeiten mit Metaphern, die Ängste erzeugen und Vorstellungen von Gefahren hervorrufen, oder sie machen andere lächerlich.

Dieser Prozess nennt sich „Framing“ (dt. Einrahmen) und meint, einen Deutungsrahmen durch die Verwendung bestimmter Wörter zu setzen. Framing verengt den Blick auf die Realität und spricht Emotionen statt die

Vernunft an. Dieses Vorgehen ist in der politischen Debatte zu einem gewissen Grad normal, doch es kann auch sachliche Auseinandersetzungen verhindern. Das wird insbesondere beim Blick in rechtsextreme Zirkel deutlich. Sprache und Argumentation bewegen sich fernab der Diskussionen in den Medien oder zwischen den demokratischen Parteien. Sie gleichen einer Parallelwelt. Insbesondere auf Social Media und mithilfe Künstlicher Intelligenz werden eigene Kanäle gezielt dazu genutzt, hier absichtlich falsche Erzählungen zu verbreiten und mit irreführenden Überschriften und Zusammenhängen Klicks zu erzeugen. Durch die Auswertung des Nutzungsverhaltens und darauf ausgerichtete Algorithmen werden Nutzer*innen online immer mehr Beiträge nur noch gefiltert angezeigt. In sogenannten Filterblasen oder Bubbles nimmt die Bereitschaft ab, das Gesehene zu hinterfragen. [→ Infokasten: Die Logik von Algorithmen]

In der kritischen Auseinandersetzung mit Rassismus und Rechtsextremismus ist es dementsprechend wichtig, die Begriffe und Metaphern rechtsextremer Akteur*innen nicht einfach zu übernehmen. Wiederholen Sie problematische Wörter nicht als Bezeichnung für bestimmte Phänomene oder Menschengruppen. Versuchen Sie, solche Begriffe nicht zu benutzen, selbst wenn Sie sie widerlegen wollen. Und achten Sie darauf, dass rechtsextreme Sprache eigenen Logiken und Argumentationsmustern folgt. Besser kann es sein, diesem Framing eigene prägnante Aussagen entgegenzustellen und diese zu begründen: „Geflüchtete sind Menschen, die vor etwas fliehen.“

Worte können wehtun

Sprache ist nicht nur ein Mittel, mit dem Menschen sich verständigen. Sprache beeinflusst die Wahrnehmung der Wirklichkeit. Sie aktiviert bestimmte Bilder oder schafft sie überhaupt erst, sie setzt Deutungsrahmen. [→ Wie Sprache unser Denken prägt] Und: Mit verschiedenen Worten werden Dinge oder auch Menschen mehr oder weniger wertschätzend bezeichnet. Wörter können schmeicheln oder verletzen, erniedrigen oder stärken. Das ist im Grunde eine gute Nachricht. Denn es bedeutet, dass wir alle unser gegenseitiges Miteinander beeinflussen können. Jede*r, ob jung oder alt, kann überall, in der Schule, bei der Arbeit, in der Familie, im Gespräch mit Freund*innen und Bekannten, mit einer mehr oder weniger sensiblen und aufgeklärten Sprache die Gesellschaft gestalten.

Rechtsextreme Parteien und Ideologien versuchen dagegen, mit abwerten den Wörtern eine negative Wahrnehmung bestimmter Phänomene oder

Gruppen von Menschen zu schaffen. Gezielt geht es darum, Ängste zu wecken, Bedrohungen heraufzubeschwören oder andere Menschen verächtlich zu machen. Sie verfolgen damit eine politische Zielrichtung oder geben ihre eigenen Ressentiments wieder. Zugleich schüren sie Misstrauen und Unfrieden, spalten die Gesellschaft und machen sachliche Auseinandersetzungen über politische Fragen schwierig.

Wer dies vermeiden und rechtsextremen Rhetoriker*innen nicht aufsitzen will, sollte auf die eigene Wortwahl achten. Denn rechtsextreme und rassistische Begriffe sind mit bestimmten Vorstellungswelten verknüpft. Ein Begriff wie „Umvolkung“ für Flucht und Migration schließt völkische Gesellschaftsvorstellungen und Verschwörungserzählungen mit ein. Das Wort „Remigration“ wirkt zuerst harmlos und bewusst wage, doch steht dahinter auch das Konzept einer zutiefst rassistischen Vorstellung von Gesellschaft und impliziert Deportationen. Für die Deutung jeglicher Zuwanderung als Problem der Kriminalität und als Bedrohung steht beispielhaft das Wort „Messermigration“. Darunter fallen ebenso Wortkonstruktionen, die mehr mit Naturgewalten als mit der Realität zu tun haben („Flüchtlingswelle“). Sie verzerren das Bild des Phänomens. Einfache und sachliche Beschreibungen, wie Migrations- oder Fluchtbewegungen, zeichnen ein neutraleres Bild. Bestimmte Begriffe haben ihre Bedeutung auch im Lauf der Zeit geändert und werden heute als beleidigend wahrgenommen. Rechtsextreme nutzen sie und berufen sich auf ihre alte Verwendung, wollen jedoch in Wahrheit gezielt Menschen abwerten.

Hinterfragen Sie auch Begriffe, die nicht offenkundig rassistisch sind. Jemanden als „Ausländerin“ zu bezeichnen, weil die Person zum Beispiel ein Kopftuch trägt, kann nicht nur falsch, sondern auch abfällig sein. Anhand des Äußeren können Sie nicht erkennen, wo Menschen zu Hause sind und welchen Pass sie besitzen. Auch Bezeichnungen der Behörden sind nicht immer tauglich, etwa „nicht deutsche Herkunft“ oder „Migrationshintergrund“. Denn: Wie lange bleibt so ein Migrationshintergrund eigentlich erhalten? Das Statistische Bundesamt hat entschieden: Einen Migrationshintergrund haben Menschen, von denen mindestens ein Elternteil im Ausland geboren wurde. Doch wer weiß das schon im Alltag vom jeweiligen Gegenüber? Und: Wird wirklich auch jemand als „mit Migrationshintergrund“ bezeichnet, der oder die eine dänische Mutter oder einen polnischen Vater hat? Meistens nicht.

Im Grunde lässt sich aus dieser Erkenntnis eine ganz einfache Regel ableiten: Immer auf den Menschen schauen, sensibel dafür sein, wie dieser sich selbst bezeichnet – und so wenig verallgemeinern wie möglich.

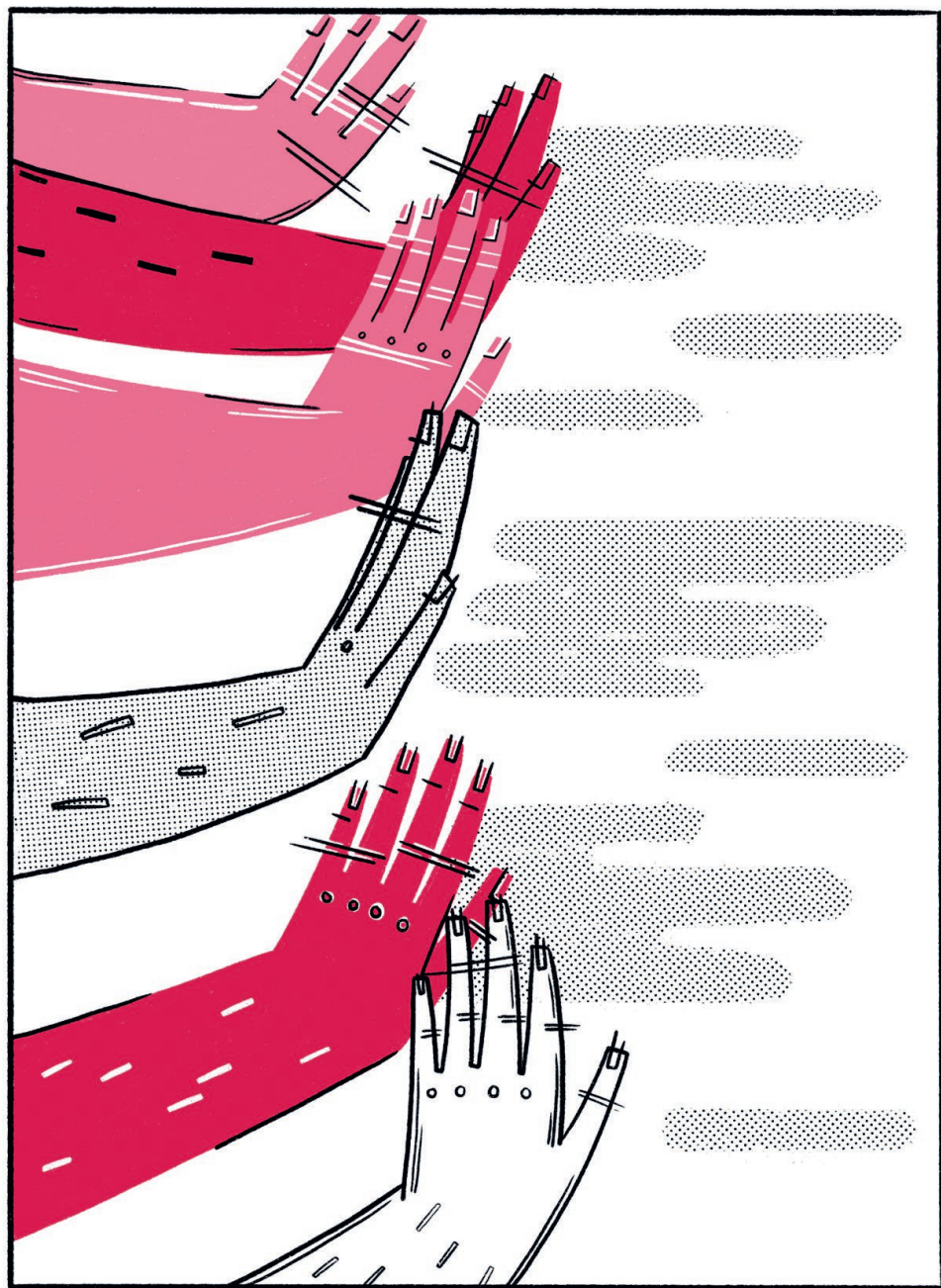
Weitere Informationen

Bente Gießelmann, Benjamin Kerst, Robin Richterich, Lenard Suermann, Fabian Virchow (Hg.): Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe. Frankfurt a. M. 2019.

Robert Feustel, Nancy Grochol, Tobias Prüwer, Franziska Reif (Hg.): Wörterbuch des besorgten Bürgers. Mainz 2018.

Glossar von Neue Deutsche Medienmacher*innen, unter:
www.neuemedienmacher.de/glossar.





WIDERSPRECHEN

Was tun bei rechten Sprüchen im Freundeskreis?

Nicht nur in der Öffentlichkeit wird man mit rechten Sprüchen konfrontiert, sondern auch im persönlichen Umfeld. Ein aufgeheiztes gesellschaftliches Klima sowie eine Normalisierung rechtsextremer Positionen führen dazu, dass Menschen plötzlich Dinge sagen, die sie früher nicht ausgesprochen hätten. Außerdem finden scheinbar einfache Antworten auf komplexe Fragen verstärkt Zustimmung.

Egal, ob im Verein, bei der Familienfeier oder auf der Arbeit [**→ Dulden Sie keinen Rassismus und Rechtsextremismus am Arbeitsplatz**] – wenn eine persönliche Beziehung zu denjenigen besteht, die sich bedenklich äußern, hat das weitreichendere Folgen als bei Unbekannten: Selbst wenn es zum Bruch mit der Person kommt, werden Sie ihr weiterhin begegnen. Sie sollten sich also gut überlegen, wie Sie angemessen auf rechte Sprüche in Ihrem direkten Umfeld reagieren.

Nicht nur die persönliche Beziehung, auch die jeweilige Situation spielt eine Rolle. Wenn weitere Personen anwesend sind – zum Beispiel bei einer Familienfeier –, ist es vielleicht effektiver, diese mit der eigenen Reaktion zu erreichen. Wichtig ist auch, wie es Ihnen in der Situation geht. Sie müssen nicht in jedem Fall diskutieren. Es ist vollkommen in Ordnung zu sagen: „Ich bin da komplett anderer Meinung, aber ich will jetzt hier keine Grundsatzdiskussion über Rassismus führen“ und es dabei zu belassen. Denn: Sich klar zu positionieren heißt nicht automatisch, diskutieren zu müssen.

Wer sich allerdings auf ein Gespräch einlässt, muss sich auf ein wenig Arbeit einstellen, zumal rechte Rhetorik mehr auf Stimmungen als auf Fakten basiert. Bleiben Sie deshalb sachlich und konkret. Argumentieren Sie nah an den problematischen Aussagen und lassen Sie sich nicht ablenken. Akzeptieren Sie keine rechten Kampfbegriffe. Und bestehen Sie auf die Einhaltung der Grundrechte und Verfassungswerte. Bei persönlich nahestehenden Menschen kann es jedoch auch sinnvoll sein, auf der Beziehungs- und Stimmungsebene zu bleiben und zu versuchen, eine Gesprächsebene herzustellen: „So kenne ich dich gar nicht. Das enttäuscht mich jetzt, was du sagst.“

Sie können sich vorbereiten. In manchen Situationen ist es hilfreich, Zahlen zu den häufigen Behauptungen über Flucht und Zuwanderung, Integrati-

on, Kriminalität oder Klimawandel zu kennen. Möglich ist es, die andere Person um die Quellen ihrer Aussagen zu bitten, das Gespräch zu vertagen und es fortzusetzen, wenn man vorbereitet ist. Es kann sinnvoll sein, rechte Denkmuster zu hinterfragen und auf persönliche Erfahrungen zu sprechen zu kommen: Ist Ihr Gegenüber mit all den vermeintlichen Bedrohungen schon konfrontiert worden? Würde Ihr Gegenüber die rechten Forderungen eigenen Bekannten wünschen? Verbessert es die eigene Situation, vermeintliche Sündenböcke unter Geflüchteten, in der Wirtschaft oder der Politik auszumachen? Generell gilt: Fragen zu stellen führt nicht nur dazu, dass Ihr Gegenüber die eigene Position selbst reflektieren muss, sondern verschafft Ihnen in einem Überraschungsmoment auch erst einmal etwas Zeit.

Rechtsextremen und rassistischen Aussagen sollten Sie also auf jeden Fall widersprechen. Noch brisanter wird die Situation, wenn es in der Familie oder im Freundeskreis Menschen gibt, die nicht nur rechte Sprüche von sich geben, sondern offensichtlich mit der rechtsextremen Szene sympathisieren. Erkennbar ist dies an häufiger werdenden extrem rechten Aussagen, an Kleidungsstücken mit einschlägigen Symbolen, am Besuch neonazistischer Veranstaltungen, an entsprechenden Aktivitäten in den sozialen Medien. [→ **So erkennen Sie Nazis**] Sie können sich mit Freund*innen austauschen und gemeinsam das Gespräch suchen. Professionelle Beratungsstellen geben Hinweise und bieten Unterstützung an. Im schlimmsten Fall sollten Sie der Person ankündigen, den Kontakt abzubrechen, wenn sich ihr Verhalten nicht ändert – denn Rechtsextremismus ist und bleibt inakzeptabel.

Weitere Informationen

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR): Umgang mit rechten Argumentationen. Berlin 2021, unter: www.mbr-berlin.de.

Frauke Büttner, Wiebke Eltze, Lisa Gutsche, Juliane Lang: Haltung zeigen! Gesprächsstrategien gegen rechts. Hg. v. d. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin 2019, unter: www.rosalux.de.

Franzi von Kempis: Anleitung zum Widerspruch. Klare Antworten auf populistische Parolen, Vorurteile und Verschwörungstheorien. München 2019.

Amadeu Antonio Stiftung: Argumentationshilfen erleichtern deine Gegenrede – Sammlung verschiedener Gesprächsstrategien, unter: www.amadeu-antonio-stiftung.de.

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) Jugend Niederbayern: Nazis hassen diese Tricks. Landshut 2023, unter: www.vielfalt-mediathek.de.

✕ ARGUMENTATIONSTRAINING

Meist kommen rechte und rassistische Äußerungen, Sprüche, vermeintliche Witze oder Beleidigungen völlig unerwartet. Sowohl die Situationen als auch die Beteiligten können sehr unterschiedlich sein. Viele Menschen sind im ersten Moment überfordert und wissen nicht, wie sie reagieren sollen. Argumentationstrainings können hier weiterhelfen. In interaktiven Übungen können sich die Teilnehmenden auf verschiedene Situationen vorbereiten. Sie lernen, wie sie die berühmte Schrecksekunde überbrücken können und welche Handlungsoptionen ihnen zur Verfügung stehen. Es gibt viele Anbieter für solche Trainings, zum Beispiel das Bündnis Aufstehen gegen Rassismus, das Netzwerk Demokratie und Courage oder parteinahe Stiftungen wie die Heinrich-Böll-Stiftung oder die Friedrich-Ebert-Stiftung. Sie können auch selbst ein Argumentationstraining veranstalten und das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus (MBT) oder die Trainer*innen vom Netzwerk Gegenargument einladen.

Dulden Sie keinen Rassismus und Rechtsextremismus am Arbeitsplatz

„Das war doch gar nicht so gemeint.“ Oft werden Rassismus und Rechtsextremismus als Witz „verpackt“, obwohl oder gerade weil sich eine Person durchaus bewusst ist, damit jemanden zu beleidigen oder zu diskriminieren. Auch am Arbeitsplatz sind rassistische Sprüche und sogar Hetze und rechtsextreme Propaganda leider keine Seltenheit.

Solche Aussagen machen oft sprachlos. Hinzu kommt Unsicherheit: Ist es sinnvoll, jetzt zu diskutieren? Bin ich argumentativ fit genug? Und: Darf ich am Arbeitsplatz überhaupt politisch argumentieren? An wen kann ich mich wenden, wenn ich Unterstützung brauche?

Grundsätzlich gilt: Rassistische und rechtsextreme Sprüche sollten Sie nicht unkommentiert lassen! Auch wenn Sie sich der jeweiligen Situation

argumentativ nicht gewachsen fühlen, ist es wichtig, deutlich zu machen, dass Sie diese Einstellung nicht teilen.

Gerade am Arbeitsplatz meiden viele Menschen die Konfrontation – schließlich arbeitet man zusammen und kann sich schlecht aus dem Weg gehen. Suchen Sie sich Unterstützung bei Kolleg*innen, die Ihre Meinung teilen. Suchen Sie sich Informationen für die Auseinandersetzung oder nehmen Sie an einem Argumentationstraining gegen rechte Parolen teil. [\[→ Infokasten: Argumentationstraining\]](#)

Wenn es häufiger zu rassistischen Sprüchen kommt, sollten Sie mit dem Betriebs- oder Personalrat reden. Der kann dann das Gespräch mit den Arbeitgeber*innen beziehungsweise der Personalleitung führen. Falls es keinen Betriebs- oder Personalrat gibt, sollten Sie Kontakt zur Gewerkschaft aufnehmen. Unterstützen Sie Ihre Kolleg*innen, wenn diese Opfer von Rassismus werden. In Brandenburg bietet die Antidiskriminierungsberatung des Vereins Opferperspektive in solchen Fällen Hilfe an.

Arbeitgeber*innen haben eine Schutzpflicht gegenüber ihren Angestellten. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) fordert Ansprechpersonen in Firmen für Beschwerden. Jeder Beschwerde über Verstöße gegen das AGG muss nachgegangen werden. Ist weder die Leitung einsichtig noch ein Betriebsrat vorhanden, hilft nur noch der juristische Weg. Diesen Weg allein zu gehen ist schwierig und kann kostspielig sein. Allerdings bieten Gewerkschaften Hilfe in arbeitsrechtlichen Fragen. Und: Gewerkschaftsmitglieder erhalten bei Problemen im Betrieb Rechtsschutz.

Generell ist es wichtig, sich zu informieren: Manchmal klopfen Kolleg*innen nicht nur rechte Sprüche, sondern sind Anhänger*innen rechtsextremer Gruppierungen oder Organisationen. Welche Symbole werden verwendet, welche Kleidung wird getragen oder welche Musik gehört? [\[→ So erkennen Sie Nazis\]](#) Arbeitgeber*innen können helfen, indem sie Informationsangebote wie Diskussionen und Workshops über Rassismus und Rechtsextremismus schaffen. In Brandenburg bietet zum Beispiel das MBT solche Veranstaltungen an. Auch können sich Firmen in der Öffentlichkeit klar gegen Rechtsextremismus und Rassismus positionieren und beispielsweise vor Ort an Aktionstagen und Veranstaltungen teilnehmen, in Bündnissen gegen rechts aktiv werden oder Projekte mit Spenden unterstützen.

Weitere Informationen

Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Rassismus e. V.:

So nicht: Kleiner Ratgeber zum Umgang mit rechtsextremen Sprüchen. Düsseldorf 2025, unter: www.gelbe-hand.de.

Antidiskriminierungsstelle des Bundes: Rassismus im Betrieb die Rote Karte zeigen. Berlin 2015, unter: www.d-nb.info.

Arbeit und Leben DBG/VHS Hamburg e. V.: Arbeit zuerst für ...? Ein solidarisches Miteinander! Rechtsextremen nicht auf den Leim gehen. Ein Ratgeber für den betrieblichen Alltag. Hamburg 2013, unter: www.vielfalt-mediathek.de.

Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Rassismus e. V.:

Flüchtlinge schützen, Rassismus entgegentreten. Handreichung für Aktive in der Arbeitswelt. Düsseldorf 2017, unter: www.gelbehand.de.

✗ BETRIEBSVEREINBARUNGEN

Eine bewährte Methode im Umgang mit Rassismus im Betrieb sind Betriebsvereinbarungen. Solche Vereinbarungen sind freiwillig, können aber sehr hilfreich sein. Zum einen hat eine klare Positionierung des Unternehmens eine Wirkung sowohl nach außen als auch auf die Mitarbeitenden. Zum anderen ist schon bei der Unterzeichnung des Arbeitsvertrags klar, dass der neue Arbeitgeber kein diskriminierendes Verhalten duldet. Im Sommer 1998 schrieb die heutige ArcelorMittal Eisenhüttenstadt GmbH: „Wir, die Geschäftsführung der EKO Stahl GmbH, wenden uns gegen Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus in den Betrieben.“ 2004 verabschiedeten Geschäftsführung und Betriebsrat dann eine Betriebsvereinbarung. Diese eindeutige Stellungnahme hatte in ganz Brandenburg Signalwirkung. Im Internet gibt es dazu verschiedene Mustervereinbarungen, zum Beispiel vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB).

Mit Rechtsextremen auf dem Podium?

Rechtsextreme Parteien sind inzwischen an vielen Orten präsent. Ihre Mitglieder sitzen in Kreistagen und Kommunalparlamenten; sie versuchen, im gesellschaftlichen Leben, in Vereinen und Verbänden Fuß zu fassen. Kann die öffentliche Debatte mit ihnen konstruktiv sein? Ist es sinnvoll, sie zu Diskussionen und Veranstaltungen einzuladen? Gibt es gar eine Pflicht, Mitglieder oder Abgeordnete aller Parteien gleichermaßen zu Wort kommen zu lassen?

Vor allem in der Öffentlichkeit ist es wichtig, Rassismus und Rechtsextremismus entschieden entgegenzutreten. Überlegen Sie sich daher genau, ob Sie Anhänger*innen extrem rechter Parteien zu Podiumsdiskussionen und Gesprächsrunden einladen wollen. Damit erhalten sie und ihre Positionen Aufmerksamkeit und erfahren eine Aufwertung. Eine konkrete und konstruktive Debatte kann durch die Aggressivität rechtsextremer Gesprächsstrategien sogar verhindert werden. Und überzeugen lassen sich gut geschulte Parteimitglieder in der Regel nicht.

Auftritte in der Öffentlichkeit nutzen Mitglieder extrem rechter Parteien vor allem als Bühne. Ihre politische Taktik beruht darauf, mit Schlagwörtern und Stimmungen zu arbeiten und unterschiedliche Sachfragen mit den immer gleichen Ressentiments zu beantworten. Geschickt inszenieren sie sich als Opfer einer angeblichen Diskriminierung oder als Expert*innen, die vermeintliche unerwünschte Wahrheiten aussprechen. Häufig zielen sie darauf ab, sowohl Podiumsgäste als auch das Publikum gegeneinander auszuspielen, auf ihre Seite zu ziehen, bloßzustellen oder zu provozieren. Von Themen und Fragen, die ihnen nicht passen, lenken sie ab, manchmal sogar durch Einschüchterungen. Zuweilen werden gezielt Sympathisant*innen im Publikum verteilt platziert, um eine strategische Raumnahme umzusetzen. Die vermeintlich neutralen Zuhörer*innen täuschen so eine breite Unterstützung für extrem rechte Thesen im Publikum vor.

Bestimmend für die Planung einer Veranstaltung sollten die Fragen sein, wie und mit wem das eigene Ziel angemessen erreicht werden kann. Für Vereine, Verbände und Privatpersonen gibt es keine Pflicht, Vertreter*innen rechtsextremer Parteien einzuladen. Sie allein entscheiden darüber, wie Sie Ihre Veranstaltung umsetzen. Sie können Gespräche auf demokratische

Parteien oder auf Fachpolitiker*innen beschränken und Personen oder Parteien, die mit extrem rechten Äußerungen und Positionen aufgefallen sind, bewusst nicht einladen. Dabei können Sie auch damit argumentieren, dass die Rechtsextremen in Frage nichts Konstruktives zur Fachdiskussion beitragen würden. Ob Sie Ihre Gründe öffentlich mitteilen, ist abzuwägen.

Unmittelbare staatliche Institutionen wie Stadtverwaltungen oder Schulen dürfen als Veranstalter die Chancengleichheit von Parteien nicht beeinträchtigen, indem sie etwa eine bestimmte Partei von allgemeinen Einladungen gezielt ausschließen. Wenn private Initiativen mit staatlichen Akteuren kooperieren, sollten sie dies bedenken und Veranstaltungen genau planen. Es kann ratsam sein, in solchen Fällen zum Beispiel lieber selbst als Veranstalter*in aufzutreten und bei der Auswahl des Veranstaltungsorts zu überlegen, ob dieser geeignet ist.

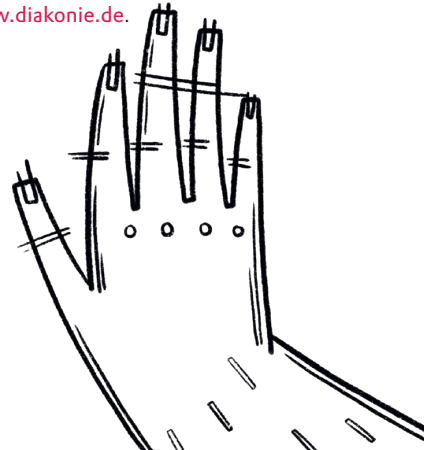
Wer sich dennoch für die Einladung von Mitgliedern rechtsextremer Parteien entscheidet, sollte gut vorbereitet sein. Die oben geschilderten destruktiven Gesprächsstrategien bedürfen einer guten Moderation. Über die Anwesenheit rechtsextremer Akteur*innen müssen andere Gesprächsteilnehmer*innen informiert werden. Denn rechtsextreme Politiker*innen und ihre Positionen schüchtern ein und schüren Angst. Manche Interessierte und potenziell Betroffene rechter und rassistischer Anfeindungen kommen erst gar nicht zu solch einer Veranstaltung.

Weitere Informationen

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) (Hg.): Wichtiger denn je: Wir lassen uns das Wort nicht nehmen! Empfehlungen für die Durchführung störungsfreier Veranstaltungen. Berlin 2024, unter: www.bundesverband-mobile-beratung.de.

Amadeu Antonio Stiftung (Hg.): Demokratie in Gefahr. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD. Berlin 2020, unter: www.amadeu-antonio-stiftung.de.

Diakonie Deutschland: Umgang mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Eine Handreichung für die Diakonie. Berlin 2024, unter: www.diakonie.de.



Widersprechen Sie Hass im Netz

Der Hass im Netz wächst: Fast jede zweite Person wurde online schon einmal beleidigt. Jede*r Vierte wurde mit körperlicher Gewalt konfrontiert. Hassrede zeigt sich in Beiträgen, in Kommentaren oder in sogenannten Shitstorms. Immer wieder werden Menschen von rechten Medienaktivist*innen und (anonymen) Nutzer*innen an den Pranger gestellt, ihre Bilder und Namen werden wie „Steckbriefe“ in sozialen Medien veröffentlicht, sie werden beschimpft und denunziert. Hass im Netz betrifft nicht nur Journalist*innen und politisch Aktive gegen rechts. Er wendet sich auch gegen Menschen, die Online-Beiträge kommentieren oder sich in sozialen Medien für Menschenrechte und gegen Rassismus aussprechen. Angehörige von Minderheiten sind noch häufiger von digitaler Gewalt betroffen als andere. Bei Hasskommentaren geht es vor allem um Einschüchterung und Meinungshoheit. Gerade deswegen ist es wichtig, Hass zu widersprechen und Betroffene zu unterstützen.

Wenn Sie von Rechten im Netz angegriffen werden, widersprechen Sie möglichst sachlich und höflich. Verzichten Sie auf Polemik und Beschimpfungen. Eine rechte Hassrede beantworten Sie am besten mit der deutlichen Aussage, dass Sie über Inhalte diskutieren, nicht aber über diskriminierende und beleidigende Äußerungen.

Überlegen Sie sich gut, auf welche Diskussionen Sie sich einlassen wollen. Es kann sehr mühsam und zeitintensiv sein, eine Debatte mit rechten Hassredner*innen zu führen. Gleichzeitig ist die Wahrscheinlichkeit, dass Sie Ihr Gegenüber überzeugen, gering. Wichtig ist die Reaktion trotzdem: um ein Gegengewicht zu schaffen. Wenn unter einem Post 30 rechte Hetzkommentare stehen und nur zwei Kommentare, die sich für Menschenrechte starkmachen, dann entsteht ein Zerrbild der Mehrheitsverhältnisse in unserer Gesellschaft. Rechte Hetze ist oft laut und versucht, sich als Mehrheitsmeinung darzustellen. Auch das trägt dazu bei, den Diskurs weiter nach rechts zu verschieben.

Anstatt zu diskutieren, können Sie sich auch positionieren und nicht auf eine Diskussion einlassen. Dabei ist es nicht nur wichtig, den eigenen Standpunkt deutlich zu machen. Um einen Pingpong-Effekt zu verhindern, sollten Sie zudem auf Fragen (auch rhetorische) verzichten. Stattdessen sollten Sie weitere Provokationen ignorieren beziehungsweise auf die eigene Position verweisen. Auf Ihrem eigenen Account können Sie Hetzer*innen blockieren und Hasskommentare löschen oder melden.

[→ So melden Sie Hasskommentare im Internet] Immer mehr Menschen teilen Angriffe, die sie als private Nachricht bekommen, mit ihren Online-Communities. Das kann solidarisch und entlastend wirken. Bei öffentlichen Hasspostings sollten Sie hingegen darauf achten, ihnen keine unnötige Reichweite zu verschaffen. Bedenken Sie immer die Social-Media-Logik: Einen Beitrag zu kommentieren verschafft ihm auf der Plattform zwangsläufig mehr Sichtbarkeit. Im Zweifel sollten Sie eine entsprechende Veröffentlichung also lieber melden, anstatt sie zu kommentieren.

Machen Sie sich klar, dass eine der wichtigsten rechten Strategien darin besteht, Menschen auf das Heftigste zu beschimpfen und zu bedrohen. Vor allem im Internet kann das fast ungehindert und anonym geschehen. Wenn Sie sich offensiv in Debatten einmischen, kann es sein, dass Sie persönlich zur Zielscheibe werden. Das Internet ist aber kein rechtsfreier Raum. Gegen Beleidigung oder Angriffe können Sie sich wehren und Hetzreden sowie Aufrufe zu Gewalttaten zur Anzeige bringen. [→ So zeigen Sie rechte Straftaten an] Wenn Sie zum Beispiel mit einem Porträtfoto an einen Online-Pranger gestellt werden, können Sie dagegen vorgehen. Hier gilt das Recht am eigenen Bild. Wenn Sie betroffen sind, können Sie sich von Organisationen wie HateAid beraten lassen. Grundsätzlich gilt: Stellen Sie Hass etwas Positives entgegen, indem Sie konstruktive Kommentare und Beiträge teilen, Solidarität und Lob ausdrücken sowie Vielfalt und Demokratie feiern.

Weitere Informationen

HateAid: Beratung und rechtliche Unterstützung bei digitaler Gewalt, unter: www.hateaid.org.

HateAid (Hg.): Hass, Gewalt & Lügen im Netz sind nicht Teil des Jobs. Ein Leitfaden zum Umgang mit digitaler Gewalt. Für Kommunalpolitiker*innen und alle, die sich vor Ort engagieren, von Feuerwehr bis Flüchtlingshilfe. Berlin 2024, unter: www.hateaid.org.

No Hate Speech: Netzwerk gegen Hassrede, unter: www.neuemedienmacher.de/no-hate-speech-movement.

Kompetenzzentrum von Bund und Ländern für den Schutz von Kindern und Jugendlichen im Internet, unter: www.jugendschutz.net.

So melden Sie Hasskommentare im Internet

Jede*r von uns hat mit großer Wahrscheinlichkeit bereits Hassrede oder Hasskommentare im Internet gelesen oder sie selbst erlebt. Sie richten sich oft gegen Angehörige von Minderheiten wie Geflüchtete, Menschen mit Behinderung, Muslim*innen, Schwarze Menschen, queere Menschen oder Jüdinnen*Juden. Auch Einzelpersonen wie Journalist*innen oder gesellschaftlich Aktive werden aufgrund ihres Engagements zur Zielscheibe.

Hassrede im Internet hat oft drastische Auswirkungen. Sie kann bei den Betroffenen Stress, Schlafstörungen oder andere psychische Probleme auslösen. Darüber hinaus fühlen sich Rechtsextreme durch Hetze im Internet ermutigt, Menschen auch analog anzugreifen. Es ist daher wichtig, Hass im Netz zu widersprechen.

Soziale Medien sind dazu verpflichtet, ihren Nutzer*innen die Option anzubieten, entsprechende Kommentare, Bilder oder Beiträge zu melden. Dies ist eine wichtige Möglichkeit des Umgangs mit Hassrede. Der Meldevorgang funktioniert bei den meisten Plattformen ähnlich: Bei Instagram können Beiträge, Profile oder Kommentare nach einem Klick auf das Drei-Punkte-Symbol gemeldet werden. Der Grund für die Meldung wird im nächsten Schritt abgefragt und kann zum Beispiel „Gewalt, Hass oder Ausbeutung“ lauten. Bei Facebook können Profile und Veröffentlichungen mit einem Klick auf das Drei-Punkte-Symbol zum Beispiel als „Gewaltdarstellender, hassereffüllter oder verstörender Inhalt“ markiert werden.

Auch bei X, Bluesky und Mastodon führt das Drei-Punkte-Symbol zur Option „Melden“. Anschließend sind weitere Angaben notwendig wie der Meldegrund oder bei X die Information, gegen wen sich der Beitrag oder das Profil wendet. Bei TikTok unterscheidet sich die Handhabung zwischen Browser und App. Wer TikTok im Browser nutzt, gelangt ebenfalls über das Drei-Punkte-Symbol zur Meldung. In der App müssen Nutzer*innen einen Beitrag erst antippen und gedrückt halten. Die Option, ein Profil zu melden, erscheint durch ein Tippen auf den Pfeil oben rechts.

Rechtliche Grundlage für die Regulierung von Hassverbrechen auf Social-Media-Plattformen ist seit Februar 2024 der europäische Digital Services Act (DSA). Er hat das deutsche Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) aus dem Jahr 2018 abgelöst. Soziale Medien sind durch die Verordnung zu

leichter handhabbaren Meldungen illegaler Inhalte und Beschwerden verpflichtet. Allerdings hat der DSA auch frühere Regelungen aufgeweicht. So sind Betreiber von sozialen Netzwerken nicht mehr dazu verpflichtet, binnen 24 Stunden nach Eingang einer Beschwerde den betreffenden Beitrag oder Kommentar zu löschen oder zu sperren. (Im DSA ist nur noch weniger konkret von „unverzüglich“ die Rede.) Sofern eine Hassnachricht nach einer Beschwerde nicht gelöscht wird oder eine Plattform anderweitig gegen den DSA verstößt, können Sie das online über das Beschwerdeformular der Bundesnetzagentur melden. Sie kann Verstöße mit einem Bußgeldverfahren verfolgen und Plattformen verpflichten, den beanstandeten Kommentar zu löschen.

In jedem Fall ist es ratsam, Hasspostings zu dokumentieren. Kopieren Sie die URL, also die Internetadresse, des verfassenden Profils. Da sich die Inhalte im Netz ständig verändern und ein Link bis zur Aufnahme von Ermittlungen bereits ungültig sein kann, sollten Sie die entsprechenden Passagen zusätzlich per Screenshot sichern. Mit Screenshot-Tools ist dies einfach und schnell möglich. Stellen Sie sicher, dass Ihre Dokumentation eine Zeitangabe enthält. Wenn Sie Anzeige erstatten wollen, sollten Sie darauf achten, Ihre persönlichen Daten zu schwärzen oder gar nicht erst abzubilden, etwa eigene Profilfotos, Gruppen, Kontakte von Freund*innen oder andere offene Fenster. Der Kontext spielt für Strafbarkeit und Schuld oft eine wichtige Rolle. Halten Sie daher bei Kommentaren möglichst den gesamten relevanten Diskussionsverlauf fest. Bei Verweisen zu externen Artikeln sollte auch der verlinkte Inhalt dokumentiert werden. Zusätzlich zu den problematischen Aussagen ist es ratsam, das Profil der mutmaßlichen Täter*innen als Screenshots zu sichern.

Wenn die Meldung von digitaler Gewalt bei der jeweiligen Plattform nicht erfolgreich war, können Sie sich auch an zivilgesellschaftliche Organisationen wie HateAid wenden. Oder Sie nutzen das Beschwerdeformular der für die Medienaufsicht zuständigen Medienanstalt Berlin-Brandenburg beziehungsweise die App Banhate, um diskriminierende Inhalte strafrechtlich verfolgen zu lassen. Außerdem gibt es die Internet-Beschwerdestelle – ein gemeinsames Projekt von der Freiwilligen Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter e. V. (FSM) und von eco, dem Verband der Internetwirtschaft e. V. Die Jugendstiftung Baden-Württemberg hat unter dem Namen respect! ebenfalls eine Meldestelle eingerichtet.

Die letztgenannten Adressen nehmen auch Meldungen von Hassrede außerhalb großer sozialer Medien und Foren entgegen, etwa Beiträge auf individuellen Blogs und Internetseiten. Wer für den Inhalt verantwortlich ist, muss nach deutscher Rechtsprechung im Impressum namentlich aus-

gewiesen sein. Die verantwortliche Person ist auch Adressat*in für Hinweise oder gegebenenfalls Strafanzeigen. Ob eine Straftat vorliegt, ist für Lai*innen nicht immer eindeutig. Hierüber entscheiden im Zweifel Polizei oder Staatsanwaltschaft. Dank Meldestellen wie respect! haben Sie zudem Ansprechpersonen, die über Erfahrungen im Umgang mit Hassrede verfügen und Ihnen Anzeigen abnehmen.

Weitere Informationen

Meldestelle respect!, unter: www.meldestelle-respect.de.

Beschwerdeformular der für die Medienaufsicht zuständigen Medienanstalt Berlin-Brandenburg, unter: www.mabb.de/regulierung/beschwerden.

Online-Beschwerdeformular der Bundesnetzagentur, unter: www.dsc.bund.de.

Toneshift – Netzwerk gegen Hass im Netz und Desinformation, unter: www.toneshift.org.

Das Netz: Vernetzungsstelle gegen Hate Speech, unter: www.das-nettz.de.

Blog von Ingrid Brodnig „Hasskommentare richtig melden“, unter: www.brodnig.org.

Wie Sie Fake News entlarven

Fake News sind in aller Munde. Fast könnte man glauben, die Welt bestehe nur noch aus Falschmeldungen. Das ist nicht so. Wahr ist allerdings, dass sich insbesondere in den sozialen Medien erfundene Nachrichten oftmals schneller verbreiten als richtige. Mithilfe Künstlicher Intelligenz (KI) lässt sich Text- und Bildmaterial im Handumdrehen generieren oder verändern. Von KI gefälschte Bilder oder Videos wirken täuschend echt, sie werden als Deepfakes bezeichnet und sind weit verbreitet. Gleichzeitig ist die Eindämmung von Desinformation durch Faktenchecks auf den Plattformen rückläufig. So hat der Konzern Meta die professionelle Überprüfung von Fehlinformationen auf Instagram und Facebook in den USA eingestellt. Es ist daher umso wichtiger, genau hinzuschauen, wenn Sie selbst Informationen weitergeben oder Beiträge im Internet teilen.

Wer aber kann erkennen, was wahr und was falsch ist? Internetseiten wie Mimikama, die Rubrik Faktenfinder der Tagesschau oder der Faktencheck des Redaktionsnetzwerks Correctiv klären gezielt über aktuelle Fake News auf. Sie können Ihnen aber auch selbst auf die Spur kommen. Jede*r ist – jedenfalls bis zu einem gewissen Grad – Faktenchecker*in. Fragen Sie sich:

Kann das wirklich so stimmen? Habe ich Ähnliches schon einmal gehört? Ist es realistisch? Oder gibt es Grund zur Annahme, dass daran etwas falsch ist? Erste Hinweise bietet ein Blick auf die Autor*innen. Gibt es weitere Veröffentlichungen dieser Personen – etwa, weil sie journalistisch zu ähnlichen Themen bei einer Print- oder Online-Zeitung, beim Fernsehen oder Radio arbeiten? Natürlich können auch seriöse Journalist*innen Fehler machen und Falschmeldungen verbreiten – dann ist es eher unwahrscheinlich, dass es sich um eine gezielte Falschinformation handelt. Hier ist allerdings immer auch ein genauer Blick auf das Medium ratsam: Einige Medien versuchen, sich den Anschein journalistischer Seriosität zu geben, ohne jedoch journalistische Standards zu beachten. Dazu gehören Medien wie das rechtspopulistische Online-Portal Nius oder das rechtsextreme Magazin Compact.

Bei Texten auf Internetseiten, Blogs und Ähnlichem sollten Sie zunächst nach einem Impressum Ausschau halten. Ein solches ist verpflichtend. Gibt es keins oder erscheint es unseriös, ist das ein Warnzeichen. Eine Internetrecherche, wer die Website betreibt oder für sie schreibt, gibt Hinweise, aus welcher politischen Richtung die Beiträge stammen und welches Interesse dahintersteht. Alles, was verdächtig erscheint, lässt sich im Zweifel via Suchmaschine gegenrecherchieren: Taucht diese Zahl, diese Geschichte irgendwo anders noch einmal auf? Erzählen andere Quellen, insbesondere seriöse Medien, etwas gänzlich anderes? Der Fake-News-Check lässt sich in vier Schritten zusammenfassen: 1. Kritisch hinterfragen statt weiterleiten, 2. Quellen suchen und anschauen, 3. Texte zum selben Thema in anderen Medien suchen, 4. Bilder und Videos zurückverfolgen. Zusätzlich können Sie natürlich immer Faktenchecks nutzen.

Um zu überprüfen, ob Bilder echt sind und am genannten Ort zum angegebenen Zeitpunkt aufgenommen wurden, gibt es die umgekehrte Bildersuche. Dabei wird ein Bild daraufhin überprüft, ob und wo es bereits erschienen ist. Das hilft zum einen dabei, Urheberrechtsverstöße zu entdecken; schließlich darf man Fotos, die andere gemacht haben, nicht einfach so verwenden. Zum anderen kann man damit herausfinden, wo und vor allem wann ein Bild aufgenommen worden ist: Findet sich ein vermeintlich aktuelles Foto bereits in älteren Beiträgen, stammt es vermutlich aus einem ganz anderen Zusammenhang. Die umgekehrte Bildersuche funktioniert nicht bei allen Suchmaschinen und sie funktioniert je nach Anbieter etwas anders. Bei Google können Sie auf das Kamerasymbol in der Suchleiste klicken. Dort laden Sie das Bild hoch oder fügen den Link ein.

Wenn Sie eine Desinformation in den sozialen Medien entlarven, können Sie diese wie Hasspostings auf den Plattformen selbst melden.

Weitere Informationen

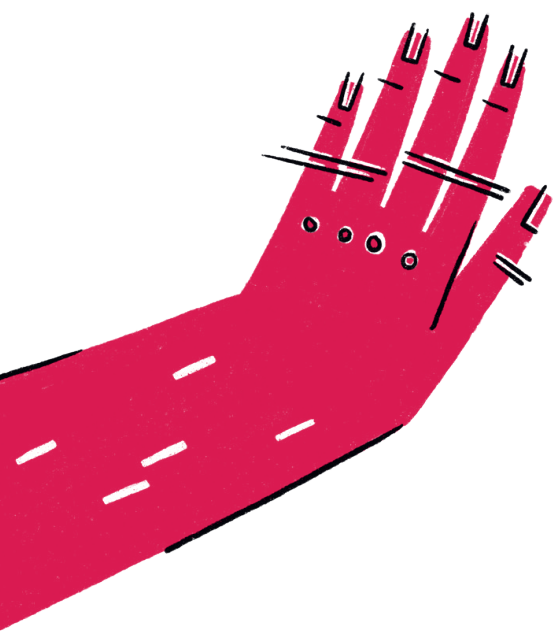
Bundeszentrale für politische Bildung: #StopFakeNews – Fake News erkennen, unter: www.bpb.de/stopfakenews.

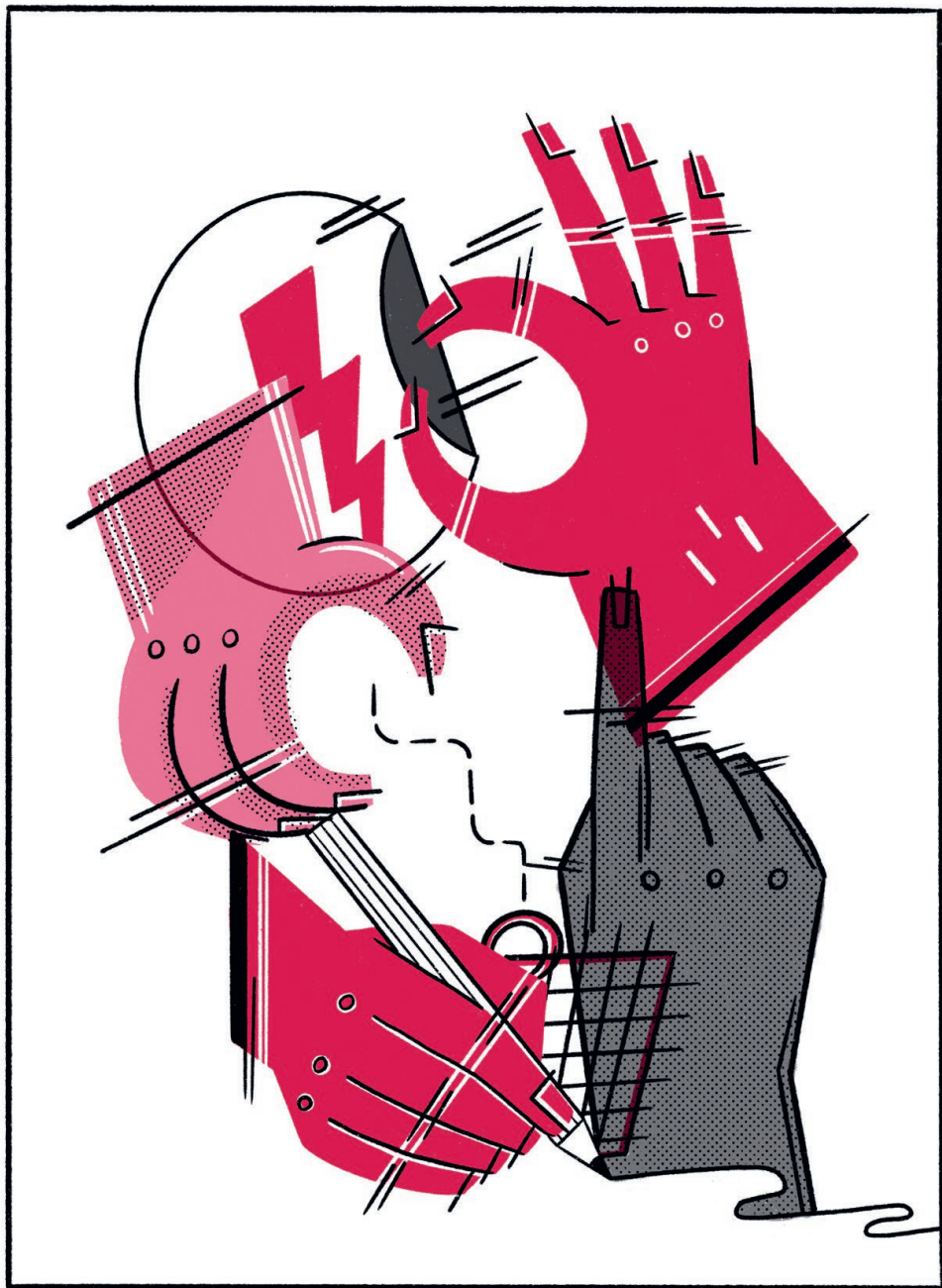
Informationsportal der Medienanstalt Rheinland-Pfalz: Desinformation und Meinung. Von Deepfakes bis Fake News – Informationen & Tipps, unter: www.klicksafe.de/desinformation-und-meinung.

Informationen über aktuelle Fake News, unter: www.mimikama.org.

Faktenfinder der Tagesschau, unter: www.tagesschau.de/faktenfinder.

Faktencheck des Redaktionsnetzwerks Correctiv, unter: www.correctiv.org/faktencheck.





EINGREIFEN

Verhindern Sie rechte Propaganda im Briefkasten

Immer wieder versuchen rechtsextreme Gruppierungen und Parteien, mit Flugblättern und kostenlosen Zeitungen auf sich aufmerksam zu machen – nicht selten, indem das Material in Briefkästen verteilt wird. Während Sie bei einer Verteilaktion auf dem Marktplatz oder in der Fußgängerzone die Annahme eines Flugblatts problemlos ablehnen können, wissen Sie nicht, wann Ihnen jemand etwas in den Briefkasten wirft.

Auch in Ihrem Briefkasten müssen Sie rechtsextreme Propaganda nicht tolerieren. Um die unerwünschte Wahlwerbung zu unterbinden, können Sie einen Aufkleber anbringen, auf dem beispielsweise steht: „Keine Werbung folgender Parteien ... erwünscht“. Allerdings sollten Sie jede einzelne Partei namentlich anführen. Die bloße Angabe „Keine Werbung rechtsextremer Parteien erwünscht“ könnte zu Unklarheit darüber führen, welche Partei dies konkret betrifft. Wenn Sie überhaupt keine Wahlwerbung wünschen, können Sie auch einfach die Aufschrift „Keine Wahlwerbung erwünscht“ anbringen. Damit gehen Sie Unklarheiten aus dem Weg, bekommen allerdings auch keine Werbung von anderen Parteien mehr.

Sobald Sie den Aufkleber an Ihrem Briefkasten angebracht haben, ist es den Zusteller*innen rechtsextremer Propaganda nicht mehr erlaubt, diese bei Ihnen einzuwerfen. Wird der Hinweis ignoriert, können Sie dagegen juristisch vorgehen. Es liegt bei unerwünschtem Einwurf sowohl eine „rechtswidrige Störung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts“ als auch eine „Besitz- bzw. Eigentumsstörung“ vor. Denn niemand hat die Pflicht, sich gegen den eigenen Willen „informieren“ zu lassen. Das Recht, von dem Sie in diesem Fall Gebrauch machen, nennt sich „negative Informationsfreiheit“. Je mehr Briefkästen in einem Haus mit solchen Aufklebern bestückt sind, desto weniger rechtsextreme Parteipropaganda kann verbreitet werden. Bestärken Sie Ihre Nachbar*innen darin, sich auch entsprechend zu positionieren.

Fragen Sie in Ihrer Nachbarschaft, ob auch andere trotz der Aufkleber entsprechende Werbung erhalten haben, und planen Sie gemeinsam das weitere Vorgehen. Sie können sich zum Beispiel an eine Verbraucherschutzzentrale wenden und den Missstand melden. Die Verbraucherszentrale sammelt solche Beschwerden und leitet bei ausreichender Anzahl ein Abmahnverfahren gegen die betreffende Partei ein.

Sie können aber auch den direkten Weg wählen und die Partei selbst abmahnen und unter Umständen verklagen. Nehmen Sie Kontakt zu einer Anwältin oder einem Anwalt auf, der oder die eine Unterlassungsklage beim zuständigen Gericht gegen die jeweilige Partei einreichen kann. Da der Einwurf als unerwünscht ausgewiesen worden ist, sind die Erfolgsaussichten hoch. Dennoch sollten Sie bedenken, dass Sie die Verfahrenskosten zu tragen haben, sollten Sie unterliegen. Eine vorherige anwaltliche Beratung und das Vorhandensein einer Rechtsschutzversicherung sind empfehlenswert.

Sollte die betreffende Partei trotz eines gerichtlich verfükten Unterlassungsbescheids erneut rechtsextreme Propaganda einwerfen, können Sie einen Antrag auf Festsetzung eines Ordnungsgeldes stellen. Das wird der Partei auferlegt und die muss es an die Staatskasse zahlen – gerade bei wiederholten Verstößen kann das für die Partei richtig teuer werden. Die anfallenden Kosten hat die jeweilige Partei zu tragen.

✗ STICKERN GEGEN RECHTE ANZEIGENBLÄTTER

Vielerorts werden massenhaft kostenlose Anzeigenblätter in Briefkästen gesteckt. Darin gibt es lokaljournalistische Beiträge, aber auch Texte, die von rechten (Verschwörungs-)Erzählungen und AfD-nahen Inhalten dominiert sind (Beispiel: der Brandenburger Hauke-Verlag). Eine Initiative in Gera (Thüringen) hat vorgemacht, wie man sich dagegen wehren kann: Sie brachten Aufkleber gegen das Anzeigenblatt „Neues Gera“ auf ihren Briefkästen an mit der Aufschrift „Neues Gera: Nein Danke“. Die Unterlassungsklage des Herausgebers blieb erfolglos. Ein ähnliches Vorgehen war auch schon 2012 im Brandenburgischen Märkisch-Buchholz erfolgreich. Dort setzte die Bürgerinitiative „Buchholz: offen & bunt“ einen Unterlassungsanspruch gegen die NPD durch, die ihre Propaganda trotz entsprechender Aufkleber in Briefkästen geworfen hatte.

Was tun gegen rechte Aufkleber?

Vor allem auf dem täglichen Weg zur Arbeit oder zum Supermarkt fallen sie ins Auge: Sticker. Rechtsextreme setzen Aufkleber oft sehr gezielt als Propagandamittel ein. Der Impuls, Aufkleber mit rechtsextremen und rassistischen Sprüchen entfernen zu wollen, ist nicht nur nachvollziehbar, sondern auch richtig. Hier geht es um nichts weniger als um die Deutungshoheit im öffentlichen Raum. Es soll nicht der Eindruck entstehen, dass Neonazis und Rassist*innen ihre Parolen unwidersprochen verbreiten können. Dabei ist mehr möglich, als sie einfach abzureißen. Gleichzeitig ist hier einiges zu beachten.

Ein Beispiel dafür, was Sie gegen rechtsextreme Aufkleber unternehmen können, lieferte 2023 eine Bürgerinitiative aus Burg im Spreewald. Gemeinsam spachtelten bei einer Putzaktion Freiwillige unter dem Motto „Mit Herz und Spachtel gegen Hass“ rassistische und menschenverachtende Aufkleber ab. Solche gemeinsamen Aktionen machen nicht nur Spaß, sie bieten den Teilnehmenden auch Sicherheit. Vorsichtig sollten Sie beim Lösen der Aufkleber trotzdem sein, da es schon vorgekommen ist, dass sich unter ihnen Rasierklingen oder Scherben befanden.

Allerdings gibt es einen Haken: Manche Behörden stufen das Entfernen als Ordnungswidrigkeit oder sogar Straftat ein, obwohl es rechtlich unbedenklich ist, solange dabei der Untergrund nicht beschädigt wird. Wenn Sie also eine Putzaktion wie in Burg planen, können Sie sich im Vorhinein zum Beispiel das Einverständnis des zuständigen Ordnungsamts einholen, die Sticker von Laternen, Strommasten und Bushaltestellen zu entfernen.

Wenn Sie nicht selbst Aufkleber entfernen wollen, können Sie beim Ordnungsamt eine Meldung machen. Über die Website www.maerker.brandenburg.de können Bürger*innen Infrastrukturprobleme melden und auch auf verklebte Sticker aufmerksam machen. Sofern Ihre Kommune an diesem Programm beteiligt ist, ist die Verwaltung dazu verpflichtet, innerhalb von drei Tagen auf Ihren Hinweis zu reagieren. Wenn die Aufkleber volksverhetzende und andere strafbare Inhalte verbreiten, kann es sinnvoll sein, die Polizei in Kenntnis zu setzen. [→ [Meinungsfreiheit oder Volksverhetzung?](#)]

Gegen rechte Bedrohungen können Sie sich wehren

Ob als angebliches Mitglied einer angefeindeten Gruppe oder als vermeintliche politische Gegner*innen wie Journalist*innen und Engagierte: Viele Menschen müssen mit Bedrohungen von Rechtsextremen rechnen, weil sie nicht in deren Weltbild passen oder sich diesen entgegenstellen. Diese Bedrohungen können einen auf der Straße, Zuhause, am Arbeitsplatz, bei Veranstaltungen oder im Internet treffen. Die Formen der Einschüchterungsversuche sind dabei ganz unterschiedlicher Art und nicht immer treten die Täter*innen offen in Erscheinung.

Gemein ist Bedrohungen, dass sie bei den Betroffenen Angst auslösen sollen. Außerdem versuchen Rechtsextreme damit, die politische und gesellschaftliche Stimmung zu beeinflussen. Wichtig ist: Die Verantwortung für die Bedrohung tragen nicht Sie als Betroffene*r.

Versuchen Sie im Falle einer direkten Bedrohung, selbstbewusst und ruhig aufzutreten. Mit kurzen und präzisen Aufforderungen machen Sie deutlich, dass Sie kein Interesse an einer Eskalation haben. Wahren Sie durch das Siezen eine verbale Distanz, bleiben Sie sachlich und lassen Sie sich auf keine Diskussion ein. Sie können Ihrem Gegenüber auch mitteilen, dass Sie sich vorbehalten, strafrechtliche Maßnahmen bei Missachtung Ihrer Aufforderungen einzuleiten.

Versuchen Sie nicht, die Situation allein durchzustehen, sondern suchen Sie sich Unterstützung. Machen Sie andere, die in unmittelbarer Nähe sind, mittels Blickkontakt oder Ansprache auf Ihre Situation aufmerksam. Eine weitere Person kann oft schon zur Deeskalation beitragen. Versuchen Sie, die Bedrohungen zu dokumentieren, ohne den Selbstschutz dabei außer Acht zu lassen. Fotografieren Sie Drohbriefe oder Schmierereien an Ihrer Hauswand. Machen Sie Screenshots von Anfeindungen im Internet und notieren Sie die URL. **[→ So melden Sie Hasskommentare im Internet]**

Fertigen Sie in jedem Fall ein Gedächtnisprotokoll an, damit Sie Monate oder Jahre später den chronologischen Ablauf und Details präsent haben. **[→ Infokasten: Welche Informationen gehören in ein Gedächtnisprotokoll?]** Dies ist besonders relevant, wenn Sie sich dafür entscheiden, den Vorfall der Polizei zu melden und anzuzeigen.

Es ist vollkommen normal, wenn Sie sich von der Situation überfordert fühlen. Deswegen ist es wichtig, dass Sie sich mit Ihrem Umfeld beraten und überlegen, welches Vorgehen das beste ist. Nehmen Sie auch die Beratungsangebote des Vereins Opferperspektive in Anspruch. Wägen Sie genau ab, ob Sie Bedrohungen öffentlich machen wollen. Auf der einen Seite zeigen Sie dadurch Stärke und vermitteln den Täter*innen, dass Sie sich nicht einschüchtern lassen. Auf der anderen Seite müssen Sie sich im Klaren sein, dass Sie dadurch unter Umständen noch stärker in den Fokus geraten.

Auch bei der Bewältigung der psychischen Belastung gibt es nicht die eine richtige Strategie. Jeder Mensch ist anders und hat eine andere Form der Verarbeitung. Viele bedrohte Menschen versuchen, sich nicht weiter davon beeinflussen zu lassen. Andere wiederum machen einen Bogen um bestimmte Orte, meiden in den Abendstunden gewisse Gegenden, engagieren sich nicht mehr ehrenamtlich oder halten sich politisch zurück. Um diese Einschränkungen abzubauen, bedarf es Zeit, vertrauenswürdige Menschen und professionelle Hilfe. Diese Auseinandersetzung mit der eigenen Angst ist ebenso wie der Austausch mit anderen Betroffenen und Unterstützer*innen wichtig. Wenn wir uns einschränken, haben die rechten Angreifer*innen ihr Ziel erreicht.

Weitere Informationen

Opferperspektive e. V.: Perspektiven nach einem rechten oder rassistischen Angriff. Handlungsmöglichkeiten und Hilfe für Betroffene, Angehörige und Zeug*innen. Potsdam 2019, unter: www.opferperspektive.de.

Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG) e. V.: Im Fokus von Neonazis. Rechte Einschüchterungsversuche auf der Straße – zu Hause und im Büro – bei Veranstaltungen – im Internet. Eine Handreichung für Betroffene und Unterstützer_innen. Berlin 2018, unter: www.verband-brg.de.

Verein für Demokratische Kultur in Berlin (VDK)/Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR): Wachsam sein! Zum Umgang mit rechtsextremen Einschüchterungsversuchen und Bedrohungen. Berlin 2017, unter: www.mbr-berlin.de.

So zeigen Sie rechte Straftaten an

Bei Demonstrationen rufen Rechtsextreme häufig zu Gewalt auf, propagieren Hass und zeigen Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. [→ So erkennen Sie Nazis: ihre Zeichen, Symbole und Codes] Aber auch im Alltag werden Menschen immer wieder auf der Straße rassistisch, antisemitisch oder queerfeindlich beschimpft oder angegriffen. Im Internet kursieren rechte Gewalt- und Morddrohungen. Auf jüdische Grabsteine werden Hakenkreuze gesprüht.

Es ist wichtig, solche Straftaten zur Anzeige zu bringen. Wenden Sie sich zunächst direkt an die dafür zuständigen Beratungsstellen wie den Verein Opferperspektive. Diese zeigen Ihnen, welche rechtlichen Möglichkeiten es gibt und wie Sie gegebenenfalls ein Strafverfahren einleiten können. Der Verein berät außerdem kostenlos und mehrsprachig Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt bei psychologischen Fragen.

Für eine strafrechtliche Verfolgung der Täter*innen ist es nötig, dass ein Strafverfahren in Gang gesetzt wird. Um sicherzugehen, dass dies auch passiert, empfiehlt es sich, gesondert eine Strafanzeige zu stellen – auch wenn die Polizei vor Ort war. Eine Strafanzeige kann von jeder Person erstattet werden: entweder bei der Polizeidienststelle vor Ort, der Staatsanwaltschaft oder online auf der Website der Polizei.

Viele Gründe sprechen dafür, rechte Gewalttaten anzuzeigen. Es gibt aber auch unterschiedliche Motive und Erfahrungen, die Betroffene oder Zeug*innen davon abhalten. Derartige Zweifel müssen ernst genommen werden. Sollten Sie zögern, eine Anzeige zu erstatten, oder mehr Informationen benötigen, berät Sie auch hier der Verein Opferperspektive. Bis zu drei Monate nach der Tat können Sie Strafanträge stellen, bei Strafanzeigen gibt es keine Frist, solange die Straftat nicht verjährt ist. Eine Strafanzeige ist die Mitteilung an die Polizei, dass wahrscheinlich eine Straftat vorgefallen ist. Im Unterschied dazu ist ein Strafantrag eine Aufforderung der Betroffenen an die Polizei oder Staatsanwaltschaft, deswegen zu ermitteln und für die Strafverfolgung zu sorgen. Bei bestimmten Delikten wie Beleidigung, übler Nachrede oder Körperverletzung ist der Antrag oft die Voraussetzung dafür, dass überhaupt ermittelt wird. Sie können ihn mündlich stellen, besser ist jedoch schriftlich, damit er dokumentiert wird.

Viele rechte Straftaten kommen nie zur Anzeige, weil Betroffene Angst vor den Gewalttäter*innen oder Angst vor der Polizei haben. Für Geflüchtete

kommt hinzu, dass sie aus Sorge um ihren Aufenthaltsstatus oder ihr laufendes Asylverfahren lieber kein Aufsehen erregen wollen. Es kann aber auch sein, dass eine Straftat gar nicht als solche erkannt oder als nichtig angesehen wird, weil es sich zum Beispiel um ein Propagandadelikt handelt. Allerdings: Wenn Sie zum Beispiel eine Hakenkreuz-Schmiererei entfernen, statt sie zunächst anzuzeigen, kann diese auch nicht in der Polizeistatistik über rechte Straftaten aufgeführt werden. Diese Statistiken sind jedoch wichtig, um die Gesellschaft für das Problem zu sensibilisieren.

Sollte es zu körperlichen Verletzungen gekommen sein, ist es wichtig, sich diese umgehend nach dem Geschehen und bei länger andauernden Folgeerscheinungen auch mehrfach ärztlich attestieren zu lassen. Sichtbare Verletzungen sollten am besten fotografiert werden. Dokumentieren Sie auch Sachschäden, etwa beschädigte Kleidung, Wohngegenstände, Schäden am Fahrzeug oder am Eingangsbereich der Wohnung und, wenn möglich, sichern Sie diese. Das ist hilfreich, um gegebenenfalls Schadensersatz und Wiedergutmachung einzufordern. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, Sie finanziell zu unterstützen: Zusammen mit den Opferberatungsstellen können Sie beim Bundesamt für Justiz einen Antrag auf Entschädigung stellen, außerdem hat die Amadeu Antonio Stiftung den Opferfonds CURA eingerichtet.

Ob als angegriffene Person oder Zeug*in: Verfassen Sie ein möglichst detailliertes Gedächtnisprotokoll mit Ihren persönlichen Erinnerungen an den Vorfall.

Weitere Informationen

Opferperspektive e. V.: Perspektiven nach einem rechten oder rassistischen Angriff. Handlungsmöglichkeiten und Hilfe für Betroffene, Angehörige und Zeug*innen. Potsdam 2019, unter: www.opferperspektive.de.

Toolbox gegen rechte Gewalt: Informationen der Beratungsstellen, unter: www.toolbox-gegen-rechts.de.

Online Anzeige erstatten bei der Polizei Brandenburg, unter: www.polizei.brandenburg.de.

✗ WELCHE INFORMATIONEN GEHÖREN IN EIN GEDÄCHTNISPROTOKOLL?

Am wichtigsten ist es, nicht zu lange zu warten. Denn die Erinnerungen verblassen schnell, manche relevanten Details könnten verloren gehen. Notieren Sie sich zunächst alles so genau wie möglich: Datum, genauen Ort und Uhrzeit sowie Namen von Betroffenen und Zeug*innen mit Kontaktdaten und kurzer Beschreibung dessen, wo diese sich während des Geschehens befanden und was sie berichten können; beschreiben Sie gegebenenfalls äußere Umstände wie Witterung, Lichtverhältnisse und Besonderheiten. Sehr wichtig sind Informationen zu den Täter*innen. Wenn Ihnen der Name nicht bekannt ist, fertigen Sie eine genaue Personenbeschreibung an: Dazu gehören neben dem zugeschriebenen Geschlecht und der geschätzten Größe auch das mutmaßliche Alter, Haarfarbe und -länge, Körperbau, Tätowierungen, Stimme und etwaiger Akzent oder Dialekt sowie die getragene Kleidung und sonstige Auffälligkeiten. Beginnen Sie dann mit der genauen Schilderung des zeitlichen und räumlichen Verlaufs. Was ist passiert und in welcher Reihenfolge? Wie begann die Eskalation? Von wo und wem kamen Schläge/Tritte? Mit welchen Worten wurden Sie beschimpft? Achten Sie auf eine möglichst sachliche und detaillierte Beschreibung der Vorgänge. Grundsätzlich sollten hier Fakten und nicht Vermutungen oder Emotionen im Vordergrund stehen. Beschreiben Sie dennoch zusätzlich, ob und an welchem Punkt Sie selbst in Angst oder gar Panik geraten sind. Bedenken Sie, dass auch Nebensächlichkeiten wichtig sein können. Sinnvoll ist eine Skizze des Tatorts, gegebenenfalls auf einer Kartenansicht. Protokollieren Sie auf jeden Fall Straftaten und Verletzungen. Fügen Sie dem Gedächtnisprotokoll alle Unterlagen bei, die das Tatgeschehen und seine Folgen dokumentieren: Fotos und Videos, Atteste über Verletzungen, Bescheinigungen über Verdienstaussfälle und Ähnliches. Verwahren Sie das Gedächtnisprotokoll an einem geschützten Ort. Es dient Ihnen als Sicherheit und sollte nicht in falsche Hände geraten.

Zeigen Sie Solidarität, wenn jemand angegriffen wird

Auch in Brandenburg gehören rechte Angriffe zum traurigen Alltag. Die Bandbreite reicht von Pöbeleien über gezielte Bedrohungen bis hin zu körperlichen Übergriffen. Betroffen sind Menschen, die nicht in das Weltbild von Neonazis und Rassist*innen passen.

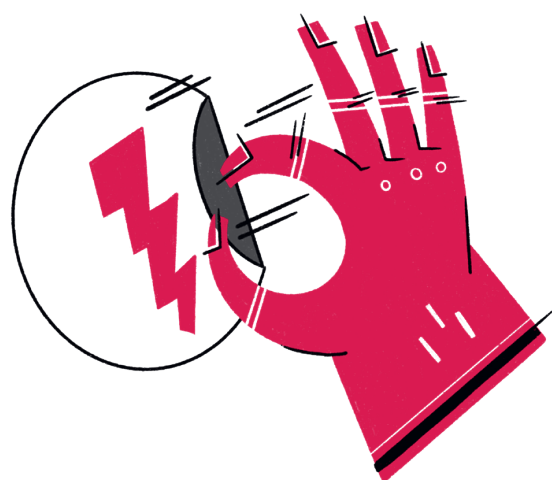
Sollten Sie bereits selbst Zeug*in eines Angriffs geworden sein, wissen Sie, wie schwierig es ist, in einer solchen Situation spontan zu handeln. Viele Menschen sind mit dem plötzlichen Ereignis überfordert und reagieren nicht so, wie sie es sich eigentlich wünschen. Es ist daher sinnvoll, sich gedanklich auf eine solche Situation vorzubereiten. Um Zivilcourage zu zeigen, empfiehlt sich ein Vorgehen in drei Schritten: 1. Beobachtung der Situation, 2. Kontaktaufbau zur betroffenen Person und 3. gemeinsames Handeln. Wichtig ist, dass Sie versuchen, ruhig zu bleiben, und sich selbst nicht in Gefahr bringen.

Verschaffen Sie sich zunächst einen Überblick über die Situation. Finden Sie heraus, wer und wie viele Personen von dem Angriff betroffen sind. Wer greift an und um wie viele Personen handelt es sich? Versuchen Sie, sich Merkmale der Angreifenden einzuprägen. Welche Kleidung tragen sie? Gibt es auffallende Symbole oder Tätowierungen? Sind sie bewaffnet? Widmen Sie sich dann der Frage, welche Fluchtwege es gibt, um sich in Sicherheit zu bringen. Schauen Sie sich um und überlegen Sie, wen Sie in der näheren Umgebung ansprechen können, um gemeinsam aktiv zu werden. Sprechen Sie Anwesende direkt an und bitten Sie sie um Unterstützung. Hilfreich ist es, die jeweilige Person mit Bezug auf bestimmte Merkmale zu adressieren. Ein Beispiel: „Sie, mit den kurzen Haaren, der Brille und der blauen Jacke, ich benötige Ihre Hilfe.“ Versuchen Sie, mehrere Personen hinzuzuziehen. Ein gemeinsames Agieren als Gruppe bietet mehr Sicherheit und demonstriert Stärke. Zudem können Aufgaben in einer Gruppe besser verteilt werden: Eine Person kann zum Beispiel die Polizei benachrichtigen, eine andere in Bus oder Bahn Aufsichtspersonal herbeirufen.

Bedenken Sie, dass auch eine verbale Auseinandersetzung in einen tätlichen Angriff übergehen kann. Nehmen Sie Kontakt zu der betroffenen Person auf, indem Sie sich zum Beispiel neben sie stellen und sie fragen, ob sie Hilfe wünscht. Handeln Sie nicht über den Kopf von Betroffenen hinweg, sondern zeigen Sie Ihre Solidarität. Je nach Situation können Sie der Per-

son argumentativ zur Seite stehen oder sie direkt vor Angriffen schützen, indem Sie sie aus dem Blickfeld der Angreifenden nehmen. Verlieren Sie letztere jedoch nicht aus den Augen. Aus einer sicheren Distanz können Sie diese auffordern, weitere Angriffe zu unterlassen, und ihnen mitteilen, dass Sie bereits die Polizei gerufen haben. Mit Ihrem Smartphone können Sie die Täter*innen filmen. Vergessen Sie auch hier nicht Ihre eigene Sicherheit.

Nachdem die betroffene Person in Sicherheit ist, fragen Sie sie nach möglichen Verletzungen. Bieten Sie gegebenenfalls an, sie ins Krankenhaus zu begleiten. Stellen Sie im Rahmen Ihrer Möglichkeiten sicher, dass die Person abgeholt wird oder das Krankenhauspersonal sich darum kümmert. Ärzt*innen sollten gebeten werden, Verletzungen zu attestieren. Fertigen Sie unbedingt zeitnah ein Gedächtnisprotokoll an. [→ Infokasten: Welche Informationen gehören in ein Gedächtnisprotokoll?] Sollte es zu einem Prozess kommen, kann dies von enormer Bedeutung sein. Wenden Sie sich außerdem an den Verein Opferperspektive, der Ihnen bei allen Fragen rund um das Thema rassistische und rechte Angriffe hilft.





ERKENNEN

Meinungsfreiheit oder Volksverhetzung?

Ob in sozialen Medien oder abseits des Internets: Immer wieder stößt man auf extrem rechte und rassistische Aussagen. Sei es, dass die Befreiung vom Nationalsozialismus auf Flugblättern als „Befreiungslüge“ bezeichnet wird, dass Geflüchtete wegen ihrer Herkunft beleidigt werden oder dass ein*e Besucher*in in einer Gedenkstätte behauptet, Gaskammern hätte es nicht gegeben. In all diesen Fällen hat die Brandenburger Polizei Ermittlungen wegen Volksverhetzung eingeleitet. Warum also sind nicht alle Aussagen von der Meinungsfreiheit gedeckt?

Das Grundgesetz stellt in Artikel 5 sicher, dass die Menschen ihre Meinung in Wort, Schrift und Bild frei äußern können und vom Staat dafür nicht belangt werden. Eine Zensur findet nicht statt. An gleicher Stelle heißt es jedoch auch, dass die Meinungsfreiheit Grenzen hat. Weitere Gesetze führen aus, dass nicht gegen Bevölkerungsgruppen gehetzt, zu Hass und Gewalt aufgestachelt oder ein anderer Mensch beleidigt werden darf. Im Strafgesetzbuch ist dies insbesondere in Paragraph 130 unter dem Titel „Volksverhetzung“ geregelt, der es auch verbietet, den Nationalsozialismus zu verherrlichen.

Unsere Gesetze schränken die Meinungsfreiheit also tatsächlich ein. In anderen Ländern sind Aussagen, die zum Beispiel den Holocaust leugnen, erlaubt. In Deutschland und den meisten demokratischen Staaten jedoch gilt solche Hetze als inakzeptabel, denn sie ist ein Angriff auf andere hohe Rechtsgüter – die Würde des Menschen und den Frieden in der Gesellschaft. Dass Rechtsgüter gegeneinander abgewogen werden, dass eine Freiheit dort endet, wo sie eine andere einschränkt, ist Normalität im demokratischen Rechtsstaat.

Wenn Rassist*innen oder Rechtsextreme ihre Hetze mit der Meinungsfreiheit rechtfertigen, ignorieren sie somit wichtige Rechte und Freiheiten anderer Menschen und handeln nicht im Sinne der Verfassung. Ihr Ruf nach Meinungsfreiheit ist vielmehr der Versuch, Kritik abzuwehren.

Nach dem Strafgesetzbuch ist eine Aussage als Volksverhetzung strafbar, wenn sie sich gegen eine Gruppe richtet, die anhand ihrer vermeintlichen „Rasse“, Nationalität, Religion oder Herkunft ausgemacht wird, gegen Teile der Bevölkerung oder gegen eine Einzelperson, die einer solchen Gruppe

oder einem Teil der Bevölkerung zugehörig sein soll. Die Äußerung muss außerdem zum Hass aufstacheln, zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen auffordern oder die Menschenwürde angreifen. Auch die Verherrlichung des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen oder deren Leugnung fallen unter das Verbot der Volksverhetzung. Weitere Voraussetzung für eine Strafbarkeit als Volksverhetzung ist die öffentliche Wirkung der Äußerung: Sie muss „den öffentlichen Frieden“ stören.

Extrem rechte oder rassistische Äußerungen können alternativ oder gleichzeitig auch gegen andere Strafnormen verstoßen. In Betracht kommen Beleidigung, üble Nachrede, Verleumdung, Nötigung, Bedrohung oder öffentliche Aufforderung zu Straftaten.

Angesichts zunehmender Hasskriminalität im Internet müssen Gerichte immer neu entscheiden, ob Aussagen strafbar sind oder unter die Meinungsfreiheit fallen. Lai*innen können sich an Leitfäden von Jurist*innen und Behörden orientieren. Im Zweifel entscheiden die Staatsanwaltschaften und Gerichte über die weitere Verfolgung eines als Straftat angezeigten Sachverhalts. [→ So zeigen Sie rechte Straftaten an] Es reicht, dass Sie schildern, was geschehen ist, Sie müssen nicht selbst angeben, welche Norm des Strafgesetzbuchs aus Ihrer Sicht dadurch verletzt wurde.

Bis es zu einer Entscheidung von Staatsanwaltschaft oder Gericht kommt, kann es Monate oder Jahre dauern. So wichtig es ist, Straftaten anzuzeigen, so wichtig ist es auch, sofort zu handeln – und bei Hetze im Internet und im Alltag zu widersprechen, diese zu melden und politisch aktiv zu werden.

[→ Widersprechen Sie Hass im Netz | → So melden Sie Hasskommentare im Internet]

Weitere Informationen

Amadeu Antonio Stiftung (Hg.): Alina Darmstadt, Mick Prinz, Oliver Saal: Menschenwürde online verteidigen. 33 Social Media-Tipps für die Zivilgesellschaft. Berlin 2020, unter: www.amadeu-antonio-stiftung.de.

Recht gegen Rechts: Informationen, um strafbare Sprüche, Aktionen und Symbole der Rechten zu erkennen, unter: www.recht-gegen-rechts.de.

So erkennen Sie Nazis: ihre Zeichen, Symbole und Codes

Viele rechte Symbole sind für Außenstehende nicht leicht zu entschlüsseln. Man erkennt sie nur, wenn man um ihren Hintergrund weiß. Ein sehr gängiges Beispiel sind Zahlenkombinationen wie die 88. Die Acht steht für „H“, den achten Buchstaben im Alphabet, und dient somit als Abkürzung für „Heil Hitler“. Ähnlich verhält es sich bei der 28 als Abkürzung für das Neonazi-Netzwerk „Blood & Honour“.

Zeichen und Symbole vereinfachen die Komplexität von Botschaften. In der rechtsextremen Szene vermitteln diese Codes darüber hinaus Zugehörigkeit und sind oft nur für Eingeweihte zu verstehen. Hinzu kommt, dass bestimmte Symbole nicht allein von der extremen Rechten verwendet werden. Deshalb ist es oft schwer, strafrechtlich gegen sie vorzugehen. Anders und eindeutig ist es bei Kennzeichen von verfassungswidrigen Organisationen, die nach Paragraph 86a Strafgesetzbuch verboten sind und deren Verwendung mit einer Geldstrafe oder Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren belangt wird. Unter diese Kennzeichen fallen Fahnen, Abzeichen, Uniformstücke, Parolen und Grußformeln von Parteien oder Vereinigungen des Nationalsozialismus oder anderen nach 1945 verbotenen Organisationen sowie solche, die ihnen zum Verwechseln ähnlich sind. Im Privaten allerdings sind sie erlaubt. Daher ist auf Neonazi-Aufmärschen oftmals zu sehen, dass Teilnehmende bestimmte Tätowierungen verdecken.

Um eine Strafverfolgung zu umgehen, werden Ersatzsymbole wie die erwähnte „88“ kreiert. Eine andere Variante ist es, Vokale wegzulassen, sodass nur noch „HKNKRZ“ zu lesen ist. Auch wenn hier derselbe Inhalt transportiert wird, ist diese Abkürzung nicht strafbar.

Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl von Symbolen, die strafrechtlich nicht relevant sind und trotzdem Bezüge zum Nationalsozialismus aufweisen. Darunter fallen zum Beispiel der Reichsadler, die Farbkombination Schwarz-Weiß-Rot, die Reichskriegsfahne in den Versionen bis 1935 oder auch viele Runen, die im Nationalsozialismus verwendete Symbole wie die sogenannte Schwarze Sonne darstellen.

Neonazis greifen auch auf antisemitische Darstellungen zurück: Jüdinnen*Juden werden verächtlich mit Hakennase, Zylinder oder anderen zugeschriebenen Merkmalen abgebildet. Als Symbol für die angebliche

jüdische Weltherrschaft werden eine die Welt umfassende Krake ebenso genutzt wie Bilder von Marionettenspielern, die Politik und Wirtschaft lenken. Eine häufige Abkürzung in diesem Zusammenhang ist ZOG für „Zionist Occupied Government“ („Zionistisch besetzte Regierung“).

Zudem gibt es zahlreiche rassistische Symbole, zum Beispiel die „White Power“-Faust, die für eine „weiße Vorherrschaft“ steht oder das „White Power“-Zeichen, welches dem OK-Zeichen ähnelt. Einige dieser Symbole beziehen sich auf den US-amerikanischen Ku-Klux-Klan, andere greifen aktuelle Themen auf: Den antirassistischen Slogan „Refugees welcome“ („Flüchtlinge willkommen“) wandelten Neonazis beispielsweise um in „Rapefugees not welcome“ und unterstellen mit dieser Wortneuschöpfung allen männlichen Geflüchteten, Vergewaltiger zu sein.

Auch die Glorifizierung von Gewalt und rechtem Terror schlägt sich in Zeichen und Symbolen nieder. Neonazis greifen immer wieder auf die Comicfigur Paulchen Panther zurück und beziehen sich damit positiv auf die rassistischen Morde des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) und sein Bekennergvideo mit dem rosaroten Panther. Teil des Netzes an NSU-Unterstützer*innen waren das im Jahr 2000 in Deutschland verbotene rechte Musiknetzwerk „Blood & Honour“ sowie dessen erst 2020 verbotener bewaffneter Arm „Combat 18“ („Kampftruppe Adolf Hitler“).

Rechtsextreme verwenden in sozialen Medien häufig Codes in Form von Emojis oder Zahlen, um sich gegenseitig zu erkennen. Bei diesen sogenannten Dog Whistles ist für Eingeweihte schnell klar, welche Bedeutung den ansonsten harmlosen Emojis zugeschrieben wird. Ein die Hand heben-Emoji beispielsweise wird dafür missbraucht, einen Hitlergruß darzustellen, oder blaue Herzen werden von AfD-Anhänger*innen verwendet, um sich gegenseitig zu erkennen und Unterstützung für die Partei auszudrücken.

Die Beispiele zeigen, dass nicht alle rassistischen, NS-verherrlichenden oder antisemitischen Zeichen und Symbole verboten sind. Sie verdeutlichen uns, dass wir Rechtsextremen nicht nur mit Verboten begegnen können, sondern ihnen auch politisch und gesellschaftlich entgegentreten müssen.

Weitere Informationen

Mobile Beratung Niedersachsen gegen Rechtsextremismus für Demokratie (Hg.):

Zur Schau getragen: Symbole, Codes und Marken der extremen Rechten. Verden (Aller) 2020, unter: www.mbt-niedersachsen.de.

Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung: Verwendung von Runen in der rechten Szene, unter: www.politische-bildung-brandenburg.de.

Übersicht von Codes und Emojis in rechten Online-Kontexten, unter: www.gesichtzeigen.de.

So erkennen Sie Nazis: ihre Marken

Das Tragen rechter Bekleidungsmarken verfolgt im Wesentlichen zwei Ziele: Es geht zum einen um ein offensives Bekenntnis zu rechter Ideologie und zum anderen darum, sich untereinander zu erkennen. Ersteres dient der Kommunikation nach außen, letzteres vor allem der Stärkung der eigenen Szene und der eigenen Identität.

Gerade bei rassistischen, gewaltverherrlichenden oder nationalsozialistischen Motiven ist es recht offensichtlich, welches Weltbild Ihr Gegenüber vertritt. Hier es ist wichtig, sich nicht einschüchtern zu lassen – denn genau das wird mit dem martialischen Auftreten beabsichtigt. Menschenfeindlichkeit sollte auch hier widersprochen werden. Bei Verwendung von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Symbole ist auch eine Strafanzeige möglich. Bringen Sie sich jedoch nicht selbst in Gefahr. Wenden Sie sich gegebenenfalls an örtliches Sicherheitspersonal, zum Beispiel auf öffentlichen Festen, im Bus, in der Bahn oder im Fußballstadion.

Mit der Wahl ihrer Kleidung tragen Neonazis häufig ihre rechte Gesinnung nach außen. Doch diese ist nicht immer leicht zu erkennen, denn der rechte Kleidungsstil hat sich ausdifferenziert. Die einschlägigen neonazistischen Bekleidungsmarken sind häufig geschickt darin, die eigentliche Aussage ihrer Motive zu verschleiern, um strafrechtliche Konsequenzen zu vermeiden. Hier gilt es, genau hinzuschauen und auf Hinweise zu achten. Es gibt verschiedene Szenecodes wie Zahlenkombinationen, Runen, Frakturschrift, völkische Symbolik oder nordische Götter, aber auch unverdächtige Marken bedienen sich zuweilen dieser Motive. [→ **So erkennen Sie Nazis: ihre Zeichen, Symbole und Codes**] Im Zweifel empfiehlt es sich daher, den

Markennamen sowie dazugehörige Informationen im Internet zu recherchieren. Je nach Ihrer Beziehung zu der jeweiligen Person können Sie auch einfach fragen, was sie für Kleidung trägt.

Eine Übersicht bietet die Homepage „Versteckspiel“, die allerdings nicht mehr aktualisiert wird, sowie Veröffentlichungen der mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus. Neben rechten Modemarken existiert eine große Bandbreite an Kleidung rechter Bands oder aus dem Umfeld rechtsextremer Gruppierungen wie der Identitären Bewegung. Es ist kaum möglich, jedes Motiv zu kennen. Viel entscheidender ist, dass Sie sich für dieses Thema sensibilisieren und genau hinschauen.

Weitere Informationen

Agentur für soziale Perspektiven: Versteckspiel. Lifestyle, Symbole und Codes von Neonazis und extremen Rechten, unter: www.dasversteckspiel.de.

Informationen über Neonazis und Kampfsport, gesammelt von der 2017 bis 2021 aktiven Kampagne „Runter von der Matte“, unter: <https://runtervondermatte.noblogs.org/marken-labels-vereine>.

BiKuLAR e. V. (Hg.): ReInvestigate Thor Steinar. Die kritische Auseinandersetzung mit einer umstrittenen Marke. Berlin 2018, unter: www.bildungsarbeit.org.

✗ RECHTE MODEMARKEN IN BRANDENBURG

„Thor Steinar“ (Gründung 2002, Sitz in Mittenwalde) bemüht sich um einen vermeintlich unauffälligen, skandinavischen Stil. Gleichzeitig finden sich nicht nur Bezüge zur nordischen Mythologie, sondern auch völkische Motive und solche, die den deutschen Kolonialismus und die deutsche Vergangenheit glorifizieren. Trotz des rechten Hintergrunds der Marke ist „Thor Steinar“ über die rechtsextreme Szene hinaus populär.

„Erik and Sons“ (Gründung 2007, Sitz in Königs Wusterhausen) produziert und vertreibt vor allem sportliche Kleidung, auf der Sprüche wie „Bio Germane“ oder „Ultra intolerant“ mit Männern mit Baseballschlägern kombiniert werden. Immer wieder finden sich nordische Bezüge.

„Label 23 – Boxing Connection“ (Gründung 2009, Sitz in Cottbus) wurde von Neonazis ins Leben gerufen und richtet sich vor allem an die rechte Kampfsportszene. Neben gewaltverherrlichenden Motiven finden sich doppeldeutige Schriftzüge.

„Greifvogel Wear“ (Gründung 2013, registriert in Dresden, seit 2016 Sitz im südbrandenburgischen Lindenau) unterstützt regelmäßig rechte Kampfsportveranstaltungen. Einzelne rechte Kampfsportler werden zudem im „Team Greifvogel“ gesponsert.

„Black Legion“ (Gründung 2016, Sitz Cottbus) versteht sich explizit als Marke „von der Szene für die Szene“. Moderne Designs werden zum Teil mit NS-verherrlichenden und aktuellen rechten Sprüchen kombiniert. Auch „Black Legion“ ist Sponsor rechtsextremer Kampfsportevents und verfügt über ein eigenes Team.

So erkennen Sie Nazis: ihre Musik

In Brandenburg existieren seit Jahren mehrere Dutzend extrem rechte Musikprojekte. Musik erfüllt eine soziale Funktion und kann als Verstärker bei denjenigen dienen, deren Einstellung nach rechts offen ist. Vor allem unter jungen Menschen ist sie weit verbreitet. Zwar wird niemand durch das bloße Hören rechter Musik zum Neonazi. Trotzdem dient rechtsextreme Musik oft als Einstieg in die Szene. Als niedrigschwelliges Angebot stiftet sie Identität und vermittelt politische Propaganda. Gleichzeitig spült das Geschäft mit Rechtsrock viel Geld in neonazistische Strukturen.

Es kann durchaus passieren, dass Sie bei einer Kollegin auf der Arbeit, auf der Geburtstagsfeier eines Freundes oder aus dem Jugendzimmer zufällig rechte Musik hören. In solchen Fällen ist es wichtig einzuschreiten. Allerdings ist es gar nicht immer leicht, Neonazi-Musik als solche zu erkennen.

Wenn von rechter Musik gesprochen wird, geht es meist um den sogenannten Rechtsrock. Dieser Begriff wurde in den 1980er Jahren geprägt und bezog sich damals im weitesten Sinne auf den Musikstil des Rocks. Dieser dominiert auch heute die Szene, seit den 1990er Jahren sind jedoch diverse andere Stile hinzugekommen: Hip-Hop und Rap, Techno, Black Metal, Hardcore, Balladen und Singer/Songwriter.

Rechtsrock, so haben die Musikexperten Martin Langebach und Jan Raabe herausgestellt, wird als Klammer für „nationalistische, ethnozentristische, sozialdarwinistische, antisemitische, sexistische, pro-nazistische, eine Rechtsdiktatur befürwortende und/oder den Nationalsozialismus verherrlichende“ Liedtexte gebraucht. Es sind also in erster Linie die Texte, die Aufschluss über die politische Orientierung der Musik geben. Gerade bei schroff gespielter Rock ist es manchmal schwer, den Inhalt überhaupt zu verstehen. Deswegen empfiehlt es sich, auf Schlüsselwörter zu achten, um dann gegebenenfalls nachzuhaken und selbst zu recherchieren. Hinweise geben zudem die Cover der Alben und die Musikvideos der Bands. Sie sind meist gekennzeichnet durch eine martialische, gewaltverherrlichende, oft sexistische und diskriminierende Bildsprache. Doch auch hier sind rechtsextreme Inhalte nicht immer eindeutig zu erkennen, da mitunter eine codierte Sprache, Metaphern und Anspielungen genutzt werden. Anhaltspunkte können die verwendeten Zeichen und Symbole geben. **[→ So erkennen Sie Nazis: ihre Zeichen, Symbole und Codes]**

Weitere Informationen

Gideon Botsch, Jan Raabe, Christoph Schulze (Hg.): Rechtsrock. Aufstieg und Wandel neonazistischer Jugendkultur am Beispiel Brandenburgs. Berlin 2019.

Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM), unter:
www.bundespruefstelle.de.

✗ INDIZIERUNG DURCH DIE BUNDESPRÜFSTELLE FÜR JUGENDGEFÄHRDENDE MEDIEN

Im Falle eines Verbots dürfen die entsprechenden Tonträger nicht öffentlich verbreitet werden und erfahren dadurch eine geringere Aufmerksamkeit. Von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) werden auf Grundlage des Jugendschutzgesetzes zum Beispiel Medien indiziert, in denen der Nationalsozialismus verherrlicht oder verharmlost oder Rassismus propagiert wird. Indizierte Lieder und Alben dürfen nicht beworben und Kindern und Jugendlichen zugänglich gemacht werden – weder durch Geschäfte, Online-Versandhandel, Radio noch YouTube oder andere Streamingdienste.





ENTGEGENTRETEN

Nazi-Veranstaltungen können Sie verhindern

Mit Veranstaltungen versucht die extreme Rechte, ihre menschenverachtende Ideologie zu verbreiten, neue Anhänger*innen zu gewinnen und den inneren Zusammenhalt zu stärken. Für Wahlkampfveranstaltungen, Schulungen, Konferenzen oder Konzerte werden Räume benötigt. Da Rechtsextreme nicht immer über eigene Immobilien verfügen, versuchen sie regelmäßig, Bürgerhäuser, Gaststätten, Hotels, Vereinshäuser oder Jugendzentren anzumieten.

Nehmen Sie nicht hin, dass in Ihrem Ort rechte Hetze und Propaganda verbreitet werden. Protest gegen Neonazi-Veranstaltungen kann als Kundgebung oder Demonstration vor dem Veranstaltungsort, in Flugblättern, in Briefen von Leser*innen, in Petitionen an die Politik oder in Informationsveranstaltungen zum Ausdruck kommen. Außerdem ist es möglich, die Durchführung rechtsextremer Veranstaltungen zu verhindern.

Wenn Sie von einer rechtsextremen Veranstaltung erfahren, ist es sinnvoll, sich Bündnispartner*innen vor Ort und in der Region zu suchen. Diese können eine regionale Initiative gegen rechts, das Aktionsbündnis Brandenburg oder seine Mitglieder sein, aber auch andere empörte Einwohner*innen, die Kirchengemeinde oder die demokratischen Parteien. Wenn der Veranstaltungsort nicht als rechtsextremer Treffpunkt bekannt ist, können Sie die Vermieter*innen der Räumlichkeiten über die rechtsextremen Mieter*innen informieren und sie um eine Aufkündigung des Mietverhältnisses bitten. Es ist möglich, dass diese die Hintergründe nicht kannten und die Veranstaltung nicht durchführen wollen.

Erhalten Sie keine Antwort oder sind die Vermieter*innen Ihnen gegenüber feindselig eingestellt, können Sie öffentlich Druck erzeugen. Informieren Sie die örtliche Verwaltung und die Polizei über die Veranstaltung. Machen Sie mit einem offenen Brief oder einem Aufruf die Presse und die Öffentlichkeit aufmerksam. Organisieren Sie eine Protestveranstaltung, zum Beispiel eine Demonstration. **[→ So organisieren Sie eine Demo oder Kundgebung gegen rechts]** Häufig rücken Vermieter*innen von ihrer rechtsextremen Kundschaft ab, wenn sie Gegenwind spüren oder um ihren regulären Geschäftsbetrieb fürchten müssen.

Weitere Informationen

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR): Handlungs-Räume. Kommunale Handlungsstrategien im Umgang mit rechtsextremen Anmietungsversuchen öffentlich-rechtlicher Räume. Berlin 2009, unter: www.mbr-berlin.de.

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln, NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln (Hg.): Kein Raum für Hetze – Hinweise zum Umgang mit Anmietungen durch extrem rechte, rassistische und antisemitische Gruppen. Köln 2024, unter: www.bundesverband-mobile-beratung.de.

✗ HINWEISE FÜR VERMIETER*INNEN

Es gibt keine Pflicht, an Neonazis oder andere extrem rechte Gruppierungen Räume zu vermieten! Sie sollten jede Anfrage sorgfältig prüfen: Fordern Sie genaue Angaben über beteiligte Organisationen oder Parteien und lassen Sie sich den Anlass, die Art und das Motto der Veranstaltung mitteilen. Informieren Sie sich über die Interessent*innen zum Beispiel im Internet. Nehmen Sie bei Bedenken Kontakt mit Expert*innen aus dem lokalen Bündnis gegen Rechtsextremismus oder dem Mobilen Beratungsteam Brandenburg (MBT) auf. Führen Sie Gespräche mit den Mietinteressent*innen, um einen Eindruck zu gewinnen, und holen Sie gegebenenfalls eine zweite Person als Zeug*in hinzu.

Halten Sie in Ihrem Nutzungs- und Mietvertrag fest, dass rechtsextreme, rassistische oder antisemitische Äußerungen untersagt sind. Verweisen Sie darauf, dass Sie als Besitzer*in auch während der Durchführung der Veranstaltung die Option haben, die vertragsgemäße Nutzung der Räumlichkeiten zu überprüfen. Lassen Sie sich die Kontaktdaten einer verantwortlichen Person geben, die Ihnen vor, während und nach der Veranstaltung als Ansprechperson zur Verfügung steht. Halten Sie im Vertrag eine Kündigungsklausel fest. Sollte es dennoch zu einer Vermietung an Rechtsextreme gekommen sein, können Sie somit rechtssicher die Veranstaltung abbrechen und gegebenenfalls die Polizei hinzurufen. Auch ist es möglich, eine im Vertrag festgeschriebene Vertragsstrafe zu verlangen.

So organisieren Sie eine Demo oder Kundgebung gegen rechts

Demonstrationen oder stationäre Kundgebungen sind wichtige Mittel, um eine politische Botschaft in die Öffentlichkeit zu tragen. Sie können damit auf ein Problem hinweisen, zeigen, dass viele Menschen hinter dem Anliegen Ihrer Initiative stehen, und gegen rechtsextreme und rassistische Aufmärsche protestieren.

Eine solche Versammlung kann für große Aufmerksamkeit sorgen, will allerdings gut vorbereitet sein. Suchen Sie sich Bündnispartner*innen und verteilen Sie die Aufgaben untereinander. Sinnvoll ist es, sowohl eine Art Checkliste als auch einen Zeit- beziehungsweise Ablaufplan zu erstellen.

Nach den ersten Planungen über den Zweck der Demonstration/Kundgebung, das Motto, den Ablauf, die Werbung und die Teilnehmer*innen ist es Zeit für die Anmeldung bei der örtlichen Polizeidirektion beziehungsweise Versammlungsbehörde. Die Polizei Brandenburg bietet überdies die Möglichkeit der Online-Anmeldung. Für eine Anmeldung – ob online oder vor Ort – bedarf es nur einer schriftlichen Mitteilung, die folgende Informationen enthalten muss:

- Name der Anmelder*in,
- gegebenenfalls Name einer abweichenden Versammlungsleitung,
- Motto,
- Datum,
- Beginn und voraussichtliches Ende,
- Ort beziehungsweise Route der Versammlung,
- geschätzte Zahl der Teilnehmer*innen und
- mögliche Hilfsmittel wie Lautsprecherwagen.

Erst 48 Stunden nach der Anmeldung darf die Demo beworben werden. Bei kurzfristigen Anlässen gibt es die Möglichkeit einer Eil- beziehungsweise Spontanversammlung. Hier gilt die 48-Stunden-Regel nicht. Es muss aber spätestens in dem Moment eine Mitteilung an die Polizei erfolgt sein, in dem eine Versammlungsleitung als solche auftritt – zum Beispiel im Rahmen eines vorherigen Aufrufs oder bei organisatorischen Durchsagen mit einem Megafon. Dies kann bei rein spontanen Zusammenkünften, bei denen es keine vorangehende Planung gab, auch direkt vor Ort geschehen.

In der Regel folgen einer Anmeldung ein Kooperationsgespräch mit den Behörden und ein Auflagenbescheid. Sollten sich darin Einschränkungen Ihrer Versammlung finden, die Sie nicht akzeptieren wollen, zum Beispiel die Verlegung der Route oder eine Beschränkung der mitgeführten Transparente, ist der Austausch mit erfahrenen Organisationen wie Gewerkschaften und spezialisierten Anwält*innen sinnvoll.

Insbesondere mit etwas Vorbereitungszeit können Sie Ablauf und Programm der Demonstration oder Kundgebung vielfältig gestalten. Sie können Redner*innen anderer Initiativen einladen, um eine größere Wirkung zu erzielen und mehr Menschen zu erreichen. Auch eingespielte oder Live-Musikbeiträge sind möglich. Transparente, Banner, Schilder und Fahnen können angefertigt und dem Anlass entsprechend gestaltet werden. Absprachen über Inhalte und Länge der Beiträge sind genauso wichtig wie eine gut vorbereitete Moderation. Ob Sie Vertreter*innen von Parteien zu Wort kommen lassen oder sogar ein offenes Mikrofon anbieten wollen, sollten Sie sich gut überlegen. Machen Sie sich auch Gedanken über eine sinnvolle Demonstrationsroute: Wie viele Kilometer sind für die Teilnehmer*innen gut zu schaffen? Sollen Zwischenkundgebungen abgehalten werden? Gibt es an der Route Menschen, die Ihre Inhalte mitbekommen? Achten Sie darauf, dass Passant*innen verstehen, aus welchem Anlass demonstriert wird. Dafür empfiehlt es sich, einen kurzen Text vorzubereiten, den Sie in regelmäßigen Abständen während der Demonstration durchsagen oder auch als Flyer am Rande der Route verteilen können.

Bei kleineren Veranstaltungen reicht manchmal ein Megafon, doch oft ist eine Musikanlage empfehlenswert. Diese kann bei Gewerkschaften oder Jugendzentren ausgeliehen werden. Neben der Versammlungsleitung sollten auch Personen als Ordner*innen gemäß dem Auflagenbescheid benannt werden. Als Faustregel gilt hier pro 50 Teilnehmer*innen ein*e Ordner*in. Informieren Sie die Presse über Ihr Vorhaben, zum Beispiel mit einer Pressemitteilung. [→ **Darauf sollten Sie bei einer Pressemitteilung achten**] Wichtig sind Ansprechpersonen für die Presse, sowohl im Vorfeld als auch am Tag der Aktion. Diese sollten zudem telefonisch erreichbar sein.

Bewerben Sie die Demonstration mit genügend Vorlauf. Werbung ist in sozialen Netzwerken und über Mailinglisten möglich, aber auch Flyer und Plakate sind sinnvoll. [→ **Flyer und Plakate ansprechend gestalten**] Oft reicht ein kurzer und einfach zu verstehender Aufruf oder ein Plakat mit den wichtigen Fragen:

- Warum findet die Demo statt?
- Wo und wann?
- Wer ist Veranstalter*in?
- Was wird auf der Demo passieren?

Je besser die Vorbereitung einer Versammlung, desto einfacher ist die Durchführung. Wenn alle Aufgaben auf ausreichend Schultern verteilt sind und noch Leute für Unvorhergesehenes zur Verfügung stehen, ist niemand überlastet. Alle Verantwortlichen sollten während der gesamten Veranstaltung miteinander in Kontakt stehen. Versuchen Sie, sich auch auf ungeplante Ereignisse einzustellen – seien es schlechtes Wetter, medizinische Zwischenfälle oder Störungen von Rechtsextremen. Wenn alle Beteiligten gut vorbereitet sind, Ruhe bewahren, das Geschehen im Blick behalten und den eigenen Aufgabenbereich abdecken, steht einer reibungslosen Veranstaltung nichts im Weg. Vergessen Sie nicht, für die Öffentlichkeitsarbeit die Teilnehmer*innen zu zählen und die Ereignisse mit Fotos oder sogar Videos zu dokumentieren. Wenn Sie Ihre Veranstaltung dokumentieren, teilen Sie das den Teilnehmer*innen vorher über den Lautsprecherwagen mit. So können Sie am Ende hoffentlich auf eine erfolgreiche Veranstaltung zurückblicken.

Weitere Informationen

Aktionsbündnis Brandenburg: Protest gegen rechts. Ein praktischer Leitfaden zum Versammlungsrecht in Brandenburg. Potsdam 2023, unter: www.aktionsbueundnis-brandenburg.de.

✕ KREATIVE AKTIONEN

Neben Kundgebungen und Demonstrationen gibt es viele weitere Möglichkeiten, sich kreativ für eine vielfältige Gesellschaft einzusetzen. Einige Brandenburger Initiativen verbinden zum Beispiel Aktionen gegen rechts mit einem kulinarischen Event wie etwa das Solidarische Abendessen in Biesenthal oder das Dorffrühstück in Rutenberg. Unteilbar Südbrandenburg lud im Sommer 2025 unter dem Motto „Kuchen für alle“ zur längsten Kuchentafel der Lausitz ein, um ein Zeichen für ein demokratisches und solidarisches Brandenburg zu setzen. Es lohnt sich, erfinderisch zu sein. Denn durch vielfältige Angebote können Hürden zur Teilnahme abgebaut werden. Offene Stammtischtreffen, Filmabende oder Lichterketten gegen rechts können genauso hilfreich sein wie die Einladung externer Personen für die Durchführung von Workshops oder Lesungen. Probieren Sie unterschiedliche Formate aus und passen Sie diese an Ihre Zielgruppe an – auch wenn nicht alles auf Anhieb klappt, ist das Teil des Lernprozesses.

So gelingt Ihr Infostand

Ein Infotisch ist eine tolle Möglichkeit, die eigene Initiative sichtbar zu machen, Informationen zu verbreiten und mit Menschen ins Gespräch zu kommen. Er kann weit mehr als ein Stapel Flyer: Mit etwas Kreativität wird er zu einem Ort der Begegnung. Wer ein Glücksrad, selbstgebackene Kekse, kleine Spiele oder andere Mitmachaktionen anbietet, senkt die Hemmschwelle für Passant*innen. Oft bleiben Menschen zunächst für einen Keks stehen – und kommen dann doch ins Gespräch oder nehmen Infomaterial mit.

Damit der Infostand reibungslos funktioniert, braucht es etwas Vorbereitung. Zuerst sollte geklärt werden, wie und wo der Stand angemeldet werden muss. Sie können ihn als Versammlung bei der Polizei anmelden oder per Sondernutzung, dann läuft die Anmeldung über das Ordnungsamt. Manchmal bieten Feste an, dort einen Infostand aufzubauen. In dem Fall läuft die Anmeldung über die Veranstalter*innen. Wichtig ist, sich frühzeitig darum zu kümmern.

Auch die Ausstattung will durchdacht sein. Mal stellen Veranstalter*innen Tische, Stühle oder sogar Pavillons zur Verfügung, mal müssen Sie diese Dinge selbst mitbringen. Das Wetter spielt dabei eine große Rolle: Sonnenschutz, Regenplanen, warme Kleidung, Wasser und Snacks sind hilfreich, um ein paar Stunden durchzuhalten. Kleine Gewichte verhindern, dass Flyer wegfiegen, durchsichtige Abdeckungen schützen vor Regen, und wenn der Stand bis in den Abend hinein steht, sorgen akkubetriebene Lampen oder Lichterketten für eine angenehme Atmosphäre. Vergessen Sie nicht, genügend Infomaterial mitzubringen. Wer noch Flyer, Handbücher, Handreichungen oder auch Merch-Artikel wie Trillerpfeifen, Plakate und Ähnliches braucht, kann sie kostenlos auf der Website des Aktionsbündnisses Brandenburg bestellen.

Das Herzstück des Infotisches sind Gespräche. Viele Begegnungen sind bereichernd, einige aber auch anstrengend. Es kann passieren, dass Diskussionen hitzig werden oder dass jemand versucht, Sie in eine unangenehme Situation zu bringen. Dann gilt: Ruhe bewahren, sachlich bleiben und möglichst selbst Fragen stellen. So behalten Sie die Gesprächsführung und verschaffen sich ein wenig Zeit. Wer sich im Vorfeld überlegt, welche kritischen Fragen häufig gestellt werden, und passende Antworten parat hat, geht sicherer in solche Gespräche hinein. [→ Was tun bei rechten Sprüchen im Freundeskreis? | → Dulden Sie keinen Rassismus und Rechtsextremismus am Arbeitsplatz]

Bereiten Sie sich außerdem auf die Möglichkeit vor, gezielt provoziert zu werden, etwa durch Rechtsextreme, die versuchen, Stände zu stören. Typisch ist, dass eine Person sich zunächst nicht zu erkennen gibt und vermeintlich das Gespräch sucht, während eine andere filmt, um später manipulierte Videos ins Netz zu stellen. In solchen Situationen ist es wichtig, sich nicht provozieren zu lassen. Aber auch hier gilt das Recht am eigenen Bild. Denn die Tatsache, dass Sie an einem Infostand stehen, bedeutet nicht zwangsläufig, dass Sie ohne Ihre Einwilligung gefilmt werden dürfen. Sagen Sie daher sofort und nachdrücklich, dass Sie nicht gefilmt werden wollen, und fordern Sie das Löschen der Aufnahmen ein. Achten Sie dabei unbedingt auf Ihre eigene Sicherheit und ziehen Sie im Notfall die Polizei hinzu.

Falls ein solches Video veröffentlicht wird, sollten Sie zunächst Screenshots vom Video mit Datum, Uhrzeit und URL erstellen und das Video dann bei der Plattform melden. [→ [So melden Sie Hasskommentare im Internet](#)] YouTube, TikTok, Facebook und andere Plattformen haben Meldefunktionen für die „Verletzung der Privatsphäre“ oder das „Recht am eigenen Bild“. Sollte das Video dennoch nicht gelöscht werden, sollten Sie eine*n Anwält*in einschalten. Handelt es sich bei den Störenden um rechtsextreme Streamer*innen, die das Video per Livestream ins Netz übertragen, können Sie urheberrechtlich geschützte Musik gut hörbar abspielen. Auf Plattformen wie YouTube führt dies in der Regel zur Sperrung des Inhalts. Sprechen Sie im Anschluss unbedingt mit Ihren Mitstreiter*innen, um das Erlebte zu verarbeiten – und lassen Sie sich dadurch vor allem nicht den Tag verderben.

Trotz aller Herausforderungen überwiegt meist das Positive. Ein Infotisch macht Spaß, eröffnet neue Kontakte und zeigt, dass Ihre Initiative sichtbar ist. Mit ein wenig Vorbereitung, einem offenen Ohr und einer Prise Kreativität wird der Stand zu einem Ort, an dem Begegnung, Austausch und Engagement lebendig werden.

Wie wird Ihr Konzert gegen rechts ein Erfolg?

Ein Konzert ist eine niedrighschwellige Möglichkeit, ein Zeichen gegen Rechtsextremismus oder Rassismus zu setzen. Damit können nicht nur Menschen erreicht werden, die eher selten zu politischen Kundgebungen oder Veranstaltungen gehen. Es ist auch ein guter Ort, andere kennenzulernen, sich zu informieren und zu vernetzen. Darüber hinaus ist ein Konzert in vielen Regionen ein Farbfleck in einer überschaubaren kulturellen Landschaft. Und nicht zuletzt macht es Spaß und gibt Kraft für die weitere Arbeit. Scheuen Sie sich also nicht, es auszuprobieren!

Es braucht keinen Anlass für ein Konzert, aber es kann auch als Protest gegen extrem rechte Aktivitäten, als Teil einer Veranstaltungsreihe oder an einem Jahrestag zur Erinnerung an bestimmte Ereignisse stattfinden. Musikalische Darbietungen lassen sich gut mit Straßen- oder Marktplatzfesten kombinieren. Der Anlass und die Form bestimmen den Charakter der Veranstaltung. Soll sie im öffentlichen Raum im Freien stattfinden und dort auch ein Zeichen setzen oder in einem Saal, einem Jugend- oder Gemeindezentrum eher der Unterhaltung dienen? Die Zielgruppe für das Konzert sollte klar definiert und für die Gestaltung der Veranstaltung und die Auswahl der Bands bestimmend sein. Da anders als bei einer Demonstration die Unterhaltung im Vordergrund steht, werden Gäste weniger wegen des Mottos als wegen des vertrauten Orts, der ihnen bekannten Bands oder aufgrund der Berichterstattung in den Medien das Konzert besuchen.

In vielen Städten und Regionen gibt es Musiker*innen, die sich über Auftrittsmöglichkeiten freuen und gern ein Zeichen gegen Rassismus und Rechtsextremismus setzen. Doch auch viele überregional bekannte Künstler*innen positionieren sich eindeutig und treten regelmäßig bei Konzerten gegen rechts auf. Nicht selten begnügen sie sich dafür aus Überzeugung mit Fahrtkosten, Verpflegung, einer kleinen Aufwandsentschädigung und einem netten Ambiente.

Kosten für die Veranstaltung lassen sich außerdem einsparen, indem Sie Ihre bestehenden Netzwerke aktivieren und zum Beispiel unentgeltlich Räumlichkeiten nutzen. Vielleicht haben Sie Kontakt zu Techniker*innen oder können sich die musikalische Ausrüstung leihen. Sie können außerdem versuchen, Fördermittel zu erhalten. **[→ Hier bekommen Sie Geld für Aktionen gegen rechts]** Die Zahl der Gäste und somit die Einnahmen sind

häufig schwer abzuschätzen und eventuelle Überschüsse können danach für einen guten Zweck genutzt werden.

Als Veranstalter bietet sich ein gemeinnütziger Verein an. [→ **So gründen Sie einen Verein**] Durch ihn wird der nicht kommerzielle Charakter der Veranstaltung deutlich und es muss keine Einzelperson für das Konzert eintreten. Außerdem können Sie über einen Verein eine Haftpflichtversicherung abschließen. Informieren Sie das Ordnungsamt über die Veranstaltung, damit es mögliche Fragen mit Ihnen klären kann. Sind Ausschank oder der Verkauf frischer Speisen geplant, sollten Sie auch dies mit den zuständigen Behörden absprechen. Beachten Sie dabei, dass sich die jeweiligen Regelungen von Region zu Region unterscheiden können. Und vergessen Sie nicht, sich mit den Lizenzrechten von abgespielter und von Live-Musik zu beschäftigen – so vermeiden Sie spätere Geldforderungen der GEMA, die die Interessen von Künstler*innen vertritt. Wenn Sie mehr als vier Konzerte pro Jahr organisieren, sind Sie pro gezahlter Gage zu (geringen) Beiträgen an die Künstlersozialkasse verpflichtet.

Für ein Konzert müssen viele Dinge sichergestellt werden: Sie brauchen Werbung, zum Beispiel Plakate oder Flyer, aber auch im Internet und dort vor allem in den sozialen Netzwerken. [→ **Flyer und Plakate ansprechend gestalten**] Kümmern Sie sich frühzeitig darum und streuen Sie Ihre Werbung so breit wie möglich. Aber: Überfordern Sie Ihr potenzielles Publikum nicht. Als sinnvoll hat sich ein zweigeteiltes Vorgehen erwiesen: eine Ankündigung etwa drei bis vier Wochen vor der Veranstaltung und dann noch einmal konzentrierte Bewerbung eine Woche vor dem Event. Für die Verbreitung in den sozialen Medien sind Sharepics besonders wichtig. In Grafiken, Text, Fotos und Logos sollen auf einen Blick die wichtigen Informationen enthalten sein, um von anderen Benutzer*innen geteilt werden zu können. Nutzen Sie auch die Möglichkeiten zur Reichweitensteigerung, zum Beispiel durch die Ergänzung von Hashtags, das Hinzufügen von Ortsmarken bis hin zur Beteiligung der eingeladenen Künstler*innen. Verlinken Sie dazu deren Accounts oder laden Sie sie zum gemeinsamen Veröffentlichenden über sogenannte Collab Posts ein. Auch der Getränkeverkauf für die Gäste und die Versorgung der Bands müssen vorbereitet und geplant werden. Dekorieren Sie den Veranstaltungsort, sodass Ihr Publikum den Zweck der Veranstaltung visuell erkennen kann. Denken Sie daran, dass der Veranstaltungsort nach Ende des Konzerts geputzt werden muss. Während des Konzerts müssen Kasse und Einlass ausreichend besetzt und genügend Leute da sein, um bei Überraschungen ansprechbar zu sein. Kümmern Sie sich im Vorfeld auch um Wechselgeld, einen Kassenbehälter und gegebenenfalls einen Stempel, damit Ihre Gäste zwischendurch frische Luft schnappen können. Auch auf mögliche Provokationen von Neonazis am

Abend oder politische Widerstände im Vorfeld sollten Sie vorbereitet sein. Es lohnt sich in den Vorbereitungen mögliche Störungen durchzugehen und sich zu überlegen, wie man reagieren möchte. In manchen Fällen eignet es sich, ein Schutzkonzept zu entwickeln. Die Broschüre „Feste feiern ohne Nazis“ liefert weitere Hinweise.

Planen Sie daher ausreichend Vorbereitungszeit ein und verteilen Sie die Aufgaben auf mehrere Schultern. Wenn einzelne Personen zu viel übernehmen, führt das schnell zu Stress und Versäumnissen. Letztendlich sollen nicht nur die Gäste, sondern auch Sie als Veranstalter*in das Konzert genießen können. Mit einer guten Planung steht einem schönen Tag oder Abend nichts mehr entgegen.

Weitere Informationen

Mobile Beratung gegen Rechts Berlin (Hg.): Feste feiern ohne Nazis – Handlungsempfehlung für störungsfreie Straßenfeste. Berlin 2015, unter: www.mbr-berlin.de.

✕ MUSIK GEGEN RECHTS

„Rock gegen Rechts“ ist wohl das bekannteste Motto, unter dem in ganz Deutschland Konzerte gegen Rechtsextremismus und Rassismus veranstaltet werden. Dabei handelt es sich um keinen geschützten Namen, sodass jede*r die eigene Veranstaltung so nennen kann. Es gibt darüber hinaus Slogans, die einen Wiedererkennungswert haben und die Ausrichtung des eigenen Konzerts unterstreichen können. „Love Music, Hate Fascism“ zum Beispiel oder auch das in der musikalischen Hardcore-Szene sehr beliebte „Good Night White Pride“. Darüber hinaus gibt es Kampagnen, die sich den Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus auf die Fahnen geschrieben haben: „Kein Bock auf Nazis“ und „Laut gegen Nazis“. Vor allem „Kein Bock auf Nazis“ ist bei vielen Konzerten mit Infoständen präsent. Beide Kampagnen können Sie für die eigene Veranstaltung um Unterstützung bitten.

Flyer und Plakate ansprechend gestalten

Aktionen, Protestveranstaltungen, Konzerte oder Lesungen brauchen vor allem eines: Leute, die davon erfahren und daran teilnehmen. Das funktioniert am besten durch Werbung. Vieles hat sich in die sozialen Medien und ins Internet verlagert. Trotzdem sind bunte Plakate und bedruckte Handzettel aus unserem Alltag noch lange nicht verschwunden.

Überlegen Sie im Vorfeld, wie Sie auf Ihre Veranstaltung aufmerksam machen möchten:

- Wer gehört zu meiner Zielgruppe?
- An welchen Orten kann ich sie erreichen?
- Will ich informieren oder mobilisieren?
- Wann ist der beste Zeitpunkt, um mit meiner Werbung zu beginnen?

Gedruckte Werbung begegnet uns meist in zwei Varianten. Zum einen sind es Plakate, die großformatig auf entsprechenden Wänden oder im Schaufenster von Geschäften hängen. Zum anderen gibt es Flugblätter, Flyer, Falt- oder Infoblätter. Sie liegen in kleinen, handlichen Formaten an verschiedenen Stellen aus oder werden auf der Straße verteilt. Beides hat seine Vor- und Nachteile und lässt sich hervorragend miteinander kombinieren.

Je größer, umso auffallender: Wenn Sie Plakate für Ihre Veranstaltung drucken lassen, sollten diese mindestens im Format DIN A2 sein. Bei noch größeren Formaten steigen die Kosten und auch die Anbringung wird schwieriger. Sogenanntes wildes Plakatieren gilt als Sachbeschädigung – Sie sollten daher Orte finden, an denen das Aufhängen von Plakaten gestattet ist. Bei Plakaten liegt der Fokus auf dem visuellen Eindruck, auf der symbolhaften Vermittlung eines Inhalts, meist kombiniert mit einem kurzen, griffigen Slogan.

Flugblätter sollten in einem handlichen Format gestaltet und daher nicht größer als DIN A4 sein. Besser noch eignen sich kleinere Formate. Im Gegensatz zum Plakat spielt hier der Text eine wesentliche Rolle, für den auch die Rückseite genutzt werden kann. Vermeiden Sie dennoch allzu lange Ausführungen und beschränken Sie sich auf die wichtigsten Informationen.

Bitten Sie Personen um Unterstützung, die sich – beruflich oder privat – mit grafischer Gestaltung auskennen. Die Plakate und Flyer sollten zwar auffallend, aber nicht zu bunt und unübersichtlich sein. Wenn beides im gleichen Layout gehalten ist, erhöht dies den Wiedererkennungswert. Informationen und Hinweise müssen auf den ersten Blick für die Betrachter*innen deutlich sichtbar sein. Vergessen Sie nicht, Datum, Uhrzeit und Ort Ihres Vorhabens klar erkennbar zu platzieren. Auch das Motto Ihrer Veranstaltung oder Demonstration sollte einen prominenten Platz bekommen. Achten Sie bei der Verwendung von Fotos oder Zeichnungen unbedingt darauf, dass Sie über die Bildrechte verfügen oder dass es sich um Bilder mit einer freien, also einer Creative-Commons-Lizenz handelt.

Grundsätzlich gilt: Der Aufwand sollte dem Anlass angemessen sein. Eine kurzfristige Ankündigung erfordert keine künstlerische Ausnahmeleistung. Auf der anderen Seite haben manche Plakate eine so durchschlagende Wirkung, dass sie über Jahre hinweg Wohnungswände zieren. Solche Plakate sind oft „zeitlos“, das heißt, ihre Aussage ist entweder an kein konkretes Ereignis gekoppelt oder der Slogan überzeugt über die Veranstaltung hinaus. Überlegen Sie sich je nach Anlass, ob Sie Ihre Plakate beziehungsweise Flyer professionell drucken lassen wollen oder ob ein Gang in den nächsten Kopierladen bereits ausreicht. Versuchen Sie einzuschätzen, wie viele Flyer und Plakate Sie tatsächlich verteilen können. Viele Copyshops können auch großformatige Plakate drucken, dies ist auf den Stückpreis gerechnet aber meist teurer als in einer Druckerei. Wählen Sie für Kopiervorlagen daher lieber ein einfaches Layout in Schwarz-Weiß.

Achten Sie darauf, dass Flugblätter und Plakate ein V.i.S.d.P. (Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes) enthalten. Die dort genannte natürliche Person muss mindestens 18 Jahre alt sein. Als deren Adresse ist auch die Nennung eines Vereins oder Ähnlichem in Form einer c/o-Adresse zulässig. Es reicht aus, wenn diese Angaben klein am Rand des Werbematerials abgedruckt sind. Somit können im rechtlichen Streitfall nicht diejenigen Personen für den Inhalt verantwortlich gemacht werden, die Flugblätter oder Plakate nur verteilen. Ansprechpartner*in ist dann die im V.i.S.d.P. genannte Person.

Wer die Gestaltung selbst in die Hand nehmen möchte, kann mittlerweile zahlreiche Softwarelösungen oder Online-Editoren nutzen. Ob Apps, KI Tools oder der beliebte Canva Editor im Browser – sie sind auch für Lai*innen geeignet. Mit passenden Vorlagen, egal ob für Instagram Sharepics oder für Flyer, Banner, Postkarten bis hin zu Foto- und Videoschnitt sind viele Funktionen dort frei nutzbar, vor allem auch für gemeinnützige Organisationen.





ANWENDEN

Darauf sollten Sie bei einer Pressemitteilung achten

Proteste und Veranstaltungen gegen rechts finden nahezu immer im öffentlichen Raum statt. Fast täglich gibt es in Zeitungen und Nachrichtensendungen Meldungen über politische Aktionen. Viele Journalist*innen berichten von vor Ort und wollen dabei verschiedene Perspektiven einfangen. Manchmal müssen Sie als Veranstalter*in die Presse allerdings erst selbst auf sich aufmerksam machen.

Mit einer Pressemitteilung können Sie an Redaktionen und Nachrichtenagenturen mit einer eigenen Darstellung von Ereignissen herantreten. Eine Pressemitteilung soll Journalist*innen über einen bestimmten Sachverhalt informieren und vor allem dazu anregen, darüber zu berichten. Da in den Redaktionen täglich Hunderte Meldungen eingehen, sollten Sie darauf achten, Ihre Meldung qualitativ hochwertig zu gestalten.

Eine Pressemitteilung beginnt mit einer prägnanten, aber aussagekräftigen Überschrift. Achten Sie auf den Aufbau, denn dieser entscheidet am Ende, ob Ihre Meldung für berichtenswert befunden wird oder nicht. Nennen Sie alle zentralen Informationen im ersten Absatz. Ob das Wichtigste am Anfang der Pressemitteilung steht, können Sie testen, indem Sie die Absätze von hinten nach vorne gedanklich streichen und überprüfen, ob der Text trotzdem aussagekräftig bleibt. Beantworten Sie zu Beginn die W-Fragen:

- Wer ist beteiligt?
- Was ist passiert? Wann findet/fand es statt?
- Wo ist der Ort des Geschehens?
- Wie sah das Ereignis aus?
- Warum ist es geschehen?
- Woher kommt die Quelle für die Nachricht?

Schreiben Sie nur das Wichtigste auf und vermeiden Sie lange Aufzählungen. Wenn es Sachverhalte gibt, auf die Sie näher eingehen wollen, können Sie dies am Ende Ihrer Mitteilung tun.

Achten Sie auf Ihre Sprache. Schreiben Sie kurze Sätze, die sachlich und verständlich sind. Benutzen Sie keine Schachtelsätze und formulieren Sie aktiv – nicht „es wurde protestiert“, sondern „Menschen haben protestiert“. Halten Sie sich kurz: Ihre Pressemitteilung sollte nicht länger als

eine DIN-A4-Seite sein. Vermeiden Sie Fachausdrücke und Abkürzungen oder erklären Sie diese. Oft ist es eine gute Idee, in Ihre Pressemitteilung zitierfähige O-Töne einzubauen. Grundsätzlich sollte die Pressemitteilung so geschrieben sein, dass Journalist*innen die Formulierungen direkt übernehmen können. Wählen Sie daher eine sachliche und neutrale Sprache und sprechen Sie von Ihrem Bündnis in der dritten Person.

Machen Sie sich rechtzeitig Gedanken darüber, wann Ihre Pressemitteilung die Redaktionen erreichen muss: Wollen Sie auf eine künftige Veranstaltung oder Demonstration hinweisen? Wollen Sie über Ihre Sichtweise auf ein bereits vergangenes Ereignis berichten? Vor allem Tageszeitungen haben täglich Redaktionskonferenzen und einen Redaktionsschluss, nach dem in der Regel keine neuen Ereignisse mehr aufgenommen werden. Sonntags sind die Redaktionen überdies nicht voll besetzt. Als Faustregel sollte Ihre Pressemitteilung unter der Woche bis zehn Uhr, am Wochenende bis um neun Uhr verschickt werden. Vermeiden Sie es, Ihre Pressemitteilung montags und freitags an die Redaktionen zu senden, da dies hektische Tage für Journalist*innen sind. Das Gleiche gilt wegen des nahenden Redaktionsschlusses für die Zeit zwischen 16 und 18 Uhr.

Verschicken Sie Ihre Pressemitteilung per E-Mail als Text und fügen Sie ihn zusätzlich als PDF bei. Sie sollten sich rechtzeitig die nötigen Kontaktdaten besorgen. Meist ist es sinnvoller, sich direkt an die Lokalredaktionen zu wenden. Noch besser ist es natürlich, persönliche Kontakte zu Journalist*innen aufzubauen. Fügen Sie der E-Mail außerdem aussagekräftiges und druckfähiges Bildmaterial bei. Sie können Fotos auch in kleinerer Auflösung verschicken und auf Pressefotos in Druckqualität auf Ihrer Website verweisen.

Damit die Presse zu Ihnen Kontakt aufnehmen kann – um zum Beispiel Nachfragen zu stellen –, sollten Sie am Ende eine konkrete Ansprechperson, deren Telefonnummer und E-Mail-Adresse nennen. Auch Hinweise für weiterführende Informationen lassen sich am Ende der Mitteilung aufführen. Und nicht vergessen: Das Wort „Pressemitteilung“ sollte am Anfang des Anschreibens oder in der Betreffzeile abgekürzt als „PM“ auftauchen. Der Betreff sollte außerdem aus einer prägnanten Überschrift bestehen, die das Interesse der Redaktion weckt.

Weitere Informationen

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.):
PR-Handbuch für das Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Berlin 2020, unter:
www.bmbfsfj.de.

Wie verlaufen Gespräche mit der Presse?

Ob nun am Rande einer Veranstaltung oder als Rückruf nach einer von Ihnen verschickten Pressemitteilung: Wenn Sie Öffentlichkeitsarbeit betreiben, werden Sie vermutlich in Kontakt mit Journalist*innen kommen. Das ist gut, denn dadurch können Sie Ihr Anliegen bekannt machen und mehr Menschen erreichen.

Die meisten Journalist*innen sind von Haus aus neugierig und kritisch. Zugleich stehen sie oft unter Zeitdruck, da sie ihre Beiträge zeitnah anfertigen müssen und sie viele Gespräche mit Beteiligten führen. Für Engagierte ist es nicht immer einfach, sich für das eigene Anliegen Gehör zu verschaffen. Seien Sie daher gut vorbereitet und machen Sie sich die Arbeitsweise von Medien bewusst.

Versehen Sie jede Pressemitteilung oder Ankündigung, die Sie veröffentlichen, mit einer Telefonnummer für Rückfragen und dem Namen der Ansprechperson. Nutzen Sie hierfür am besten eine gesonderte Telefonnummer und nicht Ihre private. Meist werden Sie nur kurze Nachfragen bekommen, die sich schnell und unkompliziert beantworten lassen. Seien Sie durchgehend höflich, aber offen, ehrlich und authentisch. Scheuen Sie sich nicht, bei Unklarheiten oder überraschenden Aussagen Ihres Gegenübers nachzuhaken. Schließlich müssen auch Sie die Person erst einmal kennenlernen und einschätzen können. Mitarbeiter*innen von Lokalzeitungen sind Ihnen vielleicht schon bekannt. Bekommen Sie Anfragen von Ihnen unbekannten Medien, informieren Sie sich kurz. Nicht alle Anfragen, etwa von rechtsextremen Zeitungen, müssen auch beantwortet werden.

Selbst wenn Sie mit vielen Fragen bedacht werden, halten Sie sich kurz und bündig. Journalist*innen schätzen knappe und klare Statements, die sie zitieren können. Fragen Sie gegebenenfalls nach, welcher Aspekt des Themas für Ihr Gegenüber besonders interessant ist. Treffen Sie nur Aussagen, die Sie auch öffentlich vertreten können – Diskussionen und Meinungsunterschiede aus Ihrem Bündnis haben in der Öffentlichkeit nichts zu suchen. Im Gespräch mit der Presse sind Sie in erster Linie Vertreter*in Ihrer Initiative und nicht Einzelperson.

Sprechen Sie mit Journalist*innen ab, ob und wie Sie zitiert werden. Bei heiklen Fragen oder längeren Gesprächen wie Interviews sollten Sie

um eine verschriftlichte Vorlage Ihrer Zitate oder des Gesprächs bitten. Sie haben dadurch die Möglichkeit, missverständliche Aussagen nicht freizugeben. Wenn es die Zeit erlaubt, können Sie Ihrem Gegenüber bei strittigen Aspekten mitteilen, dass Sie diese in Ihrer Initiative noch einmal besprechen müssen. Melden Sie sich jedoch unbedingt zeitnah zurück. Da Journalist*innen in der Regel an Fakten und Informationen interessiert sind, können Sie auch Bilder, eigene Recherchen oder den Kontakt zu anderen Gesprächspartner*innen anbieten. Stellen Sie sich auf Anfragen nach einem Foto oder nach einem Radio-/Fernsehinterview ein. Sollten Sie dies nicht wollen, empfiehlt es sich, Ersatzpersonen wie medien erfahrene Politiker*innen aus Ihrem Bündnis parat zu haben. Sind bestimmte Informationen nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, sagen Sie dies ganz klar.

Überlegen Sie sich im Vorfeld, welches Ihre zentralen Punkte sind. Denn unabhängig von den Fragen, die Ihnen gestellt werden, können Sie diese in Ihre Antworten einflechten. Dafür kann es sinnvoll sein, sich im eigenen Bündnis vorher auf einige Kernaussagen zu verständigen. Bedenken Sie immer das Interesse von Journalist*innen an einem lesenswerten Artikel oder spannenden Beitrag. Machen Sie sich nach dem Gespräch Notizen über den Verlauf. Dadurch wissen Sie später nicht nur, was Sie bereits erzählt haben. Sie können sich im schlimmsten Fall bei falschen Zitaten oder verdrehten Aussagen darauf berufen und eine Gegendarstellung einfordern. In der Regel jedoch sind Pressekontakte gute Möglichkeiten, mit kritischen Gesprächspartner*innen zusammenzukommen, die an Ihrem Anliegen interessiert sind. Mit einem gut vorbereiteten und souveränen Auftritt ist bereits viel gewonnen.

So nutzen Sie soziale Medien für Ihre Initiative

Wer sich gegen Rechtsextremismus und Rassismus engagiert, kann soziale Medien gut dafür nutzen. Ob Instagram, Facebook, X oder zunehmend Bluesky, YouTube oder TikTok – das Internet bietet verschiedene Möglichkeiten, um die Öffentlichkeit zu erreichen und die eigene Meinung kundzutun. Hier lassen sich Veranstaltungen bewerben, Texte und Aufrufe veröffentlichen und Mitstreiter*innen finden. Überlegen Sie sich gut, welche Variante den größten Erfolg für Ihr Anliegen verspricht.



Mithilfe der sozialen Medien können Inhalte schnell und einfach transportiert werden. Nachrichten bei Facebook, Instagram und Co. werden jedoch außerhalb des Kreises der Nutzer*innen der jeweiligen Dienste seltener wahrgenommen. Dennoch erreichen immer wieder neue Plattformen und Apps eine hohe Verbreitung und beeinflussen etablierte Kommunikationswege. Oft ist nicht ersichtlich, inwieweit intransparente Algorithmen die Aufmerksamkeit auf die eigenen Inhalte durch Hass und gefälschte Nutzerkonten verändern.

✗ DIE LOGIK VON ALGORITHMEN

Digitale Plattformen verschaffen polarisierenden oder stereotypen Inhalten und Kommentaren, reißerischen Fotos und verkürzten Überschriften oft zusätzliche Reichweite. So haben es gerade hetzerische Inhalte und Fake News leichter, viral verbreitet zu werden. [→ So melden Sie Hasskommentare im Internet] Auch wenn eine hohe Zahl von Klicks und Kommentaren verlockend ist, sollte diese Logik in der eigenen Öffentlichkeitsarbeit nicht befeuert werden. Sich mit der Verbreitung von Fakten und authentischen Inhalten an politischen Debatten zu beteiligen, ist auch Vorbild für andere.

Algorithmen erleichtern das Vernetzen mit Verbündeten und das Auffinden ähnlicher Inhalte und Accounts. Gleichzeitig bilden sie ein eingeschränktes Referenzsystem, die sogenannte Filterblase. Soziale Plattformen werden permanent mit der Analyse der Aktivitäten ihrer Nutzer*innen gefüttert. Jede Interaktion, jedes „Gefällt mir“ wird dabei registriert. Wer dann mal über den Tellerrand schauen will, um sich zum Beispiel über rechtsextreme Accounts in der eigenen Stadt zu informieren, sollte dafür vorher den Inkognito-Modus im Browser einschalten oder einen Recherche-Account anlegen. Um sich zu schützen und um weniger Spuren zu hinterlassen, helfen Werkzeuge wie VPN, da so für die Recherche eine verschlüsselte und maskierte Verbindung genutzt wird.

Bei Facebook können Texte, Bilder und Videos auf einer eigenen Seite veröffentlicht werden. Hier erreichen Sie durchschnittlich ältere Nutzer*innen als bei anderen Plattformen. Sie können Veranstaltungsankündigungen erstellen und einen Kontakt zu Ihrer Initiative angeben. Über Facebook ist auch die Vernetzung mit anderen Gruppen und Bündnissen möglich, Interessierte können Ihrer Seite folgen und erhalten über ihr Facebook-Profil Neuigkeiten. Facebook ist darauf ausgelegt, dass Netzwerke entstehen, und schlägt seinen Nutzer*innen passende Inhalte vor. Die Gestaltungsmöglichkeiten des Profils

selbst sind allerdings beschränkt. Wenn Sie für eine Initiative ein Profil erstellen möchten, brauchen Sie dafür einen eigenen, privaten Facebook-Account.

Twitter wurde nach der Übernahme durch US-Tech-Milliardär Elon Musk 2023 in X umbenannt und ist weltweit nach wie vor eine der meistbesuchten Social-Media-Plattformen. Der Umbau begünstigte die Verbreitung von rechtsextremer Propaganda und Fake News. Aus Protest verließen seitdem viele namhafte progressive Nutzer*innen und Initiativen X. Plattformen wie das dezentrale Mastodon, Bluesky oder Threads, das zu Meta, dem Mutterkonzern von Facebook, Instagram und WhatsApp gehört, bieten eine Alternative als Kurznachrichtendienst, über den sich ebenfalls kurze Texte, Links und Fotos veröffentlichen lassen. Die Nutzung ist dynamisch angelegt und dient dazu, regelmäßig Neuigkeiten mit anderen zu teilen. Alte Nachrichten rutschen somit nach hinten. Sie können entweder eigene Beiträge schreiben oder Inhalte anderer Nutzer*innen teilen und weiterverbreiten. Besonders für die Pressearbeit kann dies von Vorteil sein: Journalist*innen erhalten auf diese Weise schnellen Zugriff auf Statements Ihrer Initiative, ohne auf Pressemitteilungen warten zu müssen. [→ **Wie verlaufen Gespräche mit der Presse? | → Darauf sollten Sie bei einer Pressemitteilung achten**] X, Bluesky oder Mastodon sind ähnlich wie Facebook darauf angelegt, ein eigenes Netzwerk zu bilden.

Instagram legt seinen Fokus weniger auf Texte als vielmehr auf Fotos und Videos. Oft werden auch kurze Aufruftexte, Veranstaltungshinweise oder Aufnahmen von Protesten in sogenannten Sharepics, als 24 Stunden sichtbare Storys oder in Videoform als Reels verbreitet. Die Funktionsweise ähnelt der von X und ist schnell und leicht beherrschbar. Zahlreiche zivilgesellschaftliche Initiativen aus Brandenburg sind hier aktiv.

Um eine hohe Reichweite zu erzielen, ist ein großer Kreis an Kontakten oder auch Follower*innen wichtig. Sinnvoll ist die Nutzung von Hashtags (#), die auch von anderen Menschen genutzt werden und Beiträge mit gleichen Themenbezügen verbinden, zum Beispiel #gegenrassismus oder #schoenerlebenohnenazis. Auch Ortsangaben sind hilfreich. Vor allem bei Ereignissen ist es leichter, gefunden zu werden – von Betroffenen, Anwesenden, der Presse oder später zur Dokumentation.

Alle genannten Möglichkeiten, um online präsent zu sein, haben Vor- und Nachteile. Wenn Ihre Initiative nur über einen Facebook- oder Instagram-Account verfügt, sind die Möglichkeiten zur Selbstdarstellung begrenzt. Meist bietet sich eine Mischung aus verschiedenen Plattformen an. Sie lassen sich nicht nur miteinander verknüpfen, sondern sprechen auch unterschiedliche Zielgruppen an.

✗ FOTOS IM NETZ – EIN RISIKO?

Ohne ein passendes Foto oder Video wird heute kaum noch etwas veröffentlicht. Wenn Sie Aufnahmen von Aktivitäten Ihrer Initiative verbreiten, denken Sie unbedingt an den Schutz derjenigen Personen, die darauf abgebildet sind. Es gilt das Recht am eigenen Bild. Fragen Sie die Personen vor einer Veröffentlichung nach ihrem Einverständnis, am besten schriftlich oder schon bei der Aufnahme. Für KI-Apps und die gängigen Fotoplattformen ist es ein Leichtes, Gesichter wiederzufinden oder zu sortieren. Das kann politischen Gegner*innen erleichtern, Informationen zu sammeln oder Engagierte gezielt anzufinden. Gegebenenfalls sollten Gesichter oder die in den Fotos enthaltenen Standortdaten mit Apps wie ObscuraCam vorab entfernt werden.

Weitere Informationen

Digitalcourage: Digitale Selbstverteidigung – Online-Dossier, unter: www.digitalcourage.de/digitale-selbstverteidigung.

Amadeu Antonio Stiftung: „Digitale Zivilgesellschaft“ – Online-Dossier, unter: www.amadeu-antonio-stiftung.de.

Corina Pahrman, Katja Kupka: Social Media Marketing – Praxishandbuch für Facebook, Instagram, TikTok & Co. Heidelberg 2022.

Brauchen Sie eine eigene Website?

Schon lange dienen Websites dazu, auf Proteste oder Demonstrationen hinzuweisen. Die Informationen auf solchen Seiten unterscheiden sich zum Teil kaum von denen auf gedrucktem Informationsmaterial. [[-> Flyer und Plakate ansprechend gestalten](#)] Vorteilhaft ist die Möglichkeit der Aktualisierung, wenn sich etwa Ort, Datum oder Uhrzeit kurzfristig ändern. Auch können im Netz andere grafische Akzente gesetzt werden.

Bündnisse und Initiativen nutzen Websites darüber hinaus für Kontaktaufnahme, Hintergrundinformationen und Diskussionsbeiträge, Berichte von vergangenen Aktivitäten, Terminhinweise, Fotos oder Videos. Anders als soziale Medien sind Websites meist übersichtlicher gestaltet und die Inhalte werden nicht von aktuellen Meldungen verdrängt. Allerdings ist die Erstel-

lung aufwendiger und erfordert neben dem technischen Know-how einen Anbieter, der die Domain und den nötigen Webpace zur Verfügung stellt. Dafür fallen in der Regel laufende Kosten an. Um die Handhabung einer Website zu vereinfachen, wird gern die freie Software WordPress genutzt. Sie kann bei diversen Anbietern vorinstalliert gemietet, aber auch selbstverwaltet betrieben und gestaltet werden.

Für ein kurzlebiges Bündnis oder eine einmalige Veranstaltung ist eine aufwendig gestaltete Homepage meist nicht notwendig. Einfacher ist das Erstellen eines Weblogs, der auf den ersten Blick einer professionellen Website ähnlich sieht, aber auch für Lai*innen leicht umzusetzen ist. WordPress kann auch für Weblogs genutzt werden und bietet dafür sogar kostenloses Hosting an, also den Webpace und weitere notwendige Infrastruktur für die Veröffentlichung.

Welche Aktionsformen sind im Internet möglich?

Das Internet bietet für die politische Arbeit eine breite Palette an Möglichkeiten. Einige von ihnen beziehen sich ausschließlich auf den virtuellen Raum, andere verbinden die digitale mit der analogen Welt. Der Kreativität sind kaum Grenzen gesetzt.

Im virtuellen Raum ist es deutlich schwieriger als bei Demonstrationen, Kundgebungen oder auch Konzerten, ein Gemeinschaftsgefühl zu erzeugen. Aktionen im Internet sollten daher visuell auf sich aufmerksam machen und schnell und einfach zu verstehen sein.

Wie in der analogen Welt verabreden sich Menschen bei Online-Aktionen zu einem bestimmten Zeitpunkt – nur eben nicht an einem physischen Ort, wie bei einer Demonstration, sondern an einem virtuellen Ort, zum Beispiel auf einer Website oder in den sozialen Medien. Je mehr Menschen mitmachen, desto größer ist die Wirkung.

Streng genommen ist sogar der Hashtag eine solche Verabredung, zumindest, wenn ihn alle zum selben Zeitpunkt benutzen. Fotoaktionen sind etwas aufwendiger, sorgen aber für deutlich mehr Aufmerksamkeit. Hier können beide Welten miteinander verbunden werden: Menschen hängen

Banner aus ihren Fenstern, fotografieren sie und posten sie auf einer bestimmten Seite oder unter einem bestimmten Hashtag. Oder es werden an verschiedenen Orten die gleichen Aktionen von wenigen Menschen fotografiert oder gefilmt – ein Mensch hält ein Schild hoch oder sagt einen Slogan. Bringt man all diese Einzelbotschaften zusammen, entsteht gemeinsam etwas Großes. Hier kann die Verabredung darin bestehen, dass etwas zu einem bestimmten Zeitpunkt hochgeladen wird, obwohl die Einzelaktionen selbst schon vorher stattgefunden haben.

Eine besonders koordinierte Form solcher Aktionen ist der Flashmob, eine sehr kurze verabredete Aktion, die vor allem vom Überraschungseffekt lebt. Sie ist grundsätzlich sowohl in der physischen als auch in der virtuellen Welt möglich und funktioniert überall dort, wo Menschen in Erscheinung treten können. Auch das zeitgleiche Teilen oder Reposten von Fotos oder Videos kann eine große Reichweite erzielen. Instagram bietet auch das gemeinsame Veröffentlichen als sogenannten Collab Post an. Darüber lassen sich ebenfalls sehr hohe Reichweiten erzielen und neue Zielgruppen erreichen.

Aktionen, Podiumsdiskussionen oder andere Veranstaltungen können per Livestream übertragen werden. Informieren Sie die Anwesenden, dass sie gefilmt werden. Livestreams mit nur einer Kameraeinstellung erfordern am wenigsten technisches Know-how. YouTube, Instagram, Facebook, X oder die darauf spezialisierte Plattform Twitch bieten dafür benutzerfreundliche Tools an. Dort gibt es für die Zuschauer*innen auch die Möglichkeit, den Stream zu kommentieren. Wird das wiederum im Stream aufgegriffen, entsteht ein Austausch.

Wenn sich Menschen an unterschiedlichen Orten befinden und trotzdem miteinander diskutieren wollen, lassen sich Videokonferenzportale nutzen. Außerdem bieten diese häufig die Möglichkeit, über die verschiedenen sozialen Medien live zu streamen.

Möchten Sie in weniger öffentlichen virtuellen Räumen diskutieren, können Sie über diese Anbieter auch Webtalks oder Online-Seminare veranstalten, die über vorherige Anmeldung zugänglich sind. Bei allen Formen von Online-Veranstaltungen sollten Sie beachten, dass die Aufmerksamkeitsspanne geringer ist als vor Ort. Deshalb ist Abwechslung wichtig: Lassen Sie verschiedene Menschen zu Wort kommen, nutzen Sie je nach Veranstaltung oder Aktionsform interaktive Tools wie Umfragen oder Chats und versuchen Sie unterschiedliche Medien wie Fotos, Videos oder Präsentationen einzusetzen.

Diese digitalen Werkzeuge können den Austausch erleichtern

Das Treffen der eigenen Initiative oder des Bündnisses ist für viele Engagierte noch immer der Dreh- und Angelpunkt ihrer politischen Arbeit. Hier werden Aktionen geplant und koordiniert und hier wird über politische Einschätzungen und Analysen diskutiert. Immer mehr Menschen nutzen auch in diesem Bereich digitale Vernetzungs- und Austauschmöglichkeiten.

Digitale Kommunikationsmittel haben eindeutige Vorteile: Sie sind schnell und ermöglichen flache Hierarchien und große Transparenz. Als Ergänzung zur klassischen Bündnisarbeit können sie das politische Alltagsleben deutlich vereinfachen. Gleichzeitig sind die digitalen Möglichkeiten mittlerweile so vielfältig, dass einige Menschen davon abgeschreckt werden und sich überfordert fühlen. Suchen Sie sich deshalb Hilfsmittel, die Ihre Arbeit erleichtern, selbst wenn Sie anfänglich kompliziert erscheinen. Stellt sich ein Werkzeug allerdings als dauerhaft anstrengend heraus, ist es vielleicht für Ihren Zweck einfach nicht geeignet.

Grundsätzlich gibt es Hilfen für den Austausch und das gemeinsame Arbeiten. Die meisten Initiativen nutzen seit vielen Jahren E-Mails zur Kommunikation, auch E-Mail-Verteiler sind sehr weit verbreitet. Diese haben über einen eigens eingerichteten Mailserver den Vorteil, dass sie sich den eigenen Bedürfnissen anpassen lassen: Wer darf an den Verteiler schreiben? Wer darf nur mitlesen? Vor allem bei E-Mails handelt es sich um personenbezogene Daten, die mit der gebotenen Vorsicht zu behandeln sind. Wenn Sie zum Beispiel E-Mails an mehrere Personen verschicken, die sich untereinander nicht kennen, nutzen Sie unbedingt die Blindcopy-Funktion (BCC). So können Sie verhindern, dass alle Empfänger*innen die E-Mail-Adressen der anderen Empfänger*innen erhalten.

Manche Bündnisse nutzen auch Chats oder Internetforen zur Kommunikation. Hier können verschiedene Themen parallel diskutiert werden, da für jedes einzelne Thema ein neuer Beitrag oder Kanal angelegt werden kann. In Messengern wie WhatsApp können Sie Gruppen für die Diskussion untereinander einrichten. Allerdings ist es dort – anders als bei der Plattform Discord, einem Messenger-Dienst, der ursprünglich aus der Gaming-Szene kommt – nicht möglich, die einzelnen Themen voneinander zu trennen. Telegram oder WhatsApp bieten zusätzlich die Möglichkeit, einzelne öf-

fentliche Kanäle zu abonnieren. Sehr beliebt sind Messenger wie Signal oder Threema, bei denen die Datensicherheit im Vordergrund steht.

Manchmal ist es nicht möglich, sich vor Ort zum Bündnistreffen zusammenzufinden. Hier verschaffen Telefon- oder Videokonferenzen Abhilfe. Für beides gibt es diverse Anbieter und manche Telefonanlagen sind sogar in der Lage, Konferenzen abzuhalten. Für Videokonferenzen können Sie Plattformen nutzen, die großen Wert auf Datensicherheit legen wie Jitsi oder BigBlueButton. Oder Sie entscheiden sich für professionelle und kommerzielle Anbieter wie Zoom, Microsoft Teams oder GoTo Meeting. Immer öfter findet auch eine hybride Mischung aus On- und Offlinetreffen statt, indem Teilnehmende per Handy oder PC dazugeschaltet werden und so von unterwegs oder zu Hause aus teilnehmen können.

Wer gemeinsam Projekte mit solchen Konferenzen plant und durchführt, wird schnell merken, dass hier Werkzeuge zum gemeinsamen Arbeiten nützlich sein können. In Clouds können Daten nicht nur gespeichert, sondern auch miteinander geteilt werden. In Online-Pads wie zum Beispiel Etherpad können mehrere Personen gleichzeitig an einem Text schreiben. Online-Whiteboards ersetzen Flipchart und Moderationskarten. Mit Tools zum Aufgabenmanagement lassen sich auch aufwendigere Projekte gemeinsam online planen.

Sie können mittlerweile ganze Sitzungen virtuell begleiten und Tools wie OpenSlides oder HeptaVote für die Organisation von Abstimmungen, Tagesordnungen, Anträgen und Wahlen nutzen. Gerade hier zeigt sich aber auch, dass viele digitale Möglichkeiten gar nicht zwingend nur virtuell eingesetzt werden müssen. Sie können die digitale Arbeit mit Zusammenkünften in der analogen Welt ergänzen und vereinfachen.

Weitere Informationen

Webzeugkoffer des Paritätischen mit Tools für die Kommunikation, unter:
www.der-paritaetische.de.





VERNETZEN

Wie gründe ich eine Initiative?

Wenn Sie sich politisch engagieren möchten, gibt es viele Möglichkeiten. Je nach Interesse und Wohnort können Themen, Organisationsformen und Aktionen variieren.

Recherchieren Sie zunächst, ob es bereits Initiativen gibt, die sich für Ihr Anliegen einsetzen. Sie möchten beispielsweise ein Zeichen gegen Rechtsextremismus setzen? Vielleicht gibt es schon eine Plattform, ein Bündnis oder eine Initiative gegen rechts in Ihrem Ort. Das Aktionsbündnis Brandenburg oder lokale politische Organisationen können bei diesen Fragen weiterhelfen und Kontakte vermitteln.

Eine weitere Möglichkeit ist, eine eigene Initiative zu gründen. Sollte es beispielsweise in ihrer Region noch keine Omas-gegen-Rechts-Gruppe oder keinen Christopher Street Day geben, können Sie diese initiieren. Fragen Sie Freund*innen und Verbündete, ob sie sich mit Ihnen organisieren wollen, und treten Sie mit bestehenden Gruppen in Kontakt. Sprechen Sie miteinander, tauschen Sie sich aus und überlegen Sie zusammen, was Sie bewegt und in welcher Form Sie sich vorstellen können, aktiv zu werden. Um weitere Informationen über bestehende Gruppen und politisches Engagement in Ihrem Ort zu sammeln und sich zu vernetzen, sind Nachbarschaftszentren, Jugendklubs oder andere soziale partizipative Einrichtungen gute Anlaufstellen. Auch Politiker*innen können hier weiterhelfen. Sie kennen das politische Geschehen vor Ort und können Tipps geben. Die Plattform The Activists Guide sammelt Handreichungen und Material zu verschiedenen Themen, die für Ihr Engagement relevant sein können.

Sie sollten Ihr Thema und auch ihre Organisationsform anfangs festlegen. Beides ist nicht in Stein gemeißelt, hilft aber erst einmal, gemeinsam mit einem Fokus zu starten. Schnell können Themen und politische Arbeit ausufern, was zu einem Gefühl der Überforderung oder des Zerfransens führen kann. Deshalb ist es sinnvoll, sich einen Plan zu machen, und zwar inhaltlich sowie organisatorisch: Zu welchem Thema wollen wir arbeiten? Wie oft wollen und können wir uns treffen? Braucht es eine Regelmäßigkeit oder arbeiten wir anlassbezogen?

Wenn Sie sich mit Verbündeten zusammengeschlossen haben, folgt häufig die Frage nach Infrastruktur: Wie und wo findet man Räumlichkeiten oder Materialien für Demonstrationen, Veranstaltungen oder regelmäßige Treffen? Wenn Sie eine öffentliche Veranstaltung planen, gibt es verschiedene

Möglichkeiten, Räume, Lautsprecher, Bühne oder generell Technik zu organisieren. Kontaktieren Sie lokale Jugendklubs, Gemeindehäuser oder Schulen und informieren Sie sich bei anderen Initiativen, woher sie ihr Material bekommen. Auch bei dieser Frage sind lokale Politiker*innen mögliche Ansprechpersonen.

Wenn Veranstaltungen möglichst offen gestaltet sind, sprechen Sie damit umso mehr Personen an. Sie können auf Mehrsprachigkeit sowie auf Barrierefreiheit achten. Seien Sie in Ihrer Initiative offen für Personen, die nicht Teil Ihres unmittelbaren Bekanntenkreises sind, und suchen Sie aktiv den Kontakt zu Interessierten. Mit mehr Personen kann man häufig auch mehr bewegen.

Weitere Informationen

Hilfreiche Tipps, Anregungen, Materialien für Engagement, unter:
www.theactivistsguide.de.

Bundesverband mobile Beratung (Hg.): Engagier Dich! Tipps und Empfehlungen zum Umgang mit der extrem rechten AfD. Dresden 2024, unter:
www.bundesverband-mobile-beratung.de.

Wie Ihre Initiative Bündnispartner*innen findet

Mit Ihrer Initiative vor Ort läuft es ganz gut: Es gibt regelmäßige Treffen, Sie haben sich auf eine Zielsetzung geeinigt, und da die Initiative mehr als sieben Personen umfasst, diskutieren Sie sogar die Gründung eines Vereins. [→ [So gründen Sie einen Verein](#)] Nur an Kontakten zu anderen Aktiven mangelt es noch. Wie entstehen aus einzelnen Initiativen größere Netzwerke?

Wer mit anderen kooperiert, stellt Vertrauen her, tauscht Wissen aus und verstärkt die eigene Wirkung. Sich gegenseitig zu unterstützen und mit anderen Initiativen und Institutionen zusammenzuarbeiten hilft im Alltag, besonders wenn es darum geht, Ressourcen zu bündeln, zu mobilisieren oder Krisen oder Angriffe zu bewältigen. Netzwerke können Sie auf ganz unterschiedliche Art aufbauen. Manchmal steht am Anfang ein Aufruf oder eine konkrete Aktion. Beispielsweise folgen Initiativen einer öffentlichen Einladung zu einem Vorbereitungstreffen und beschließen im Nachgang der gemeinsamen Aktion, weiter zusammenzuarbeiten. Manchmal ist es

aber auch etwas mühsamer und Sie müssen sich selbst aktiv auf die Suche nach möglichen Bündnispartner*innen machen.

Ein erstes Brainstorming kann hilfreich sein: Wer kennt Initiativen, die zu denselben oder ähnlichen Themen arbeiten? Welche befreundeten Aktiven können Sie fragen, ob ihnen passende Ansprechpersonen einfallen? Zusätzlich können Sie im Internet recherchieren: Welche Organisation verweist auf Kooperationspartner*innen, die zu meinem Anliegen passen?

Know-how für die Selbstorganisation von ehrenamtlichem Engagement bieten zum Beispiel Wohlfahrtsverbände wie die Volkssolidarität, die Arbeiterwohlfahrt, die Caritas, das Diakonische Werk oder der Paritätische. Auch die Kirchen sind oft gute Anlaufstellen, genauso wie die Kreisjugendringe, die Freiwilligenagentur Brandenburg oder Demokratieprojekte wie lokale Partnerschaften für Demokratie. Auf der Homepage des Aktionsbündnisses Brandenburg gibt es eine Auflistung unserer Mitglieder, die Ihnen bei Ihrer Suche weiterhelfen kann.

Haben Sie Verbündete gefunden, ist es wichtig, sich über das gemeinsame Ziel zu verständigen. Soll die Zusammenarbeit zeitlich begrenzt sein, das Bündnis nur eine Aktion oder Kampagne durchführen und danach wieder auseinandergehen? Oder ist eine langfristige Kooperation gewünscht? Wenn ja, soll diese vor allem auf einen Informationsaustausch abzielen oder sollen gemeinsame Positionen erarbeitet werden? In welchem Rahmen findet die Zusammenarbeit statt? Gibt es regelmäßige Treffen oder genügt ein gemeinsamer Austausch via Chatgruppe oder E-Mail-Verteiler? Soll das Bündnis namentlich öffentlich in Erscheinung treten oder ist es eher ein informeller Zusammenschluss?

Setzen Sie sich konkrete realistische und erreichbare Ziele, um das Vertrauen untereinander zu stärken. Viele kleine Schritte sind am Ende oft erfolgreicher als der große Sprung ins kalte Wasser. Empfehlenswert ist es, sich zu Beginn der Zusammenarbeit etwas mehr Zeit zu nehmen, um gemeinsam über Visionen, Wünsche, realisierbare Ziele und Handlungsoptionen zu sprechen. Hierzu können Sie beispielsweise ein Treffen zur Ideenfindung oder einen Workshop organisieren. Bei großen Gruppen bieten sich Formate wie Zukunftswerkstätten oder Methoden wie Open Spaces an. Es ist immer ratsam und bei den Großgruppenformaten sogar unerlässlich, diese durch eine externe Moderation begleiten zu lassen. Die Kosten dafür können oftmals unkompliziert mithilfe eines Antrags auf finanzielle Unterstützung übernommen werden. [\[→ Hier bekommen Sie Geld für Aktionen gegen rechts\]](#)

Weitere Informationen

Aktion Zivilcourage e. V. (Hg.): Praxisleitfaden „Zivilgesellschaft stärken und schützen“. Pirna 2025. Insbesondere das Kapitel „Strukturbildung“, unter: www.aktion-zivilcourage.de.

Kristina Nauditt, Gerd Wermerskirch: Radikal beteiligen. 30 Erfolgskriterien und Gedanken zur Vertiefung demokratischen Handelns. Gevelsberg 2018.

Hier bekommen Sie Geld für Aktionen gegen rechts

Viele Menschen, die sich gegen rechts engagieren, tun dies ehrenamtlich. Initiativen und Vereine stecken viel Herzblut in ihre Aktionen, ohne dass sie dafür eine finanzielle Entlohnung bekommen. Doch fallen bei politischem Engagement auch Kosten an.

Ob für die Vorbereitung und Durchführung von Kundgebungen, öffentlichen Konzerten, Theatervorstellungen, Lesungen, Film- und Diskussionsveranstaltungen, für Flyer, Banner und Plakate – ohne Geld sind die meisten Ideen kaum umsetzbar. Zum Glück gibt es viele Möglichkeiten, um eigene Aktionen zu finanzieren. Dabei stehen Ihnen zwei Wege offen: Sie können selbst finanzielle Mittel generieren oder aber sich um eine Förderung bemühen.

Das Spendensammeln vor Ort ist die wohl einfachste Möglichkeit und stärkt gleichzeitig den Zusammenhalt. Wenn Sie bei lokalen Unternehmen, Sparkassen, Handwerker*innen oder Vereinen um Spenden bitten, hilft es, wenn lokal bekannte Personen – zum Beispiel der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin – Ihre Aktion unterstützen. Neben dem Sammeln sind aber auch Spendenaktionen möglich: eine Tombola auf einem Straßenfest oder der Erlös von selbst gebackenem Kuchen, ein Spendenlauf oder eine Charity-Veranstaltung. Darüber hinaus existieren Online-Spendenplattformen, die bei der finanziellen Umsetzung eines Projekts helfen können – Betterplace oder Startnext zum Beispiel. Sie tragen gleichzeitig dazu bei, das eigene Vorhaben bekannter zu machen.

Es gibt aber auch zahlreiche staatliche und private Fördergelder sowie Finanzierungshilfen für Aktivitäten gegen Rechtsextremismus. In der Regel erhalten Initiativen Geld als sogenannte Projektförderung, um eine

ganz konkrete Maßnahme durchzuführen, die sich von ihren sonstigen und dauerhaften Aktivitäten unterscheidet. Ein förderfähiges Projekt ist konzeptionell in sich abgeschlossen und zeitlich befristet. Eine weitere Voraussetzung ist fast immer, dass das Projekt noch nicht begonnen hat und zusätzlich die Gemeinnützigkeit. [→ **So gründen Sie einen Verein**] Auf der Website des Aktionsbündnisses Brandenburg finden Sie verschiedene Fördermöglichkeiten: von 300 bis 30.000 Euro.

Das Aktionsbündnis Brandenburg hat außerdem einen Initiativenfonds eingerichtet. Unkompliziert und unbürokratisch werden daraus kleinere Aktivitäten in Brandenburg mit bis zu 300 € unterstützt. Eine formlose E-Mail reicht als Antrag aus.

Neben der Finanzierungsmöglichkeit durch Förderanträge gibt es zahlreiche Auszeichnungen, die den Einsatz gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Rassismus würdigen. Eine Liste von Preisen, für die Sie sich in Brandenburg bewerben können, finden Sie auf der Website des Aktionsbündnisses Brandenburg. Die Teilnahmevoraussetzungen, Ausschreibungen und Einsendefristen auf der jeweiligen Website sowie die Liste bisheriger Preisträger*innen helfen Ihnen bei der Einschätzung, ob Ihr Projekt oder Ihre Initiative für eine Auszeichnung infrage kommt. Achten Sie auf die Anforderungen der Bewerbung und nutzen Sie die angebotenen Teilnahmeformulare. Wenn Sie Fragen haben, rufen Sie die Organisation an, die den Preis vergibt. Diese wünschen sich gute Bewerbungen, daher werden Sie Ihnen in der Regel gern Auskunft geben.

Weitere Informationen

Netzwerk Selbsthilfe: Fördertöpfe für Vereine, selbstorganisierte Projekte und politische Initiativen. Berlin 2025, unter: www.netzwerk-selbsthilfe.de.

Initiativenfonds des Aktionsbündnisses Brandenburg, unter: www.aktionsbuendnis.de/initiativenfonds.

Aktionsbündnis Brandenburg: Wie finden wir Projektfördermittel, unter: www.aktionsbuendnis-brandenburg.de/wie-finden-wir-projektfoerdermittel.

Aktionsbündnis Brandenburg: Preise für Projekte gegen rechts, unter: www.aktionsbuendnis-brandenburg.de/preise-fuer-projekte-gegen-rechts.

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e. V. (Hg.): David Kuhn, Peter Schubert, Birthe Tahmaz: Vielfältig. Lokal. Vernetzt. Unternehmerisches und zivilgesellschaftliches Engagement in Ostdeutschland. Berlin 2024, unter: www.ziviz.de/ziviz-survey/ostdeutschland.

So gründen Sie einen Verein

Für viele zivilgesellschaftliche Aktivitäten vor Ort reicht eine Initiative oder ein Bündnis als informeller Zusammenschluss. In bestimmten Fällen kann es jedoch sinnvoll sein, einen Verein zu gründen, ihn ins Vereinsregister eintragen zu lassen und die Gemeinnützigkeit anzustreben. Mit einem eingetragenen Verein können Sie in der Öffentlichkeit anders auftreten, zudem gilt er als juristische Person. Der Verein kann zum Beispiel Verträge abschließen. Ist der Verein durch das Finanzamt als gemeinnützig anerkannt, kann er bei Stiftungen oder öffentlichen Einrichtungen auch Fördergelder beantragen. Da Finanzfragen über den Verein laufen, wird die Haftung von Einzelpersonen reduziert.

Tauschen Sie sich zuerst mit Ihren Mitstreiter*innen über den Zweck der Vereinsgründung aus. Es gibt viele unterschiedliche Vereine in der Bundesrepublik, die sich gemeinnützig engagieren. Ein Verein kann die politische Arbeit eines Bündnisses oder einer Initiative ergänzen, indem er sich auf Bereiche wie die Organisation von Vortrags- und Bildungsveranstaltungen fokussiert – insbesondere wenn die Gemeinnützigkeit erreicht werden soll.

Sind Sie sich über den Zweck des Vereins im Klaren, können Sie zu einer Gründungsversammlung einladen und eine Vereinssatzung erstellen. Die Satzung regelt nicht nur den Vereinszweck, sondern neben dem Namen und Sitz des Vereins auch Struktur und Organisation, Entscheidungsprozesse und Zuständigkeiten. So müssen beispielsweise regelmäßige Mitgliederversammlungen sowie die Arbeit des Vereinsvorstands festgeschrieben werden. Auch die finanzielle Verantwortung müssen Sie in der Satzung festhalten. Das Bürgerliche Gesetzbuch schreibt bestimmte Anforderungen für die Satzung vor. Orientieren Sie sich deshalb an Ratgebern zum Vereinsrecht sowie den Satzungen anderer Vereine.

Zur Gründungsversammlung wie auch zu den weiteren Mitgliederversammlungen müssen Sie formal einladen. Die Mitgliederversammlungen selbst müssen in ihren Tagesordnungspunkten und ihren Ergebnissen knapp, aber vollständig protokolliert werden. Damit ein Verein ins Vereinsregister eingetragen werden kann, muss er mindestens sieben rechtsfähige Mitglieder haben, die seine Gründungssatzung unterzeichnet haben. Ein Vereinsvorstand kann nur aus einer Person bestehen, doch ist es besser, mehr Vertretungsberechtigte für die Geschäfte des Vereins zu benennen. Oftmals gibt es in Vereinsvorständen neben einer Person, die den Vorsitz

innehat, ein oder zwei Stellvertreter*innen, eine*n Kassenwart*in und ein*e Schriftführer*in für Protokollaufgaben.

Die Eintragung des Vereins in das Vereinsregister beim örtlichen Amtsgericht können Sie selbst übernehmen, es empfiehlt sich jedoch der Weg über ein Notarbüro, das auch die Satzung und die Richtigkeit der Vereinsgründung überprüft. Dafür fallen Kosten an. Gegebenenfalls meldet sich auch das Gericht mit Nachfragen. Da alle Dokumente des Vereinsregisters öffentlich einsehbar sind, sollten Sie auf den Datenschutz achten. Vermerken Sie in Protokollen keine unnötigen persönlichen Angaben und reichen Sie nur notwendige Unterlagen ein (etwa Auszüge von Protokollen statt vollständiger Protokolle). Im Vereinsregister muss zum Beispiel nur der Wohnort von Vorstandsmitgliedern angegeben sein, nicht die komplette Anschrift.

✗ WORAUF SIE BEI IHRER VEREINSSATZUNG ACHTEN SOLLTEN

Das Gesetz schreibt vor, dass die Satzung eines eingetragenen Vereins (e. V.) bestimmte Angaben umfassen muss. Dazu gehören der Zweck des Vereins, sein Name, sein Sitz und die Aussage, dass der Verein eingetragen werden soll. Weiterhin sind Bestimmungen über Ein- und Austritte der Mitglieder, Mitgliedsbeiträge, die Bildung eines Vorstands und dessen Zusammensetzung sowie Angaben über die Einberufung der Mitgliederversammlung und ihre Entscheidungsprozesse nötig. Insbesondere wenn Sie einen Verein mit großer Mitgliedschaft anstreben, sollten Sie diese Angaben klar formulieren und sicherstellen, dass unerwünschte Personen Ihren Verein nicht unterwandern oder in seiner Arbeit lähmen können. Wenn in der Satzung klar gesagt wird, dass rechtsextreme, rassistische oder antisemitische Positionen mit den Vereinszielen unvereinbar sind, ist es möglich, einzelne Mitglieder auszuschließen. Der Vorstand sollte Mitgliedsanträge ablehnen können. Selbst wenn Ihr Verein schon lange besteht und bisher keine Probleme hatte, ist die nachträgliche Aufnahme einer Klausel gegen Rechtsextremismus oder Rassismus eine gute Idee. So beugen Sie nicht nur Schwierigkeiten vor. Zugleich regen Sie die Auseinandersetzung über diese Themen in Ihrer Mitgliedschaft an und können ein klares Zeichen gegen antidemokratische Einstellungen setzen.

Für die Beantragung von Fördermitteln über den Verein ist die Gemeinnützigkeit meist Voraussetzung. Sie wird vom zuständigen Finanzamt nach der Vereinsgründung erteilt und alle drei Jahre rückwirkend überprüft. Achten Sie deshalb auf eine genaue Finanzbuchführung. Bei überschaubaren Aktivitäten können Sie die Steuererklärung selbst erledigen, ansonsten ist eine

Steuerberatung empfehlenswert. Die Steuererklärung wird ergänzt von Tätigkeitsberichten, die nachweisen, dass Ihr Verein zum Zwecke des Gemeinwohls aktiv ist. Viele Finanzämter sind für Nachfragen erreichbar und unterstützen Sie bei Unklarheiten.

Denken Sie an regelmäßige Vorstandssitzungen und Mitgliederversammlungen, deren Häufigkeit sich nach den Vorgaben der Satzung richtet. Sollte das Vereinsleben einmal einschlafen, passen Sie die Satzung den weniger werdenden Mitgliederversammlungen und Vorstandssitzungen an. Oder lösen Sie den Verein auf, wenn sein Zweck erfüllt ist.

Weitere Informationen

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz: Leitfaden zum Vereinsrecht. Berlin 2016, unter: www.bmju.de.

Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg: Vereine und Steuern. Steuertipps für die organisierte Ehrenamtlichkeit. Potsdam 2023, unter: www.finanzamt.brandenburg.de.

Deutsche Sportjugend: Mit Schutz und Rückendeckung: Was Vereine und Engagierte gegen rechtsextreme, menschenfeindliche und antidemokratische Angriffe tun können. Frankfurt am Main 2023, unter: www.dsj.de.

Fachstelle Demokratie der Landeshauptstadt München: Verein(t) gegen Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Ein vereinsrechtlicher Leitfaden zum Ausschluss von Mitgliedern mit rechtsextremen, rassistischen oder antisemitischen Haltungen. München 2025, unter: www.stadt.muenchen.de.

Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Mecklenburg-Vorpommern e. V. (Hg.): Im Verein – gegen Vereinnahmung. Eine Handreichung zum Umgang mit rechtsextremen Mitgliedern. Waren (Müritz) 2024, unter: www.raa-mv.de.

X GEMEINNÜTZIGKEIT

Immer wieder greifen rechte Akteur*innen gemeinnützige Vereine mit dem vorgeblichen Ziel an, dass diese den Status der Gemeinnützigkeit verlieren. Meist geht es hierbei jedoch um die Verunsicherung und Einschüchterung der demokratischen Zivilgesellschaft. Denn die Entscheidung über die Gemeinnützigkeit eines Vereins obliegt einzig dem Finanzamt, es gibt keine Klagemöglichkeit oder Ähnliches. Entscheidet das Finanzamt, die Gemeinnützigkeit abzuerkennen, so geschieht das rückwirkend. Äußerungen zu tagespolitischen Themen sind unbedenklich, wenn sie nur vereinzelt erfolgen. Das gilt auch, wenn das Thema nicht in den Satzungszwecken aufgeführt wird. Ein Sportverein darf also zu einer Demo gegen Rassismus aufrufen und ein Bildungsverein kann sich für den Erhalt eines Naturschutzgebietes aussprechen. Sollte das Engagement jedoch dauerhaft sein, muss das Anliegen in die Satzung aufgenommen werden und der Zweck in der Abgabenordnung aufgeführt sein. Das allgemeine Eintreten für Demokratie und Menschenwürde ist nicht gleichbedeutend mit Tagespolitik, gemeinnützige Vereine dürfen jedoch nicht zugunsten oder zulasten einer bestimmten politischen Partei tätig werden.

X NEUTRALITÄTSGEBOT

Oft stellen rechte Akteur*innen die Gemeinnützigkeit von Vereinen infrage, indem sie behaupten, sie verstießen gegen das „Neutralitätsgebot“. Auch staatliche Akteure sehen sich immer wieder mit diesem Vorwurf konfrontiert. Was steckt dahinter? Ähnlich wie bei der Infragestellung der Gemeinnützigkeit geht es vor allem darum, Kritiker*innen einzuschüchtern und ihre Handlungsspielräume einzuengen. Die Würde des Menschen, die Gleichberechtigung der Geschlechter, das Entstehen gegen rassistische Diskriminierung, das Recht auf Asyl sowie die anderen Grundrechte sind wichtige Verfassungswerte. Gegenüber diesen kann der Staat nicht neutral sein. Es kann also – anders als gerade von Rechten oft behauptet – nicht darum gehen, dass sich der Staat wertneutral verhalten soll. Wohl aber ist er angehalten, die parteipolitische Neutralität zu wahren. Nicht-staatliche Akteur*innen wie Vereine, Verbände oder Einzelpersonen dürfen sich grundsätzlich frei äußern. Durch staatliche Förderung verpflichten sie sich nicht automatisch zu Neutralität. Sie behalten ihr Grundrecht auf Meinungsfreiheit und können sich in die politische Debatte einbringen. Sie müssen dabei nicht ausgewogen sein und dürfen sachlich fundierte Kritik auch überspitzt formulieren. Wenn sie staatliche Förderungen beziehen, dürfen sie vor allem in Wahlkampfzeiten nicht unmittelbar in die Chancengleichheit der Parteien eingreifen.

Was ist eine „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“?

Berichten Ihre Kinder oder Kinder in ihrem Umfeld, dass in der Schule Mitschüler*innen schlecht behandelt oder beleidigt werden, weil sie angeblich irgendwie „anders“ sind? Oder erleben Sie selbst als Schüler*in oder als Lehrkraft an Ihrer Schule Rassismus? Wer erreichen will, dass sich die ganze Schule gegen Diskriminierung einsetzt, findet Unterstützung beim Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“.

Dieses Netzwerk ist mit über 4.800 Schulen in allen 16 Bundesländern vertreten – natürlich auch in Brandenburg. An jeder dieser Schulen haben sich Kinder und Jugendliche oder Erwachsene selbstständig um den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ beworben. Sie haben Veranstaltungen zu Rassismus, Antisemitismus oder Homophobie auf die Beine gestellt. Und sie haben die Mehrzahl ihrer Mitschüler*innen davon überzeugt, sich zu verpflichten, gegen Diskriminierung einzuschreiten, bei Konflikten einzugreifen und regelmäßig Projektstage durchzuführen.

Plakate zum Thema, ein Workshop, eine Gesprächsrunde mit Gästen oder ein Konzert: Sicherlich haben viele Schüler*innen und auch Lehrkräfte Interesse an solchen Vorhaben. Außerdem gibt es Unterstützung bei der Landeskoordination des Netzwerks "Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage". Sie kann von den Erfahrungen anderer Schulen berichten, vermittelt Kontakte und hilft, Fehler zu vermeiden. In Brandenburg übernimmt diese Aufgabe die Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA). Die Landeskoordination mit Sitz in Potsdam ist in allen Regionen des Landes mit Büros vertreten.

Für viele beteiligte Schulen übernehmen Prominente, die das Vorhaben unterstützen, eine Patenschaft. Dies können Bands sein, aber auch Menschen aus der Region, aus der Kunst, der Wirtschaft oder der Politik. Sie machen gemeinsam mit den Schüler*innen deutlich, dass das Thema über die Schule hinaus wichtig ist. Und sie sind dabei, wenn der eigenen Schule der Titel feierlich übergeben wird.

Neben „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ gibt es in Brandenburg weitere Angebote die ein demokratisches Schulwesen fördern und

menschenverachtende Einstellungen bekämpfen. So bietet das Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) neben Workshops und Projekttagen für Kinder und Jugendliche, auch Handreichungen für Lehrkräfte oder Beratungen für Schulen an. Das Bündnis „Schule für mehr Demokratie“ entstand nach dem bundesweit beachteten Hilferuf zweier Lehrkräfte aus Burg und bietet ein kostenloses und anonymes Hilfetelefon an. Es richtet sich an Schüler*innen, Lehrkräfte oder Bezugspersonen, die mit rechter, rassistischer, diskriminierender Gewalt konfrontiert wurden.

Weitere Informationen

Bundeskoordination „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, unter: www.schule-ohne-rassismus.org.

Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) Berlin-Brandenburg, unter: www.netzwerk-courage.de.

Schule für mehr Demokratie, unter: www.schule-fuer-mehr-demokratie.de.

Netzwerke, Beratung und Unterstützung

Aktionsbündnis Brandenburg gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Rassismus

Das Aktionsbündnis Brandenburg ist ein Netzwerk von landesweit tätigen Organisationen, lokalen Bündnissen und Persönlichkeiten des Landes Brandenburg, die gemeinsam für eine zivilgesellschaftliche Mobilisierung gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Rassismus eintreten.

www.aktionsbuendnis-brandenburg.de

Opferperspektive e. V.

Opferperspektive – Solidarisch gegen Rassismus, Diskriminierung und rechte Gewalt e. V. ist ein im Land Brandenburg tätiger Verein, der Betroffene rechter Gewalt und rassistischer Diskriminierung, deren Angehörige oder Freund*innen und Zeug*innen solcher Taten in Brandenburg berät.

www.opferperspektive.de

Antidiskriminierungsberatung Brandenburg

Die Antidiskriminierungsberatung Brandenburg ist eine unabhängige Beratungsstelle und eine Fachstelle für Antidiskriminierungsarbeit. Sie berät Betroffene rassistischer Diskriminierung, deren Angehörige und Unterstützer*innen im Land Brandenburg

www.antidiskriminierungsberatung-brandenburg.de/homeseite

Tolerantes Brandenburg

Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ ist das Leitbild der Landesregierung zur Förderung einer starken und lebendigen Demokratie. Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung überwacht die Umsetzung des gleichnamigen Handlungskonzepts.

www.tolerantes.brandenburg.de

Bündnis für Brandenburg

Das Bündnis für Brandenburg ist eine breite Allianz zur Integration von Geflüchteten. Ziel des Bündnisses ist es, Integrationsbemühungen zu bündeln und Konzepte miteinander zu verbinden. Zudem soll es eine zentrale Plattform für gesellschaftliche Kommunikation zur Geflüchtetenintegration sein.

www.buendnis-fuer-brandenburg.de

RAA Brandenburg – Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie, Brandenburg

Die RAA Brandenburg sind eine landesweit agierende, unabhängige Unterstützungsagentur für Bildung und gesellschaftliche Integration.

www.raa-brandenburg.de

Mobiles Beratungsteam Brandenburg (MBT)

Das Mobile Beratungsteam im Brandenburgischen Institut für Gemeinwesenberatung berät alle gesellschaftlichen Initiativen und Einzelpersonen – vom besorgten Elternteil bis zum haupt- oder ehrenamtlichen Bürgermeister, vom kreisweiten Netzwerk für Toleranz bis zur örtlichen freiwilligen Feuerwehr, vom Unternehmen bis zum Landrat. Zudem gibt es eine hier angesiedelte Ausstiegs-, Distanzierungs- und Angehörigenberatung für Jugendliche und Erwachsene, die sich von rechtsextremen Zusammenhängen und Einstellungen lösen wollen.

www.gemeinwesenberatung-demos.de

Emil Julius Gumbel Forschungsstelle | Antisemitismus und Rechtsextremismus

Die Forschungsgebiete der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle (EJGF) umfassen Antisemitismus und Rechtsextremismus in Geschichte und Gegenwart sowie die Auseinandersetzung der demokratischen und zivilen Gesellschaft zur Abwehr dieser Tendenzen.

www.mmz-potsdam.de/forschung/emil-julius-gumbel-forschungsstelle

Fachstelle Antisemitismus | fab

Die Fachstelle Antisemitismus Brandenburg ist für das gesamte Land Brandenburg unter anderem die zentrale Erstanlaufstelle für Betroffene von Antisemitismus. Neben Beratungen führt sie ein Monitoring antisemitischer Vorfälle, sensibilisiert für jüdisches Leben in Brandenburg und organisiert Bildungs- und Weiterbildungsangebote.

www.kiga-brandenburg.org

Regionale Partnerschaften für Demokratie

„Partnerschaften für Demokratie“ sind regionale Bündnisse für Demokratie und Toleranz. Sie werden durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gefördert und bestehen aus Vertreter*innen der Kommunalpolitik und -verwaltung sowie Aktiven aus der Zivilgesellschaft wie Vereinen, Verbänden und Kirchen.

www.tolerantes.brandenburg.de/beratungsnetzwerk/partnerschaften-fuer-demokratie.html

Landesjugendring Brandenburg

Der Landesjugendring Brandenburg vertritt die Interessen von Kindern und Jugendlichen gegenüber Politik und Öffentlichkeit und engagiert sich in Fragen der Jugendpolitik und demokratischen Bildung sowie der Lebenssituation junger Menschen in Brandenburg.

www.ljr-brandenburg.de

Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten

Die Stiftung hat die Aufgabe, an Terror, Krieg und Gewaltherrschaft zu erinnern und die öffentliche Auseinandersetzung mit diesen Themen zu fördern. Sie erhält und pflegt die baulichen Relikte, sammelt und bewahrt die materiellen Zeugnisse und sichert die archivalischen Quellen, um sie einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

www.stiftung-bg.de

Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung

Die Landeszentrale ist die zentrale Einrichtung für die außerschulische politische Jugend- und Erwachsenenbildung im Land Brandenburg. Ihre Aufgabe ist es, die Menschen dabei zu unterstützen, sich aktiv in die demokratische Gesellschaft einzubringen.

www.politische-bildung-brandenburg.de

Amadeu Antonio Stiftung

Ziel der Amadeu Antonio Stiftung ist die Stärkung einer demokratischen Zivilgesellschaft, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wendet. Dafür unterstützt sie Initiativen und Projekte, die sich kontinuierlich für eine demokratische Kultur engagieren und für den Schutz von Minderheiten eintreten.

www.amadeu-antonio-stiftung.de

No Hate Speech

Das No Hate Speech Movement Deutschland ist eine internationale Kampagne gegen Hassrede im Netz, speziell in sozialen Netzwerken.

www.neuemedienmacher.de/no-hate-speech-movement

Literatur

Aktionsbündnis Brandenburg: Protest gegen rechts. Ein praktischer Leitfa-
den zum Versammlungsrecht in Brandenburg. Potsdam 2023, unter: www.aktionsbueundnis-brandenburg.de.

Aktion Zivilcourage e. V. (Hg.): Praxisleitfaden „Zivilgesellschaft stärken
und schützen“. Pirna 2025. Insbesondere das Kapitel „Strukturbildung“,
unter: www.aktion-zivilcourage.de.

Aleida Assmann: Kollektives Gedächtnis. Bundeszentrale für politische
Bildung. 2008, unter: www.bpb.de.

Amadeu Antonio Stiftung (Hg.): Alina Darmstadt, Mick Prinz, Oliver Saal:
Menschenwürde online verteidigen. 33 Social Media-Tipps für die Zivil-
gesellschaft. Berlin 2020, unter: www.amadeu-antonio-stiftung.de.

Amadeu Antonio Stiftung: Argumentationshilfen erleichtern deine
Gegenrede – Sammlung verschiedener Gesprächsstrategien, unter:
www.amadeu-antonio-stiftung.de.

Amadeu Antonio Stiftung: „Digitale Zivilgesellschaft“ – Online-Dossier,
unter: www.amadeu-antonio-stiftung.de.

Antidiskriminierungsstelle des Bundes: Rassismus im Betrieb die Rote Kar-
te zeigen. Berlin 2015, unter: www.d-nb.info.

Arbeit und Leben DBG/VHS Hamburg e. V.: Arbeit zuerst für ...? Ein soli-
darisches Miteinander! Rechtsextremen nicht auf den Leim gehen. Ein Rat-
geber für den betrieblichen Alltag. Hamburg 2013, unter:
www.vielfalt-mediathek.de.

Blog von Ingrid Brodnig „Hasskommentare richtig melden“, unter:
www.brodnig.org.

Gideon Botsch, Jan Raabe, Christoph Schulze (Hg.): Rechtsrock. Aufstieg
und Wandel neonazistischer Jugendkultur am Beispiel Brandenburgs. Ber-
lin 2019.

Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Die Brandenburger Verfassung. Entstehungsgeschichte, Besonderheiten, Verfassungstext. Potsdam 2019, unter: www.politische-bildung-brandenburg.de.

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz: Leitfaden zum Vereinsrecht. Berlin 2016, unter: www.bmjj.de.

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): PR-Handbuch für das Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Berlin 2020, unter: www.bmbfsfj.de.

Bundesverband mobile Beratung (Hg.): Engagier Dich! Tipps und Empfehlungen zum Umgang mit der extrem rechten AfD. Dresden 2024, unter: www.bundesverband-mobile-beratung.de.

Bundeszentrale für politische Bildung: #StopFakeNews – Fake News erkennen, unter: www.bpb.de/stopfakenews.

Frauke Büttner, Wiebke Eltze, Lisa Gutsche, Juliane Lang: Haltung zeigen! Gesprächsstrategien gegen rechts. Hg. v. d. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin 2019, unter: www.rosalux.de.

Milena Detzner, Ansgar Drücker, Sebastian Seng (Hg.): Rassismuskritik. Versuch einer Bilanz über Fehlschläge, Weiterentwicklungen, Erfolge und Hoffnungen. Düsseldorf 2016, unter: www.idaev.de.

DGB Jugend Jugend Niederbayern: Nazis hassen diese Tricks. Landshut 2023, unter: www.vielfalt-mediathek.de.

Deutsche Sportjugend: Mit Schutz und Rückendeckung: Was Vereine und Engagierte gegen rechtsextreme, menschenfeindliche und antidemokratische Angriffe tun können. Frankfurt am Main 2023, unter: www.ds.j.de.

Diakonie Deutschland: Umgang mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Eine Handreichung für die Diakonie. Berlin 2024, unter: www.diakonie.de.

Fachstelle Demokratie der Landeshauptstadt München: Verein(t) gegen Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Ein vereinsrechtlicher Leitfaden zum Ausschluss von Mitgliedern mit rechts-extremen, rassistischen oder antisemitischen Haltungen. München 2025, unter: www.stadt.muenchen.de.

Robert Feustel, Nancy Grochol, Tobias Prüwer, Franziska Reif (Hg.): Wörterbuch des besorgten Bürgers. Mainz 2018.

Jochen Franzke, Peter Ulrich: Brandenburg. In: Kommunalpolitik verstehen. Wie Kommunalpolitik in den deutschen Ländern funktioniert. Stuttgart 2025. S. 83-98.

Bente Gießelmann, Benjamin Kerst, Robin Richterich, Lenard Suermann, Fabian Virchow (Hg.): Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe. Frankfurt a. M. 2019.

Mechtild Gomolla, Ellen Kollender, Marlene Menk (Hg.): Rassismus und Rechtsextremismus in Deutschland. Figurationen und Interventionen in Gesellschaft und staatlichen Institutionen. Weinheim 2018.

HateAid (Hg.): Hass, Gewalt & Lügen im Netz sind nicht Teil des Jobs. Ein Leitfaden zum Umgang mit digitaler Gewalt. Für Kommunalpolitiker*innen und alle, die sich vor Ort engagieren, von Feuerwehr bis Flüchtlingshilfe. Berlin 2024, unter www.hateaid.org.

Informationsportal der Medienanstalt Rheinland-Pfalz: Desinformation und Meinung. Von Deepfakes bis Fake News – Informationen & Tipps, unter: www.klicksafe.de/desinformation-und-meinung.

Annita Kalpaka, Nora Räthzel, Klaus Weber (Hg.): Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein. Hamburg 2022.

Natasha A. Kelly: Rassismus – Strukturelle Probleme brauchen strukturelle Lösungen! Erfurt 2021.

Franzi von Kempis: Anleitung zum Widerspruch. Klare Antworten auf populistische Parolen, Vorurteile und Verschwörungstheorien. München 2019.

Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Rassismus e. V.: So nicht: Kleiner Ratgeber zum Umgang mit rechtsextremen Sprüchen. Düsseldorf 2025, unter: www.gelbe-hand.de.

Ulrike Marz: Kritik des Rassismus. Eine Einführung. Stuttgart 2020.

Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg: Vereine und Steuern. Steuertipps für die organisierte Ehrenamtlichkeit. Potsdam 2023, unter: www.finanзамt.brandenburg.de.

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR): Handlungs-Räume. Kommunale Handlungsstrategien im Umgang mit rechtsextremen Anmietungsversuchen öffentlich-rechtlicher Räume. Berlin 2009, unter: www.mbr-berlin.de.

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) (Hg.): Wichtiger denn je: Wir lassen uns das Wort nicht nehmen! Empfehlungen für die Durchführung störungsfreier Veranstaltungen. Berlin 2024, unter: www.bundesverband-mobile-beratung.de.

Mobile Beratung Niedersachsen gegen Rechtsextremismus für Demokratie (Hg.): Zur Schau getragen. Symbole, Codes und Marken der extremen Rechten. Verden (Aller) 2020, unter: www.mbt-niedersachsen.de.

Kristina Nauditt, Gerd Wermerskirch: Radikal beteiligen. 30 Erfolgskriterien und Gedanken zur Vertiefung demokratischen Handelns. Gevelsberg 2018.

Netzwerk Selbsthilfe: Fördertöpfe für Vereine, selbstorganisierte Projekte und politische Initiativen. Berlin 2025, unter: www.netzwerk-selbsthilfe.de.

Paul Nolte: Demokratie. Die 101 wichtigsten Fragen. München 2015. Kostenlos erhältlich bei der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung.

Tupoka Ogette: Exit Racism. Rassismuskritisch denken lernen. Münster 2025.

Opferperspektive e. V.: Perspektiven nach einem rechten oder rassistischen Angriff. Handlungsmöglichkeiten und Hilfe für Betroffene, Angehörige und Zeug*innen. Potsdam 2019, unter: www.opferperspektive.de.

Corina Pahrman, Katja Kupka: Social Media Marketing – Praxishandbuch für Facebook, Instagram, TikTok & Co. Heidelberg 2022.

Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Mecklenburg-Vorpommern e. V. (Hg.): Im Verein – gegen Vereinnahmung. Eine Handreichung zum Umgang mit rechtsextremen Mitgliedern. Waren (Müritz) 2024, unter: www.raa-mv.de.

Samuel Salzborn: Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze. Baden-Baden 2020.

Samuel Salzborn: Antisemitismus. Geschichte, Theorie, Empirie. Baden-Baden 2014.

Peter Schäfer: Kurze Geschichte des Antisemitismus. München 2020.

Julius H. Schoeps, Joachim Schlör (Hg.): Bilder der Judenfeindschaft: Antisemitismus – Vorurteile und Mythen. Augsburg 1999.

Susanne Siegert: Gedenken neu denken. München 2025.

Noah Sow: Deutschland Schwarz Weiß: Der alltägliche Rassismus. Norderstedt 2018.

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e. V. (Hg.): David Kuhn, Peter Schubert, Birthe Tahmaz: Vielfältig. Lokal. Vernetzt. Unternehmerisches und zivilgesellschaftliches Engagement in Ostdeutschland. Berlin 2024, unter: www.ziviz.de/ziviz-survey/ostdeutschland.

Richard Stöss: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Berlin 2000.

Toolbox gegen rechte Gewalt: Informationen der Beratungsstellen, unter: www.toolbox-gegen-rechts.de.

Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG) e. V.: Im Fokus von Neonazis. Rechte Einschüchterungsversuche auf der Straße – zu Hause und im Büro – bei Veranstaltungen – im Internet. Eine Handreichung für Betroffene und Unterstützer_innen. Berlin 2018, unter: www.verband-brg.de.

Verein für Demokratische Kultur in Berlin (VDK)/Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR): Wachsam sein! Zum Umgang mit rechtsextremen Einschüchterungsversuchen und Bedrohungen. Berlin 2017, unter: www.mbr-berlin.de.

Jens-Christan Wagner, Sybille Steinbacher (Hg.): Rechter Geschichtsrrevisionismus in Deutschland. Formen, Felder, Ideologie. Göttingen 2025.

Webzeugkoffer des Paritätischen mit Tools für die Kommunikation, unter: www.der-paritaetische.de.

Harald Welzer, Sabine Moller, Karoline Tschuggnall: „Opa war kein Nazi.“ Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis. Frankfurt a. M. 2002.

Jeder Mensch hat Einfluss darauf, wie wir unsere Gesellschaft und unser Zusammenleben gestalten. Widersprechen wir, wenn inakzeptable Bemerkungen fallen? Erheben wir die Stimme, wenn andere Menschen beleidigt oder gar angegriffen werden? Werden wir aktiv, wenn sich rechtsextreme und rassistische Hetze in unserer Nachbarschaft bemerkbar macht? Und suchen wir Wege, unsere Umgebung freundlicher und menschlicher zu gestalten? Das „Handbuch Zivilgesellschaft“ trägt Wissen und Erfahrungen aus dem langjährigen Engagement von Initiativen und Bündnissen aus Brandenburg zusammen und ergänzt es um weitere Tipps und Ideen.